



DAS EUROPÄISCHE
JUGEND-EVENT

GEMEINSAM
KÖNNEN WIR
ETWAS BEWEGEN

Die Gestaltung Europas: 50 Ideen für eine bessere Zukunft

Der EYE-Bericht 2016



Geschrieben von der
Europäischen Jugendpresse

Mit Kommentaren vom
Europäischen Jugendforum

EUROPÄISCHES PARLAMENT
STRABBURG
20-21 MAI 2016
#EYE2016



Europäisches Parlament

Vielen Dank!

Die Verfasserinnen und Verfasser des vorliegenden Berichts möchten dem Europäischen Parlament und seinen Partnern für die Ausrichtung des Europäischen Jugendevents 2016 in Straßburg ihren Dank aussprechen. Unser Dank gilt auch den Freiwilligen, die zumindest einem Redakteur dieses Berichts, der sich des Öfteren überfordert gefühlt hat, mit unglaublicher Hilfsbereitschaft zur Seite gestanden haben.

Ein besonderer Dank geht an Iris Walter und Christina Altides vom Europäischen Parlament sowie Martin Maska von der Europäischen Jugendpresse, die uns bei der Erstellung dieses Berichts beratend zur Seite gestanden haben.

Und schließlich danken wir den Teilnehmern der EYE 2016, die alle dazu beigetragen haben, dass es ein spannendes und inspirierendes Wochenende war.

Einleitung

Vorwörter	4
Anmerkung der Redaktion	8
50 wirkungsvolle Ideen für ein besseres Europa	10
Wichtigste Erkenntnisse	16

Krieg und Frieden: Perspektiven für einen friedlichen Planeten

Migration – Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Ziel.....	18
Terrorismus – Chance für ein besseres Verständnis.....	27
In Vielfalt geeint – Auf dem Weg zur Beendigung moderner Diskriminierung	31
Jugend, Frieden und Inklusion: Ein Kommentar des Europäischen Jugendforums.....	36

Apathie oder Beteiligung: Agenda für eine lebendige Demokratie

Digitales Engagement – Mehr Macht für die Bevölkerung	38
Politische Bildung – Beitrag zu einer offenen Demokratie	42
EU-Integration – Grundsteinlegung für die kommende Generation	46
Junge Menschen verlangen inklusive Politik!	
Ein Kommentar des Europäischen Jugendforums	52

Ausschluss oder Zugang: Entschiedenes Vorgehen gegen Jugendarbeitslosigkeit

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit	54
Kompetenzen – Werkzeuge für das 21. Jahrhundert schaffen	58
Inklusion am Arbeitsplatz – Herausforderung des Jobzugangs und positiver Kulturwandel.....	61
Ein Sozialpakt für Jugendinklusion: Ein Kommentar des Europäischen Jugendforums	64

Stagnation oder Innovation: Die Arbeitswelt der Zukunft

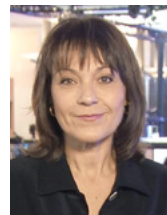
Arbeitsweisen im Wandel – neue Leitlinien für eine sich verändernde Welt.....	66
Digitales Unternehmertum – Maximierung der Vorteile einer vernetzten Welt	70
Die New Economy – breite Streuung der Nutzen technologischer Innovationen	76
Kreativität fördern – das Potential junger Menschen entwickeln:	
Ein Kommentar des Europäischen Jugendforums	82

Scheitern oder Erfolg: Neue Wege für ein nachhaltiges Europa

Klimawandel – eine Chance auf Veränderung durch eine neue Generation	84
Fairer Handel – ein Kulturwandel, in dessen Zentrum die Jugend steht	88
Lebensmittel – veränderte Lebensweisen und eine Chance für besseren Konsum	90
Scheitern oder Erfolg - Neue Wege für ein nachhaltiges Europa:	
Ein Kommentar des Europäischen Jugendforums	92

Das sind die Verfasser	94
------------------------------	----

Vorwörter



Mairead McGuinness Und Sylvie Guillaume
*Vizepräsidentinnen des Europäischen Parlaments
 mit Zuständigkeit für die Kommunikation*

Das Parlament öffnete bereits zum zweiten Mal seine Tore für Tausende von jungen Menschen aus ganz Europa und lud sie ein, ihre Ideen zu Europa und seiner Zukunft vorzustellen.

Beim EYE waren die Rollen vertauscht: Die jungen Menschen führten das Wort und die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) hörten zu.

Auf der zweitägigen Veranstaltung wurden viele anregende Diskussionen und Debatten geführt, in deren Mittelpunkt der starke Wunsch der jungen Menschen stand, Akteure des Wandels zu sein und sich aktiv an der Gestaltung ihrer Zukunft zu beteiligen.

Zu einem Zeitpunkt, wo Europa vor zahlreichen großen Herausforderungen wie der Flüchtlingskrise, der Erholung von der Wirtschaftskrise und der ständigen Bedrohung durch den Terrorismus steht, ist ein solcher Austausch sehr wichtig.

Das EYE hat deutlich gezeigt, dass junge Menschen bereit sind, sich diesen Herausforderungen zu stellen und für eine bessere Zukunft zu arbeiten.

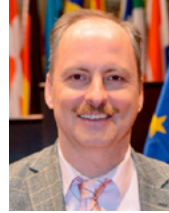
Wir sind überzeugt, dass diese Ideen eine Quelle der Inspiration für alle MdEP sein können.

Junge Menschen können etwas bewegen und wir sind sicher, dass ihr Beitrag zu einer lebendigeren Demokratie in Europa führen wird.

Es ist nun an den MdEP, ihre Führungsrolle wahrzunehmen und diesen wichtigen Dialog mit den jungen Menschen in Europa fortzusetzen.

Mairead McGuinness

Sylvie Guillaume



Klaus Welle
Generalsekretär des Europäischen Parlaments

Nach dem ersten Europäischen Jugendevent 2014 sendeten die Teilnehmer eine klare und vernehmliche Botschaft, dass die Veranstaltung regelmäßig stattfinden soll. Das Parlament hat reagiert: Nach dem erneuten Erfolg des EYE im Jahr 2016 wird es im Mai 2018 die dritte Auflage der Veranstaltung geben.

Die Führung des Europäischen Parlaments hat beschlossen, das EYE als Plattform für einen offenen, strukturierten und ständigen Dialog zwischen den MdEP und jungen Menschen einzurichten.

Das EYE ist eine hervorragende Plattform für junge Europäer. Die mit Hilfe der Europäischen Jugendpresse ausgewählten Autoren dieses Berichts haben die beeindruckende Bandbreite an Ideen festgehalten, die am 20./21. Mai 2016 in Straßburg vorgestellt wurden.

Der Erfolg des EYE beruht auf mehreren Säulen: der politischen Führung des Parlaments, den für die Vorbereitungen zuständigen Abteilungen des Parlaments, unseren Partnern, der großen Zahl von Freiwilligen und natürlich vor allem auf den Teilnehmern selbst, die sich vor, während und nach dem Ereignis mit großem Enthusiasmus einbrachten.



Anmerkung der Redaktion

Es fällt nicht schwer, den Platz junger Menschen in Europa als zunehmend gefährdet anzusehen. An fast allen Orten in Europa verharrt die Jugendarbeitslosigkeit im zweistelligen Prozentbereich und die Chancenungleichheit nimmt zu. Viele junge Menschen haben das Gefühl, dass sie ihrer Chancen beraubt werden und dass es immer schwieriger wird, im Leben voranzukommen. Daher ist es kaum überraschend, dass junge Menschen sich allzu häufig entmündigt und nicht ausreichend vertreten fühlen und der Politik in ihrem Heimatland und auf EU-Ebene gleichgültig gegenüberstehen. Trotz allem haben sie aber den Glauben nicht aufgegeben.

Der vorliegende Bericht bietet eine Zusammenstellung mit dem Besten aus den Ideen, Workshops, Gesprächen, Reden und Diskussionen vom diesjährigen Europäischen Jugendevent in Straßburg: einem einzigartigen Treffen von 7 500 jungen Menschen aus ganz Europa, um über die größten Herausforderungen des Kontinents zu sprechen und innovative Lösungen vorzuschlagen.

Der Bericht stützt sich auf drei wichtige Quellen, die von jungen Europäern beigetragen wurden: die schriftlichen und qualitativen Informationen, die während des Europäischen Jugendevents 2016 gesammelt wurden, einen von 606 Personen während der Veranstaltung beantworteten Fragebogen und eine Eurobarometer-Jugendumfrage aus dem Jahr 2016. Ferner enthält der Bericht Daten aus vielfältigen Quellen auf europäischer Ebene.

Der Löwenanteil der Erkenntnisse in diesem Bericht, die einen repräsentativen Überblick über die Meinungen der EYE-Teilnehmer geben, stammt aus dem Fragebogen. Die Teilnehmer waren zwar junge Menschen, doch darf dabei nicht vergessen werden, dass diese Meinungen nicht unbedingt repräsentativ für alle junge Menschen in Europa sind. Für die am Tag vor dem Europäischen Jugendevent veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage wurden 10 294 Personen im Alter zwischen 16 und 30 Jahren in ganz Europa befragt. Die Studie lieferte externe Daten, die einige unserer beim EYE gewonnenen Erkenntnisse stützen.

Ein immer wiederkehrendes Thema zeichnet sich deutlich ab: Das Streben nach Veränderung und ein starker Drang nach gesellschaftlichem Handeln sind ein verbindendes Element der jungen Europäer. Dieser Drang mag zuweilen wütend und richtungslos erscheinen, und manchmal ist er das auch. Aber meistens ist er konstruktiv und überzeugend. Die jungen Menschen brachten ganz eigene Sichtweisen in die oft auf der Stelle tretenden und sich wiederholenden politischen Debatten ein und stellten Ideen zu so unterschiedlichen Themen vor wie der Verbesserung der Computerkompetenz in Schulen oder dem Dialog zwischen den Religionen in lokalen Gemeinschaften. Bei einigen dieser Ideen handelt es sich um basisorientierte, umsetzbare Lösungen für einige der größten Probleme Europas.

Das Thema Zusammenarbeit zieht sich wie ein roter Faden durch die hier vorgestellten Ideen. Junge Europäer, die nach dem Fall der Berliner Mauer aufgewachsen sind, gehören zu der am besten vernetzten und verbundenen Generation, die es je gab. Die Globalisierung hat möglicherweise zu vielen der Probleme geführt, denen wir heute in Europa gegenüberstehen, sie bietet jedoch auch die einmalige Gelegenheit, die Bedingungen zu verbessern, unter denen wir leben. Dieser sowohl positive wie auch negative Aspekt bestimmt unsere gesamte Arbeit.

Eine weitere Besonderheit dieses Berichts ist die Tatsache, wie anders junge Menschen sozialpolitische Fragen im Vergleich zu ihren Eltern sehen. Es handelt sich dabei nicht einfach um einen Akt der Rebellion. Die hypermedialisierte Welt der jungen Menschen von heute und ihre besondere Kulturlandschaft haben zu einzigartigen Ansichten und Perspektiven zu globalen Themen geführt. Nehmen wir zum Beispiel die Migration: Zwar herrscht mitnichten überall eine integrationsfreundliche Haltung vor, aber mehr junge Menschen sind bereit, Flüchtlinge und Migranten in ihre Gesellschaften aufzunehmen, als dies in der Generation ihrer Eltern der Fall war. Junge Menschen sind darüber hinaus unerschütterlich pro-europäisch eingestellt, und das zu einem Zeitpunkt, wo die EU mit beispiellosen inneren Spaltungen konfrontiert ist.

Die politischen Entscheidungsträger müssen diesen Ideen aufgeschlossen gegenüberstehen und bereit sein, die Perspektive der Jugendlichen zu verstehen. Wir hoffen, dass Sie eine reichhaltige und einzigartige Reihe ambitionierter Lösungen mit praktischen Anwendungen finden werden.



Greg Bianchi, Chefredakteur



Hugo Winn, Chefredakteur



50 wirkungsvolle Ideen für ein besseres Europa

Krieg und Frieden : Perspektiven für einen **friedlichen** Planeten

- 1. Die Verteilung von Migranten** auf das zu ihren Fähigkeiten und ihrer Kultur jeweils am besten passende Land würde dazu beitragen, die Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte zu steuern und die Beziehungen zur Bevölkerung vor Ort zu verbessern *(siehe Seite 20)*
- 2. Flüchtlingsmentoren:** Förderung von freiwilligen Jugendprogrammen, um ein wirksames Rahmenwerk zur Integration von Flüchtlingen in ihre neuen Gesellschaften anzubieten *(siehe Seite 21)*
- 3. Die Botschaften in allen europäischen Ländern sollten Asylanträge direkt annehmen dürfen** damit Menschen davon abgehalten werden, die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer zu wagen *(siehe Seite 22)*
- 4. Förderung einer aufgeschlossenen religiösen Erziehung** - Alle Kinder weltweit sollten Zugang zu und gleiche Chancen in der Bildung haben; dabei sollte der Schwerpunkt auf der Erziehung zur Toleranz für Menschen mit anderen Religionen und Kulturen erneuert werden *(siehe Seite 23)*
- 5. Offene Binnengrenzen – Schutz der Außengrenzen** um den Zusammenbruch des Schengen-Raums zu verhindern und gleichzeitig die Sicherheit zu gewährleisten *(siehe Seite 27)*
- 6. Stärkung von Jugendorganisationen** die sinnvolle Aktivitäten für junge Menschen anbieten, denen der Lebenssinn abhandengekommen ist *(siehe Seite 28)*
- 7. Förderung der Beziehungen zwischen den Religionen**, um zu Engagement anzuregen und das Aufkommen jeglicher Form von Aberglauben in Europa zu verhindern *(siehe Seite 29)*
- 8. Unterstützung von Vereinen, die Brücken bauen** zwischen kulturellen Mehrheits- und Minderheitengruppen an gemischten Schulen *(siehe Seite 32)*
- 9. Förderung von Veranstaltungen, die der Stigmatisierung von behinderten Menschen entgegenwirken** und dazu beitragen, verbreitete Fehlvorstellungen über behinderte Menschen in der europäischen Gesellschaft zurechtzurücken *(siehe Seite 33)*
- 10. Ernennung von „Botschaftern der Vielfalt“**, damit Minderheiten auf nationaler und EU-Ebene in der Politik vertreten sind *(siehe Seite 34)*

Apathie oder Beteiligung : AgeAnda für eine **lebendige** Demokratie

11. Förderung der elektronischen Stimmabgabe auf EU-Ebene, um ein modernes Wahlverfahren anzubieten und größere Beteiligung zu erreichen *(siehe Seite 39)*

12. Entwicklung einer Gemeinschafts-App mit der Politik in Echtzeit vorgestellt wird und Debatten ermöglicht werden *(siehe Seite 41)*

13. Verbesserung der Internetbildung für ein demokratischeres und besser zugängliches Internet *(siehe Seite 41)*

14. Interessenvertretung und Lobbyarbeit als Unterrichtsthema in der Schule zur Verbesserung der demokratischen Beteiligung junger Menschen *(siehe Seite 42)*

15. Schaffung eines Preises zum Andenken an Giulio Regeni, um es mehr jungen Menschen zu ermöglichen, die Welt durch Lernen zu entdecken und die Zivilgesellschaft besser zu verstehen *(siehe Seite 43)*

16. EU-Politik als Unterrichtsthema: in der Schule zur Verbesserung der demokratischen Beteiligung junger Menschen *(siehe Seite 43)*

17. Glokal (global und lokal) sein: Unterstützung für den Start einer dreijährigen Kampagne zur Ausbildung der Entscheidungsträger von morgen *(siehe Seite 44)*

18. Verbesserung der mündlichen Englischkenntnisse in Schulen, um die vielen Stimmen in Europa in Einklang zu bringen *(siehe Seite 47)*

19. Verbesserung der Transparenz und des Zugriffs auf EU-Dokumente und Rechtsvorschriften, um jungen Menschen das Verständnis und die Auseinandersetzung damit zu ermöglichen *(siehe Seite 48)*

20. Einführung einer Quotenregelung für junge Menschen auf kommunaler Ebene und in nationalen Vertretungsausschüssen, um die Repräsentation zu verbessern *(siehe Seite 48)*

21. Ausweitung des Erasmus-Programms auf junge Menschen, die andere Wege als eine Hochschulausbildung einschlagen wollen *(siehe Seite 50)*

Ausschluss oder Zugang: Entschiedenes Vorgehen gegen **Jugendarbeitslosigkeit**

22. Überbrückung der Lücke zwischen Ausbildung und Beschäftigung durch die Bereitstellung bezahlter, hochwertiger Praktika für junge Menschen *(siehe Seite 55)*

23. Verbesserung der Online-Berufsberatung und der Mittel bei Arbeitslosigkeit, um arbeitslosen jungen Menschen Perspektiven zu eröffnen *(siehe Seite 56)*

24. Verbesserung der Mobilität und Übertragbarkeit von Kompetenzen, um jungen Europäern Zugang zum EU-weiten Arbeitsmarkt zu geben *(siehe Seite 56)*

25. Förderung von Arbeitserfahrung und ersten Chancen auf dem Arbeitsmarkt durch engere Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen *(siehe Seite 58)*

26. EU-weit verpflichtende Programmierkenntnisse zur Förderung der digitalen Kompetenz in Europa *(siehe Seite 58)*

27. Förderung von Freiwilligenorganisationen und Aufklärung über Freiwilligenarbeit als Schritt zur Beschäftigung *(siehe Seite 59)*

28. Diplomsystem für informelle Bildung, um die EU-weite Bevorzugung herkömmlicher Bildungswege zu verringern *(siehe Seite 60)*

29. Zentralisierung der Zusammenarbeit zwischen europaweiten NGO zur Förderung der Beschäftigung und einer kohärenten Bekämpfung paneuropäischer Probleme *(siehe Seite 61)*

30. Schaffung einer Website/App über die Rechte von jungen Menschen zur Aufklärung junger Leute über ihre Arbeitnehmerrechte und Beschäftigungserwartungen *(siehe Seite 61)*

31. EU-weite Formalisierung der Telearbeit und Schaffung von Anreizen zur Verringerung der Zahl junger Menschen mit Behinderungen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind *(siehe Seite 62)*

Stagnation oder Innovation : Die Arbeitswelt der **Zukunft**

- 32. Förderung des projektgestützten Lernens in der Schule** zum Erwerb von Soft Skills neben naturwissenschaftlich-technischen Kompetenzen *(siehe Seite 67)*
- 33. Einführung eines allgemeinen Grundeinkommens**, um das Potenzial der digitalen Revolution voll auszuschöpfen *(siehe Seite 68)*
- 34. Durchsetzung europäischer Arbeitnehmerrechte**, da die geltenden Gesetze durch die digitalen Technologien veraltet sind *(siehe Seite 70)*
- 35. Vereinheitlichung der Mittel und Anforderungen im Rahmen einer Unternehmensgründung**, um Jungunternehmen den Start zu erleichtern *(siehe Seite 72)*
- 36. Reform des Konkursrechts**, damit Unternehmer eine zweite Chance erhalten *(siehe Seite 72)*
- 37. Schaffung von Arbeitsplätzen, die Gleichstellung und Mitsprachemöglichkeiten bieten**, um die unternehmerischen Talente junger Arbeitnehmer zu fördern *(siehe Seite 73)*
- 38. Hochschulpartnerschaften**, damit Studierende ihren ersten Studiengang an zwei Orten absolvieren können *(siehe Seite 74)*
- 39. Verbesserte Bildung und Sensibilisierung für alternative Wirtschaftsmodelle**, um die Innovationsfähigkeit in diesem Schlüsselsektor zu stärken *(siehe Seite 76)*
- 40. Einbindung der kollaborativen Wirtschaft in das Steuersystem**, um ihren gesellschaftlichen Nutzen freizusetzen *(siehe Seite 77)*
- 41. Bestärkung von Juniorenfirmen**, die Meinung junger Menschen zu Fragen globaler Tragweite anzuhören und zu vertreten *(siehe Seite 78)*

Scheitern oder Erfolg: Neue Wege für ein *nachhaltiges* Europa

42. Zusammenführung von Energieressourcen und Investitionen in intelligente Netze, um den wachsenden Energiebedarf von Europa zu decken *(siehe Seite 86)*

43. Weiter reichende Zusagen zur Bekämpfung des Klimawandels und ambitioniertere Ziele – Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 80 % bis 2030 *(siehe Seite 86)*

44. Wiederaufnahme des klimaneutralen Bauens in die Planung, um ein EU-weites Projekt für energieeffiziente Gebäude zu entwickeln *(siehe Seite 86)*

45. Schaffung einer Rechtslage zur Verankerung des fairen Handels, um für stabile und gerechte Märkte zu sorgen *(siehe Seite 88)*

46. Kleidung aus fairem Handel für mehr Qualität statt Quantität, um die Vermarktung von Kleidung über den Preis zu verbessern *(siehe Seite 89)*

47. Verstärkte Einführung von Verhaltenskodizes als Vorbild für andere Marken und Festlegung von Standard-Verfahrensregeln *(siehe Seite 90)*

48. Kauf lokal erzeugter Lebensmittel: Verbraucher bestärken, lokale Lebensmittel zu kaufen, um die CO₂-Bilanz zu verringern und die lokale Erzeugung zu fördern *(siehe Seite 90)*

49. Unterricht zum Thema Nachhaltigkeit und gesunde Lebensführung in der Schule, damit junge Menschen in der Lage sind, sich bewusst zu entscheiden, was sie kaufen und essen *(siehe Seite 91)*

50. Bekämpfung des Hunger in der Welt durch Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Kampagnen, zum Beispiel für eine bessere Selbstversorgung von Bauern *(siehe Seite 91)*

EYE Wichtigste Erkenntnisse

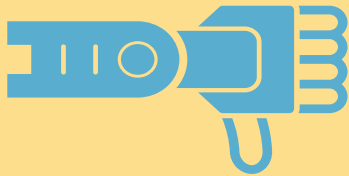
ANMERKUNG: Die Zahlen, die für die wichtigsten Erkenntnisse verwendet wurden, sind einem Fragebogen entnommen, der auf dem EYE verteilt und von 606 Personen ausgefüllt wurde. Die Erkenntnisse sind somit nur für die Teilnehmer am EYE repräsentativ und nicht für die gesamte Jugend von Europa.

JUNGE EUROPÄER SIND DER ANSICHT, DASS EUROPA DIE PFLICHT HAT, MEHR MIGRANTEN AUFZUNEHMEN.

Die 23-Jährigen unterstützen diese Meinung EU-weit am stärksten und drängen die Mitgliedstaaten, mehr Migranten aufzunehmen.



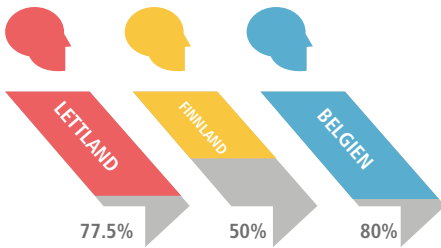
Die EYE-Teilnehmer sind mit überwältigender Mehrheit der Ansicht, dass die Gesellschaft – und nicht die Migranten selbst – eine bessere Integration von Migranten verhindert. Ab dem Alter von 25 Jahren beginnt sich diese Haltung zu ändern.



EINE MEHRHEIT DER JUNGEN TEILNEHMER AM EYE FÜHLT SICH UNWOHL DABEI, MIT ROBOTERN ZUSAMMENZUARBEITEN.

Diese Sorge ist bei den unter 25-Jährigen am größten und scheint mit zunehmendem Alter abzunehmen.

JUGENDGARANTIE



Junge Menschen sind nicht gut über die Jugendgarantie informiert; die Bekanntheit nimmt mit steigendem Alter jedoch zu.

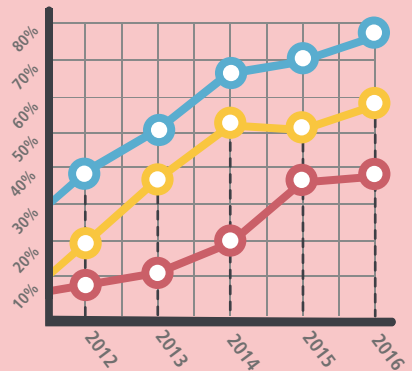
DURCHSCHNITTLICHES WISSEN ÜBER DIE EU UND IHRE FUNKTIONSWEISE



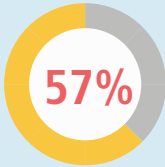
Die 25-Jährigen wissen am meisten darüber.

EUROSKEPSIS

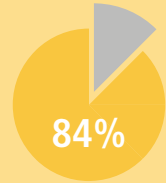
SPANIEN ● GRIECHENLAND ● PORTUGAL ●



Die jungen Europäer, die befragt wurden, waren der EU gegenüber skeptischer eingestellt als vor fünf Jahren. Teilnehmer an der Befragung im Alter von Anfang bis Mitte Zwanzig gaben am ehesten an, euroskeptisch zu sein. In Ländern, die in den letzten Jahren durch eine schwere Wirtschaftskrise gegangen sind, gibt es ebenfalls eher euroskeptische junge Menschen.

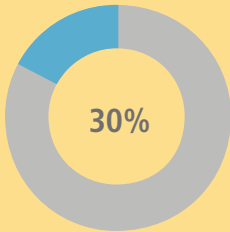


SIND DER ANSICHT, DASS SIE AUFGRUND DER WIRTSCHAFTS-KRISE IN IHREM LAND AN DEN RAND GEDRÄNGT UND AUSGESCHLOSSEN WURDEN.



Die überwiegende Mehrheit der jungen EYE-Teilnehmer WÜRDEN IN ZUKUNFT LIEBER IHR EIGENER CHEF SEIN.

BEKOMMEN IN DER SCHULE UNTERNEHMERISCHE FÄHIGKEITEN VERMITTELT.



LETTLAND



RUMÄNIEN



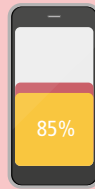
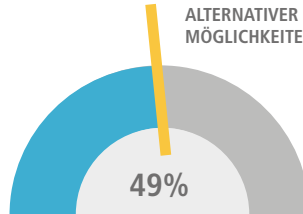
SCHWEDEN



FINNLAND

70 % der EYE-Teilnehmer glauben nicht, dass ihnen unternehmerische Fähigkeiten in der Schule vermittelt werden.

SIND NICHT DER MEINUNG, DASS DIE EU GENUG FÜR DIE FÖRDERUNG ALTERNATIVER BESCHÄFTIGUNGSMÖGLICHKEITEN TUT.



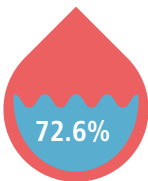
UNTER 28 JAHREN HABEN DAS GEFÜHL, SICH FREI ONLINE ÄUßERN ZU KÖNNEN

Im Schnitt weniger als 15 % hatten das Gefühl, sich nicht frei äußern zu können. Ab 28 Jahren nimmt der prozentuale Anteil derer, die Bedenken äußern, allerdings erheblich zu.



NUTZEN ONLINE-PLATTFORMEN ZUM KAUFEN UND VERKAUFEN VON WAREN

Dies nimmt mit steigendem Alter zu und spiegelt möglicherweise die größere Kaufkraft mit zunehmendem Alter der jungen Menschen wider.



SIND DER ANSICHT, DASS IHRE POLITISCHE FÜHRUNG NICHT GENUG ZUR VERHINDERUNG DES KLIMAWANDELS UNTERNIMMT.

Krieg und Frieden : Perspektiven für einen **friedlichen** Planeten

Es ist nur allzu verständlich, warum junge Europäer oft das Gefühl haben, dass das europäische Projekt fehlschlägt. Abgesehen von den Nachwirkungen der Finanzkrise von 2007/2009 sind die Hauptgründe für diese Instabilität die Gefährdung der Sicherheit und die Bedrohung von außen. Terrorismus und Migration – die beiden bestimmenden Sicherheitsfragen der EU von heute – haben die Sicht der Europäer auf ihre Nachbarn und das Sozialgefüge in ihren eigenen Gemeinschaften nachhaltig verändert. Die Neubewertung der europäischen Moralvorstellungen und Werte stellt für das europäische Projekt eine Bedrohung und eine Chance zugleich dar.

Diese Themen waren in den Debatten und Workshops und selbst bei den künstlerischen Darbietungen während der beiden Tage des EYE 2016 vorherrschend: In einem hitzigen Ideenaustausch im Plenarsaal zum Thema „Migration: Across the Universe“ und im Ideenlabor „Wir lassen uns nicht einschüchtern!“ wurde diskutiert, ob Europa mit verstärkten Sicherheitsmaßnahmen auf Terrorangriffe reagieren oder stattdessen auf dem Grundsatz der persönlichen Freiheit in unseren Gesellschaften beharren sollte. Workshops zu der Frage, ob Flüchtlinge wirklich willkommen sind, die Rolle von Glauben und Weltanschauung für die Menschheit oder die Notwendigkeit zur Wahrung der Vielfalt und Bekämpfung von Diskriminierung sind nur einige Beispiele für Aktivitäten, aus denen die Ideen in diesem Bericht stammen.

Migration – Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Ziel

Europa erlebt die größte Flüchtlingskrise seit dem zweiten Weltkrieg. Auf der Flucht vor Konflikten im Nahen Osten kamen im letzten Jahr mehr als eine Million Flüchtlinge nach Europa. Angesichts steigender Temperaturen am Mittelmeer und geringer Anzeichen für ein Abklingen der Gewalt im Nahen Osten wird in diesem Jahr mit einem weiteren Anstieg der Zahlen gerechnet. Diese Migrationskrise stellt und stellt den Zusammenhalt der Europäer und das moralische Fundament der Europäischen Union auf den Prüfstand.

Auf EU-Ebene haben sich bereits Risse aufgetan: Über ein Drittel der Asylbewerber ist nach Deutschland¹, geflüchtet, dessen Politiker in der Frage gespalten sind, ob noch mehr Flüchtlinge aufgenommen werden sollen und wie die geflüchteten Menschen in die Bevölkerung vor Ort integriert werden können. Im Gegensatz zur relativen Offenheit von Deutschland haben andere Mitgliedstaaten in der Krise eine Politik der „geschlossenen Tür“ verfolgt. Dieser mangelnde Zusammenhalt offenbart größere und tiefere Differenzen zwischen den europäischen Mitgliedstaaten, und viele sind tief verärgert darüber, dass der Grundsatz der „gemeinsamen Verantwortung“ dauerhaft untergraben wurde.

¹ Eurostat, 2016. *Asylum in the EU Member States*. [online] Abrufbar unter: <<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7203832/3-04032016-AP-EN.pdf>>

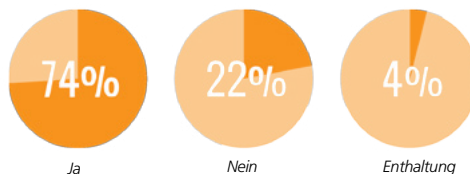


Junge Menschen scheinen weniger gespalten zu sein als die politischen Entscheidungsträger und wünschen sich, dass die Politiker mehr unternehmen, um Flüchtlinge willkommen zu heißen und in das europäische Gesellschaftsgefüge zu integrieren. Sie sind die einzige Altersgruppe in Europa, bei der Migration auf breite Unterstützung stößt. Daher sollten Entscheidungsträger junge Menschen als wichtiges Plus betrachten, insbesondere im Rahmen der Bemühungen, Asylbewerber in die europäische Gesellschaft zu integrieren.

Allerdings spricht sich eine lautstarke Minderheit von jungen Menschen, gewöhnlich aus altruistischen und moralischen Gründen, vehement gegen eine weitere Integration von Flüchtlingen aus, da sie fürchten, dies könne zum Zerfall der europäischen Kultur und sozialen Werte führen.

Für junge Menschen auf beiden Seiten der Debatte ist die Frage, ob Flüchtlinge aufgenommen werden sollen, grundsätzlich moralischer Art und stellt eine Verpflichtung dar, die verknüpft ist mit den in ihren Augen gemeinsamen europäischen Werten von Freiheit, Gleichheit, Toleranz und Annahme. Die Migrationskrise hat für die jungen Menschen auch insofern größere politische Bedeutung gewonnen, als der Erfolg der Europäischen Union verstärkt an ihrer Fähigkeit – oder der Fähigkeit ihrer Mitgliedstaaten – gemessen wird, auf die Erreichung eines gemeinsamen Ziels hinarbeiten. In der Krise zeigten sich der fehlende Zusammenhalt und die mangelnde Zusammenarbeit in der Europäischen Union auf vielfältige Weise, und die jungen Menschen eint der entschiedene Wunsch, diese wiederherzustellen.

Unterstützung von Flüchtlingen – Eine europäische Pflicht. Quelle: Elektronische Abstimmung im Plenarsaal, „Migration across the universe“

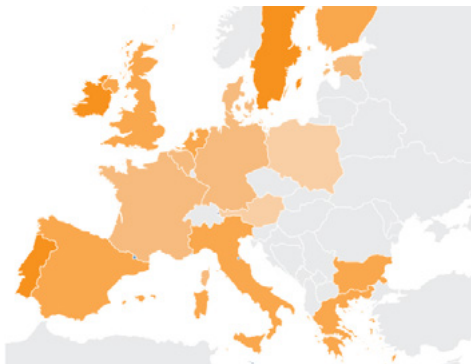


1. Die Verteilung von Migranten auf das zu ihren Fähigkeiten und ihrer Kultur jeweils am besten passende Land würde dazu beitragen, die Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte zu steuern und die Beziehungen zur Bevölkerung vor Ort zu verbessern

Das gegenwärtige System einer unregelmäßigen Einwanderung wirkt sich nachhaltig auf die Arbeitsmärkte aus, die aufgrund eines Überangebots an Arbeitskräften auf dem Markt lange Zeit unter einem Rückgang der Löhne gelitten haben. Diese „Änderung der Beschäftigungsstruktur“² – wie der IWF es formuliert – ist in ganz Europa zu beobachten und führt bei einheimischen Arbeitern zu einem tief sitzenden Unmut über den neuen Zustrom.

Arbeitsmigranten sollten allerdings nicht als eine homogene Gruppe betrachtet werden. Die politischen Entscheidungsträger stehen in der Pflicht, Fähigkeiten und Kenntnisse des Einzelnen zu ermitteln und so bestehende Lücken auf dem Markt zu füllen. Diese Idee ist eng mit der wirtschaftlichen Realität verknüpft: Eine Verringerung der Löhne ist nicht nur für einheimische Arbeiter schlecht, sondern auch für die Migranten selbst. Das Problem ist, dass die Migranten oft nicht verstehen, welche Auswirkungen sie auf das Lohnniveau haben und wie die Arbeitsmärkte, auf die sie drängen, wirklich funktionieren.

Eine Lösung wäre, dass die Migranten das Land auswählen, in dem sie sich letztlich niederlassen wollen. Die Behörden könnten auf diese Weise gemeinsam mit den Migranten ein geeignetes Aufnahmeland mit der jeweils besten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Mischung auswählen, das zu ihren Fähigkeiten und denen ihrer Familien sowie ihren Sprachkenntnissen passt. Bei einem solchen System müssten die Flüchtlinge darüber aufgeklärt werden, dass auf bestimmten Arbeitsmärkten in den EU-Mitgliedstaaten Stärken und Schwächen miteinander konkurrieren. Dieses System könnte zusammen mit dem unter Idee 3 erklärten Vorschlag sehr gut funktionieren.

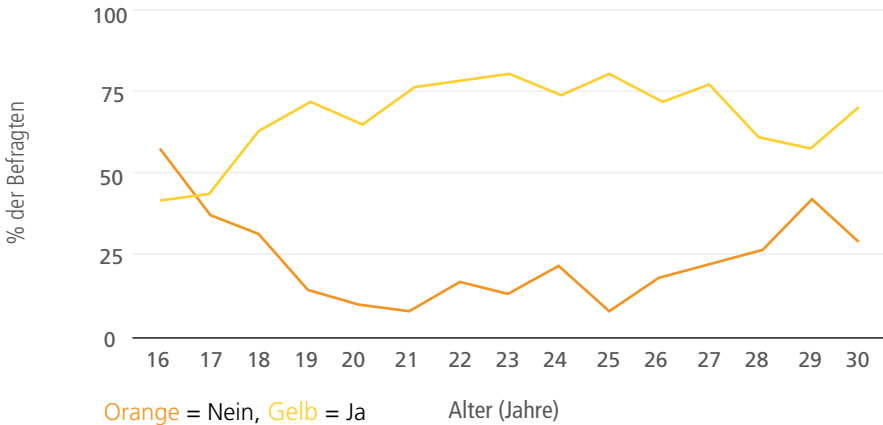


Die EU sollte die Befugnis haben, Länder zur Aufnahme von Migranten zu zwingen (nach Land)

Niedrig  Hoch

² Internationaler Währungsfonds, 2016: *The Refugee Surge in Europe: Economic Challenges*. [online] Abrufbar unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2016/sdn1602.pdf>

Die EU sollte die Befugnis haben, Länder zur Aufnahme von Migranten zu zwingen (nach Alter)



2. Flüchtlingsmentoren: Förderung von freiwilligen Jugendprogrammen, um ein wirksames Rahmenwerk zur Integration von Flüchtlingen in ihre neuen Gesellschaften anzubieten

Viele junge Menschen betrachten Integrationsmaßnahmen als das entscheidende fehlende Bindeglied, um aus Flüchtlingen aktive Wirtschaftsteilnehmer der europäischen Gemeinschaft zu machen. Die Maßnahmen für Neuankömmlinge sind langfristig nicht ausreichend, um das wirtschaftliche Potenzial der Flüchtlinge auszuschöpfen und ihre Teilhabe an der Gesellschaft zu verwirklichen.

Damit die Integration von Flüchtlingen gelingt, müssen sowohl die Bedürfnisse der Migranten als auch der Gemeinschaften vor Ort berücksichtigt werden. Wenn Flüchtlinge von außerhalb Europas in einem Land ankommen, ist eine der Hauptanforderungen, dass sie sich in die neue Gesellschaft integrieren, die Sprache lernen, arbeiten und die Sitten und Gebräuche vor Ort respektieren. An diesem Punkt hören einzeln stehende Integrationsmaßnahmen oft auf. Es wird zu wenig darüber nachgedacht, wie die europäische Gesellschaft Flüchtlinge versteht und willkommen heißt und wie sie sich zukünftig an neue Wellen von Flüchtlingsströmen anpasst. 68 % der beim EYE befragten jungen Menschen ist der Ansicht, dass die EU befugt sein sollte, Länder zur Aufnahme von mehr Flüchtlingen zu zwingen. Dieser Enthusiasmus zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen bedeutet, dass junge Menschen auf einzigartige Weise in der Lage sind, Brücken zwischen ihren eigenen Gemeinschaften und den Neuankömmlingen zu bauen. Die Freiwilligenarbeit vor allem auf lokaler Ebene ist ein Bereich, in dem junge Menschen bereits in hohem Maße organisiert sind, und Netzwerke von Freiwilligen haben sich seit Langem als wirksam erwiesen, um die Kluft zwischen neuen Migranten und einheimischen Gemeinschaften zu überbrücken. Das

International Rescue Committee (IRC) hat bereits ein Mentoring-Programm aufgelegt, bei dem neuen Flüchtlingen, die in die USA kommen, ein Freiwilliger zur Seite gestellt wird. Mentoren erklären Neuankömmlingen, wie man öffentliche Verkehrsmittel nutzt, und bringen ihnen wichtige Fähigkeiten bei, zum Beispiel worauf es in Bewerbungsgesprächen ankommt und wie man das Internet nutzt. Im Vereinigten Königreich gibt es seit 2009 ein ähnliches Programm des Refugee Support Network (RSN), das auf junge Asylbewerber und Flüchtlinge im Nordwesten von London zugeschnitten ist. Ähnliche Programme, die oft von lokalen Organisationen ins Leben gerufen werden, entstehen in ganz Europa.

Diese Art der freiwilligen Einzelbetreuung wird von nationalen Regierungen in ganz Europa anerkannt. Im Vereinigten Königreich erkennt das Gesundheitsministerium die Bedeutung der Einzelunterstützung von unbegleiteten asylsuchenden Kindern an und stellt fest: „[...] angesichts der Situation, in der sich unbegleitete Kinder befinden, [...] ist die Benennung eines unabhängigen Besuchers empfehlenswert“. Mentoring wird im britischen Kindergesetz (1989) empfohlen. Nur wenige Ministerien für soziale Dienste in Europa bieten jedoch Mentoring-Programme für neue Flüchtlinge an. Einzeln stehende Integrationsmaßnahmen überlassen die Last der Integration allein den Flüchtlingen. Junge Freiwillige sollten ermutigt werden, als Brückenbauer zwischen einheimischen Bewohnern und Neuankömmlingen zu fungieren.

„Ich bin der Ansicht, Europa muss seine Strategie, wie wir mit Migranten umgeht und wie wir Migranten einordnen, überdenken ... Wir scheren alle über einen Kamm ... Europa muss im Umgang mit anderen internationalen Mächten eine einheitliche Politik verfolgen.“
– Adam Aslam, Student und Imam an der Universität von Leeds

3. Die Botschaften in allen europäischen Ländern sollten Asylanträge direkt annehmen dürfen, damit Menschen davon abgehalten werden, die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer zu wagen

Das Mittelmeer ist in den letzten Jahren zu einem gefährlichen Ort geworden. Flüchtlinge, die vor Konflikten fliehen, haben die gefährliche Überfahrt mit Hilfe illegaler Menschenhändler unternommen, die allein an Profit interessiert sind und häufig nur wenig Gedanken an die Sicherheit verschwenden. Allzu oft verlieren Menschen bei diesen gefährlichen Reisen ihr Leben, insbesondere im vergangenen Jahr, in dem der leblose kleine Körper des dreijährigen Syrers Alan Kurdi an einen türkischen Strand gespült wurde.

Eine Möglichkeit, um diese gefährlichen illegalen Überfahrten zu unterbinden, bestünde darin, dass europäische Länder Asylanträge direkt in den betroffenen Gebieten annehmen. Das könnte dazu beitragen, dass sich weniger Menschen auf den Weg machen, und ihnen die Aussicht auf einen sicheren Zufluchtsort geben, wenn sie ihren Antrag auf diesem Weg stellen. Diese Vorgehensweise wird in Kanada praktiziert.

4. Förderung einer aufgeschlossenen religiösen Erziehung - alle Kinder weltweit sollten Zugang zu und gleiche Chancen in der Bildung haben; dabei sollte der Schwerpunkt auf der Erziehung zur Toleranz für Menschen mit anderen Religionen und Kulturen erneuert werden

In Europa wird behauptet, dass eine Trennlinie zwischen den Gemeinschaften des Kontinents verläuft. In der Tat ist die Zahl der von Europäern ausgeführten islamistischen Terroranschläge gestiegen, und eine gegen Multikulturalismus gerichtete rechtsextreme Bewegung findet Zulauf.

Damit Europa stark bleibt, muss mehr unternommen werden, um die Beziehungen zwischen den Gemeinschaften zu verbessern.

Ein Weg zur Beseitigung dieser Trennlinien könnte darin bestehen, gleiche Bildungschancen in ganz Europa mit neuem Schwerpunkt auf Toleranz und Verständnis für Menschen anderer Religionen und Kulturen sicherzustellen. Europa kann dadurch die Gräben überbrücken, die zu Spannungen in Gemeinschaften geführt haben, und im Gegenzug auf ein toleranteres und geeinteres Europa hinarbeiten.



No Hate Speech
@nohate_speech

stand up against hate speech online & offline!
#eye2016 #nohatespeech @EP_YouthEvent
@Youth_Forum #yofest





Interview: Nour Machlah
Syrischer Architekt, der 2014 in Portugal Asyl beantragt hat
Ideengeber auf dem EYE2016

Wie war Ihre Ankunft in Europa vor zwei Jahren?

Ich wusste nicht viel über Portugal oder darüber, wie die Leute reagieren würden. Aber die Ankunft war gut und ich begann, die Portugiesen, die sehr nett sind, kennenzulernen.

Was war in Ihrer neuen Heimat am schwierigsten?

Ich stand vor einigen Herausforderungen. Eine war die Sprache und auch fehlende Informationen auf beiden Seiten. Ich dachte, ich weiß viel über Europa, musste dann jedoch feststellen, wie wenig ich wusste, und so war es auch auf der anderen Seite. [...] Aber ich fing an, Fragen zu beantworten. Wenn Leute Fragen stellen, heißt das, dass sie interessiert sind, und das ist schön.

Was haben Sie gemacht, um sich in Ihrer neuen Umgebung zu integrieren?

Es kam von den Leuten vor Ort. Sie begannen, Fragen zu stellen, wenn sie mich beten sahen oder wenn ich zum Tanzen ging, weil sie dachten, ein Muslim darf das nicht. Wir sind immer noch dabei, einander kennenzulernen; das geschieht auf natürliche Weise.

Würden Sie von der Gesellschaft verlangen, etwas zu unternehmen, um die Integration zu erleichtern? *Von den Leuten selbst: nein. Sie sind nett, respektvoll und interessieren sich für meine Religion und Kultur.*

Und allgemein, nicht nur aufgrund Ihrer eigenen persönlichen Erfahrung, was können wir tun? *Flüchtlinge sollten in Länder gehen dürfen, in denen sie bereits Verwandte haben. Flüchtlinge, die bereits in Europa leben, können anderen dabei helfen, sich einzuleben und zu integrieren. Ich glaube, ein großes Familienzusammenführungsprojekt ist notwendig.*

Wie passen die portugiesische Kultur und Ihre Kultur zusammen?

Sie sind unterschiedlich, aber das heißt lediglich, dass ich etwas Neues lernen muss. Diese Einstellung sollten wir haben und nicht, dass uns Unterschiede trennen. Die Schönheit Europas besteht in seiner Vielfalt, aber die Leute scheinen das zu vergessen. Wir haben den Mond erreicht, aber heute gelingt es uns nicht einmal, der Person vor uns die Hand zu reichen. Wir müssen wieder lernen, wie wir auf andere zugehen.

Sind Sie damit einverstanden, wie die EU mit der Migrationskrise umgeht?

Die Reaktion einiger Länder entspricht nicht derjenigen einer Union. Es gibt Länder, die Flüchtlinge willkommen heißen, und andere, die die Grenzen dicht machen. Weshalb kommen die Menschen vor allem nach Deutschland? Weil Deutschland sie willkommen heißt. Wenn andere Länder bereit wären, Flüchtlinge aufzunehmen, gäbe es nicht den Druck auf einige wenige Länder. Die EU muss zusammenarbeiten.

Welchen Nutzen bringen Migranten Europa?

Es wird dauern, bis die Leute begreifen, dass nicht nur sie uns helfen, sondern dass auch wir etwas anbieten können. Aber das wird kommen. Wir können über die Kultur des jeweils anderen etwas lernen. Und es ist auch die Chance zu lernen, wieder menschlich zu sein. Weil die Leute manchmal vergessen, was das eigentlich bedeutet.





Interview: Dr Denis Mukwege

Sacharow-Preisträger - Sprecher auf dem EYE2016

Welche Schritte sollte die internationale Gemeinschaft unternehmen, um Menschen zu schützen, die aus Kriegsgebieten flüchten?

Die internationale Gemeinschaft kann diesen Flüchtlingen helfen. Aber eines dürfen wir nicht vergessen: In allererster Linie ist es unsere Verantwortung zu verhindern, dass diese Konflikte überhaupt entstehen.

Flüchtlingen zu helfen, ist gut; noch besser ist es, Situationen zu vermeiden, in denen Menschen zu Flüchtlingen werden wollen, in denen sie all ihr Hab und Gut zurücklassen und ihre eigenen Heimatländer verlassen wollen, um in Länder mit einer völlig anderen Kultur zu gehen, über die sie nichts wissen, mit Sprachen konfrontiert zu werden, die sie nicht sprechen und mit denen sie nie etwas zu tun hatten, sowie mit Traditionen und Sitten, die ihnen vollkommen fremd sind – das alles ist gleichbedeutend mit der Zerstörung der Identität einer Person.

Alles, was wir tun können, sobald sie ihr Land verlassen haben, muss daher selbstverständlich getan werden. Es wäre aber viel klüger und viel besser, wenn die internationale Gemeinschaft endlich begreifen würde, dass wir die eigentliche Ursache für die Flucht dieser Menschen aus Kriegsgebieten angehen müssen, dass wir den Krieg verhindern müssen, der offensichtlich die eigentliche Ursache war, dass wir diesen Konflikt verhindern und es den Menschen ermöglichen, zu Hause zu bleiben, anstatt alles zurückzulassen und verzweifelt woanders Schutz und Zuflucht zu suchen. Denn dies wird immer ihr Trauma bleiben, da es für sie sehr schwer sein wird, zu dem zurückzukehren, was sie zuvor hatten.

Das sollte also zuallererst die Aufgabe der internationalen Gemeinschaft sein. Wir sprechen viel über Globalisierung – wir haben die Wirtschaft globalisiert, wir globalisieren alles. Warum versuchen wir nicht, die Prävention zu globalisieren? Warum versuchen wir nicht, diesen Konflikten global ein Ende zu bereiten und es den Menschen zu ermöglichen, die zu Hause sind, auch zu Hause zu bleiben und nicht zur Flucht gezwungen zu werden? Sollte das nicht die erste Aufgabe der internationalen Gemeinschaft sein?

Anstatt die Wirtschaft zu globalisieren, was ja eine gute Sache sein mag, warum nicht die Prävention von Konflikten globalisieren – diese Konflikte beenden und es den Menschen ermöglichen, zu Hause zu bleiben? Sobald diese Menschen daher ihr Land verlassen haben, müssen sie aufgenommen werden. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass nicht nur diejenigen, die fliehen, sich in einer ablehnenden Umgebung wiederfinden: Diejenigen, die sie willkommen heißen, diejenigen, die die Flüchtlinge aufnehmen, sind vielleicht nicht ganz vertraut mit diesen Neuankömmlingen, manche haben eine gewisse ablehnende Haltung, die möglicherweise entsteht, weil da schließlich so viele zur gleichen Zeit ankommen.

Es ist daher nur logisch und vernünftig und eine Frage der Menschlichkeit, dass die erste und wichtigste Aufgabe der internationalen Gemeinschaft die Konfliktprevention sein sollte.

Terrorismus – Chance für ein besseres Verständnis

Der islamistische Terrorismus stellt in vielerlei Hinsicht die bestimmende existenzielle Bedrohung der Welt nach dem Kalten Krieg dar. Junge Europäer, die nach 1990 geboren wurden, leben unter der fast ständigen Bedrohung von Angriffen auf die Zivilbevölkerung, die seit dem Aufstieg des Islamischen Staates in Syrien/Irak im Jahr 2014 noch gestiegen ist. Europa scheint der Bedrohung durch islamistische Angriffe zunehmend ausgesetzt zu sein, während es gleichzeitig das Hauptzentrum der Radikalisierung und des Exports von dschihadistischen Kämpfern in das neue „Kalifat“ ist.

Die Enthauptung des amerikanischen Journalisten James Foley am oder um den 19. August 2014 durch einen verummten Kämpfer mit Londoner Akzent rückte Großbritannien ins Rampenlicht. Die Festnahme von Salah Abdeslam, einem Bewohner von Molenbeek/Belgien und dem sogenannten „Drahtzieher“ der Attentate 2015 in Paris mit 137 Toten, war eine weitere schaurige Mahnung, dass es eine Radikalisierung gibt.

Ein Bericht des Europäischen Parlaments vom letzten Jahr enthält die Schätzung, dass Tausende von jungen Europäern ausgereist sind, um im Bürgerkrieg in Syrien zu kämpfen³. Das Problem der Radikalisierung findet sich vor allem bei jungen Menschen, die in Europa die Tendenz einer „Dämonisierung der Muslime“ und das Entstehen nationalistischer Politiken in ganz Europa sehen, die die islamistische Radikalisierung eher noch befeuern als mildern. Für viele junge Menschen ist Radikalisierung eine Folge von Isolation und Entfremdung.

Andere verweisen darauf, dass es wichtig ist, strengere Kontrollen an den europäischen Grenzen durchzuführen und härtere Internet-Kontrollen durchzusetzen, vor allem bei speziellen passwortgeschützten Foren, die zu Radikalisierung und Aberglauben aufrufen.

Programme, die radikalisierten Personen dabei helfen, sich wieder in die Mehrheitsgesellschaft einzugliedern, sind besonders interessant.

5. Offene Binnengrenzen – Schutz der Außengrenzen, um den Zusammenbruch des Schengen-Raums zu verhindern und gleichzeitig die Sicherheit zu gewährleisten

Der Anstieg islamistischer Angriffe und die Furcht, dass unter den Migranten, die in die Europäische Union kommen, Personen sein könnten, die Europäer angreifen wollen, hat nationalistische Spannungen in den Mitgliedstaaten neu entfacht. Das Problem wurde noch verschärft durch die Entdeckung Ende 2015, dass mindestens zwei der drei Selbstmordattentäter, die sich vor dem Stade de France in Paris selbst in die Luft sprengten, auf der griechischen Insel Leros ankamen und sich als Flüchtlinge ausgaben.

Diese Erkenntnisse sind zwar wichtig, lassen aber den Gesamtzusammenhang außer Acht. Bei der Mehrzahl der Extremisten, die derzeit eine Gefahr für europäische Bürger darstellen, handelt es sich um ein hausgemachtes Problem. Auch die vorgeschlagenen Lösungen sind nicht praktikabel. Selbst wenn die europäischen Wähler Grenzkontrollen akzeptieren würden, wäre es zum Beispiel unmöglich, die rund 200 Straßenübergänge allein zwischen Belgien und Frankreich

³ Europäisches Parlament, 2015: Foreign fighters. [online] Abrufbar unter: <<http://www.europarl.europa.eu/EPRS/EPRS-Briefing-548980-Foreign-fighters-FINAL.pdf>>

zu überprüfen. Von Salah Abdeslam wird berichtet, dass er auf seiner Flucht aus Paris mehrere Polizeikontrollpunkte unerkannt passieren konnte.

„In einem Raum der Freizügigkeit ohne Binnengrenzen müssen wir die Verantwortung für das Management der Außengrenzen Europas gemeinsam tragen. Die Krise hat eindeutige Schwachstellen und Lücken der bestehenden Mechanismen, mit denen die Einhaltung der EU-Normen sichergestellt werden soll, offengelegt.“ – Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der Europäischen Kommission. Die Lösung besteht nicht darin, Schengen aufzugeben, sondern die Außengrenzen der EU stärker zu schützen. Diese Einstellung teilen auch führende politische Entscheidungsträger, die für eine Verschärfung der Grenzkontrollen in Europa sind.

Eine Sorge dabei ist, dass die humanitären Bemühungen zur Aufnahme und Gewährung eines sicheren Zufluchtsorts für Flüchtlinge, die vor dem Krieg fliehen, durch die Verstärkung der Außengrenzen der EU untergraben werden. Junge Menschen würden daher umfassende Kontrollen der Außengrenzen empfehlen, bei denen der humanitäre Aspekt nicht außer Acht gelassen wird.

6. Stärkung von Jugendorganisationen, die sinnvolle Aktivitäten für junge Menschen anbieten, denen der Lebenssinn abhandengekommen ist

Die Ursachen für die religiöse Radikalisierung im Westen sind komplex und vielschichtig. Obwohl Arbeitslosigkeit und Diskriminierung manchmal die direkten Ursachen für eine islamistische Radikalisierung sind, zeigt die Berücksichtigung weiterer Faktoren, dass die breitere Ursache für Radikalisierung über islamischen Puritanismus und wirtschaftliche Ausgrenzung hinausgeht.

Im Juni verwies ein Bericht des französischen Parlaments auf persönlichere Faktoren: „eine existenzielle Suche“ nach Identität und Zugehörigkeit von Personen mit einem „psychologischen und gesellschaftlichen Unbehagen“⁴. Bei den Personen, die nach Syrien gehen, handelt es sich oft um Kleinkriminelle. Es gibt jedoch auch junge Menschen aus der Mittelklasse, junge Mädchen und Konvertiten, sagt Dounia Bouzar, die ein französisches Zentrum für Entradikalisierung leitet. Botschafter Akbar Ahmed, Inhaber des Ibn-Khaldun-Lehrstuhls für Islamwissenschaft an der American University, nennt dies den „Hemingway-Effekt“ und bezieht sich damit auf den englischsprachigen Schriftsteller Ernest Hemingway, der aus Langeweile gegenüber dem britischen Lebensstil und dem Wunsch, seinen Namen einer „Sache“ zu verschreiben, zum Kampf in den Spanischen Bürgerkrieg zog.

Dieses „psychologische und gesellschaftliche Unbehagen“ kann teilweise mit dem Rückgang von Jugendorganisationen erklärt werden, der dazu geführt hat, dass junge Muslime viel Zeit für eine Selbstradikalisierung im Internet und in kleinen Gruppen haben. In ganz Europa verschwinden Jugendeinrichtungen und Jugenddienste in schnellem Tempo, weil sowohl die öffentlichen Mittel gekürzt werden als auch die Nachfrage bei jungen Menschen sinkt.

Im Brüsseler Vorort Vilvoorde, der bis vor kurzem noch unter einer islamistischen Radikalisierung litt, führten ein 2014 erlassenes Programm für die Teilhabe junger Muslime an ihrer Gemeinschaft und die Einführung spezifischer Jugendprojekte, die jungen Menschen Beschäftigung und Hobbys

⁴ Unbekannter Autor, 2015: „Jihad at the heart of Europe“. *The Economist*, [online] 21. November. Abrufbar unter: <<http://www.economist.com/news/briefing/21678840-brussels-not-just-europes-political-and-military-capital-it-also-centre-its>>

bieten sollen, zu spannenden Ergebnissen. Seit Mai 2014 haben keine weiteren ISIS-Rekruten Vilvoorde verlassen⁵.

7. Förderung der Beziehungen zwischen den Religionen, um zu Engagement anzuregen und das Aufkommen jeglicher Form von Aberglauben in Europa zu verhindern

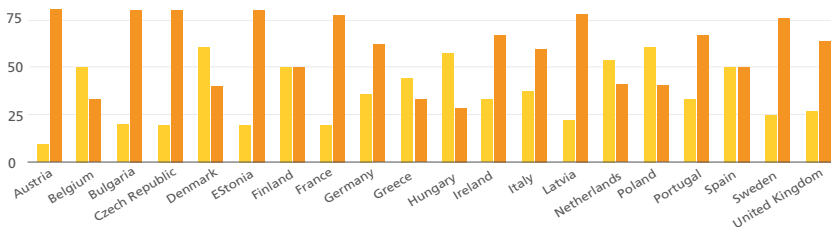
Dialog ist in jeder guten Beziehung wichtig. Schweigen führt mehr als alles andere zu Misstrauen und Feindseligkeit. Dies gilt ganz besonders für die Beziehungen zwischen den Religionen, wo der Abbruch des Dialogs nicht nur zu Misstrauen, sondern auch zur Radikalisierung junger Menschen führt. Zwischen den monotheistischen Religionen des Westens gibt es mehr Verbindendes als Trennendes.

Die interreligiöse Jugendarbeit im Dialog nach dem Konflikt in Bosnien-Herzegowina kann als Beispiel für eine gemeinsame Heilung durch Kommunikation dienen. In Workshops für Menschen unterschiedlichen Glaubens oder ganz ohne religiöse Überzeugungen würden Menschen zusammenkommen, um in konstruktiver und friedlicher Kommunikation oder gewaltfreiem sozialem Handeln geschult zu werden oder um sich einfach besser kennenzulernen.

Die Herausforderung für den Dialog zwischen den Religionen im aktuellen europäischen Klima ist riesig, aber nicht unüberwindbar. Beispiele für erfolgreiche Initiativen sind oft spontan oder entstehen aus Solidarität nach Angriffen. Nach einem Angriff auf eine Synagoge im Februar 2015 in Dänemark versammelten sich die vor Ort lebenden Muslime um das Gebäude, um ihre Solidarität zu zeigen und die Gläubigen vor extremistischen Handlungen zu schützen.

Ein wichtiger Aspekt ist die Notwendigkeit, säkulare Bürger in Initiativen zwischen den Religionen einzubinden, vor allem Bürger, die womöglich wenig über Religion wissen und sich angesichts religiöser Ausdrucksformen in der Öffentlichkeit unwohl fühlen. Für ein solches Vorgehen sind mehr öffentliche Finanzmittel für interreligiöse Jugendgruppen sowie eine weitere Stärkung von Initiativen wie dem European Network of Young Interfaith Leaders (ein von der United Religious Initiative gefördertes Projekt) notwendig. Die jungen Menschen fordern hartnäckig: Wo auch immer sich die Gelegenheit zu einem Jugenddialog zwischen den Religionen bietet, muss diese ergriffen werden.

Was ist wichtiger? Stärkere Online-Überwachung oder mehr Privatsphäre?



Orange = mehr Privatsphäre, Gelb = Stärkere Online-Überwachung

⁵ Cendrowicz, L., 2015: „Vilvoorde: The Brussels district fighting radicalisation with kindness“. *The Independent*, [online] 30. Dezember 2015. Abrufbar unter: <<http://www.independent.co.uk/news/world/europe/vilvoorde-the-brussels-district-fighting-radicalisation-with-kindness-a6791186.html>>



Interview: Asmaa Jaber

Dozentin für Politikwissenschaft am Pariser Institut für politische Studien (Sciences Po Paris)

Sprecherin auf dem EYE2016

Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe dafür, dass junge Menschen sich radikalen Gruppen anschließen?

Was wir heutzutage als „Radikalismus“ bezeichnen, ist nur eine andere Form der politischen Haltung, die sich gegen das System richtet. Wie der Name bereits andeutet, ist man „gegen das System“, wenn man Probleme mit dem System hat: dem politischen System, den sozialen und wirtschaftlichen Regeln, politischen Maßnahmen usw. Meine Meinung ist, dass junge Menschen, die anfällig für die Propaganda von Daesh sind, vom System enttäuscht und sogar todunglücklich sind. Sie bleiben außen vor, werden diskriminiert und ausgeschlossen, sie haben keine Hoffnung, keine Perspektive und sie wissen nicht, an wen sie sich mit alldem wenden sollen. Und hier kommt die sehr mächtige Propaganda ins Spiel.

Glauben Sie, es rührt von einer Art Frustration oder einem Gefühl her, dass sie von der Gesellschaft, in der sie leben, nicht akzeptiert werden?

Niemand braucht von der Gesellschaft als Ganzem akzeptiert zu werden. Es gibt immer jemanden, der einen nicht mag, und jeder hat irgendwelche Schwierigkeiten. Das Problem ist nur, wenn gar nichts klappt. Du weißt, dass deine Schule die schlechteste ist und deine Zukunftsaussichten entsprechend düster sind; ebenso die Art, wie du wahrgenommen wirst, deine Nachbarschaft, Dein Wohnhaus. Wenn du weißt, dass du in deinem Leben immer das Schlechteste bekommst und wenn noch hinzukommt, dass deine Chancen, da herauszukommen und diese Aspekte deines Lebens zu verbessern, so gut wie nicht vorhanden sind, dann bist du wütend, enttäuscht und anfällig für jegliche Propaganda gegen das System.

In der Debatte lautete die Antwort, dass Bildung der Schlüssel für diesen Aspekt sei. Wie kann jungen Menschen Bildung vermittelt werden, um sie davon abzuhalten, radikalen Gruppen beizutreten?

Ich denke, an oberster Stelle steht, effizientere Maßnahmen umzusetzen und sich mehr auf die lokale Ebene zu konzentrieren. Es nützt nichts, den Schwerpunkt auf Bildung zu legen, wenn diese jungen Menschen später dann doch wieder feststellen, dass es absolut keine Chancengleichheit gibt. Bildung allein kann wirtschaftliche, ethnische oder soziale Segregation und das vollständige Fehlen von Chancen oder Teilhabe nicht wettmachen.

Aber um Ihre Frage zu beantworten: Ich empfehle, mit Kindern bereits in jungem Alter über „sensible“ Themen (wie Daesh, Propaganda usw.) zu sprechen, um ihnen eine Art von politischem Impfstoff mitzugeben. Wenn sie das nächste Mal davon hören, wissen sie wenigstens schon etwas darüber und sind davor gewarnt worden. Fürs Erste möchte ich nur das empfehlen, da es mir sehr wichtig ist, realistische politische Empfehlungen abzugeben, das heißt solche, die sofort angewendet werden könnten.

In Ihrer Arbeit konzentrieren Sie sich auf Kinder. Warum ist der Schwerpunkt auf Kindern im Zusammenhang mit Radikalisierung so wichtig?

Weil es viel besser ist vorzubeugen als zu reagieren. Es ist wesentlich leichter, sich am Aufbau der politischen und sozialen Identität einer Person zu beteiligen, wenn sie noch im Aufwachsen begriffen ist, anstatt zu versuchen, etwas, das schlecht aufgebaut wurde, wieder abzureißen und zu korrigieren, nachdem es schon sehr spät ist.

Sehen Sie eine Verbindung zwischen der Radikalisierung und der derzeitigen Migrationskrise?

Da sehe ich überhaupt keine Verbindung, außer dass beide Phänomene von der national-populistischen Propaganda vereinnahmt werden können.

In Vielfalt geeint – Auf dem Weg zur Beendigung moderner Diskriminierung

Diskriminierung in jeder Form ist beschämend und lastet auf dem Gewissen und dem Moralgefüge der europäischen Gesellschaft. Dieses Fazit ergab sich aus den Diskussionen und Gesprächen junger Menschen aus ganz Europa auf dem diesjährigen Europäischen Jugendevent.

LEuropa ist seinem Wesen nach eine multikulturelle Gesellschaft. Bei einer Bevölkerungszahl von über 770 Mio. gehören geschätzt 14 % der europäischen Bevölkerung (bzw. rund 105 Mio. Menschen) Minderheiten an. Multikulturalismus, der lange als Markenzeichen für die europäische Offenheit und Akzeptanz gepriesen wurde, wird zunehmend negativ bewertet. Die Angst vor Terrorismus und die zunehmende Migration von außen haben dazu geführt, dass breite Schichten der Mehrheitsgesellschaft wieder auf die empfundenen Normen und Werte pochen und damit die Kluft zwischen „ihnen“ und „uns“ vertiefen.

Multikulturalismus ist ein großes Plus für die europäische Gesellschaft. Im Großen und Ganzen haben Immigranten Erfolg, wenn sie sich auf ihre eigenen Kräfte verlassen, und sie haben die europäische Gesellschaft bereichert. Der gegenwärtige Zulauf zu rechten nationalistischen Parteien in EU-Mitgliedstaaten ist ein besorgniserregender Trend, der negativen Haltungen gegenüber Minderheiten Auftrieb geben könnte. Vor diesem Hintergrund fordern junge Menschen Maßnahmen, die auf Integration im Allgemeinen abzielen (anstatt irgendeine Gemeinschaft gegenüber einer anderen zu bevorzugen).

Das heißt nun nicht, dass junge Menschen alle Aspekte des Multikulturalismus unterstützen. Es gibt Beispiele für ausländische kulturelle Praktiken, die keinen Platz in der europäischen Gesellschaft haben: Genitalverstümmelung bei Frauen, Ehrenmorde und Zwangsheiraten sind einige der Punkte, die vehement kritisiert werden. Ebenso wenig sind junge Menschen der Meinung, es liege allein an der Mehrheitsgemeinschaft, die Diskriminierung zu beenden. Diskriminierung ist ihrem Wesen nach ein wechselseitiger Prozess; Minderheitengruppen sollten für ihre eigene Integration stärker in die Verantwortung genommen werden.

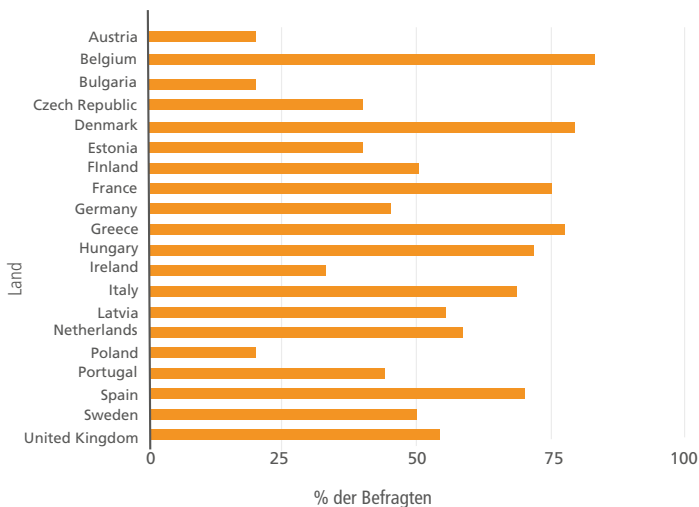
8. Unterstützung von Vereinen, die Brücken bauen zwischen kulturellen Mehrheits- und Minderheitengruppen an gemischten Schulen

Die Masseneinwanderung hat die europäischen Gesellschaften verändert: Selbst in einst homogenen Ländern wie Schweden machen im Ausland geborene Menschen 14 % der Bevölkerung aus. Während nationalistische Parteien in ganz Europa implizit und zunehmend auch explizit eine Abschottung der Gemeinschaft sowie einen kulturellen Absolutismus propagieren, lehnen junge Menschen diese Haltung ab.

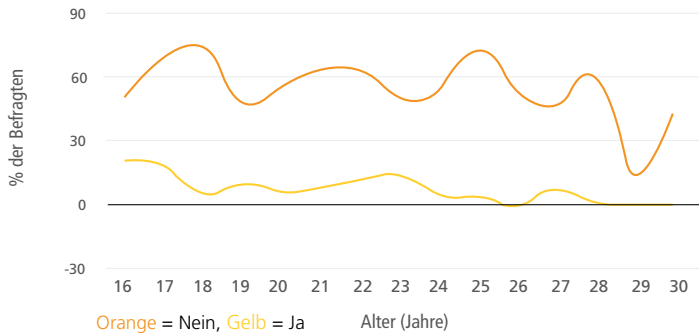
Der Rhetorik vieler Politiker zum Trotz ist kulturelle Assimilation in Europa unumgänglich. Migranten vermischen sich mit Neuzuwanderern aus Kontinentaleuropa. Leider zählt Bildung jedoch zu einem der am wenigsten integrationsfördernden Bereiche der modernen Gesellschaft. Wenn in dieser Lebensphase keine Brücken zwischen Minderheiten- und Mehrheitsgemeinschaften gebaut werden, führt dies zu tief verwurzelten Ansichten und Gleichgültigkeit gegenüber Integration.

Junge Menschen schlagen vor, dass Schulen Integration fördern anstatt verhindern sollten, und möchten, dass mehr unternommen wird, um die Mischung in den Schulen zu verbessern. Ein interessanter Bereich sind interreligiöse und interkulturelle Vereine an Schulen, die dazu beitragen, dass Schüler mit anderen Kulturen und Glaubenswelten in Kontakt kommen. Private konfessionelle Schulen, die Schülern nicht ausreichend Gelegenheit bieten, das Leben von Menschen mit anderem religiösen Glauben oder ohne Glauben kennenzulernen und sich damit zu befassen, geben ebenfalls Anlass zu Besorgnis, da auf diese Weise Integration verhindert und Diskriminierung fortgesetzt wird.

Der Grund für die fehlende Integration ist die Gesellschaft, nicht die Minderheitengruppen selbst (Teilnehmer nach Land)



Der Grund für die fehlende Integration ist die Gesellschaft, nicht die Minderheitengruppen selbst
(Teilnehmer nach Alter)



9. Förderung von Veranstaltungen, die der Stigmatisierung von behinderten Menschen entgegenwirken und dazu beitragen, verbreitete Fehlvorstellungen über behinderte Menschen in der europäischen Gesellschaft zurechtzurücken

Diskriminierung aufgrund von Behinderung ist wahrhaft beschämend und lastet auf dem moralischen Gewissen Europas. Den jüngsten Zahlen von Eurostat zufolge geben 44 Mio. Menschen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren (14 % dieser Altersgruppe) in der EU der 28 an, eine Schwierigkeit bei einer grundlegenden Tätigkeit⁶, zu haben, und 35 Mio. EU-Bürger kennen Beschäftigungsprobleme aufgrund ihrer Behinderung. Die tatsächliche Zahl ist mit Sicherheit noch höher, vor allem aufgrund der großen Anzahl von Personen, die psychische Behinderungen und Depression verheimlichen; dies gilt insbesondere für Männer, bei denen weit weniger Behinderungen erfasst sind als bei Frauen. Mehr als drei Viertel der Personen mit schweren psychischen Problemen und über 90 % der Personen mit geringeren Problemen werden von Nichtfachleuten oder überhaupt nicht behandelt.

Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen findet in allen Lebensphasen statt: vom Mobbing in der Schule bis zum Zugang zu Verkehrsmitteln und Beschäftigungsmöglichkeiten. Und obwohl die meisten Mitgliedstaaten in der einen oder anderen Form Gesetze gegen die Diskriminierung von behinderten Menschen erlassen haben, ist die Überwindung der Diskriminierung aufgrund von Behinderung noch lange nicht erreicht.

⁶ Eurostat, 2015: Disability statistics – prevalence and demographics. [online] Abrufbar unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Disability_statistics_-_prevalence_and_demographics>

Junge Menschen berichten von Anzeichen dafür, dass sich die Lage für Menschen mit Behinderungen zu verbessern beginnt. Die Hauptantriebsfeder, um der Diskriminierung aufgrund von Behinderung ein Ende zu bereiten, sind nicht direkte politische Maßnahmen, sondern eine Änderung der Sichtweise. Die Invictus Games und die paralympischen Wettbewerbe ragen als erfolgreiche Veranstaltungen heraus, die die Sichtweise ändern.

Nach einem Bericht der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2015 gaben 69 % der Europäer an, dass sie kein Problem damit hätten, wenn eine Person mit Behinderung ein hohes Amt in ihrem Land ausüben würde. Eine größere und tolerantere Wahrnehmung von psychischen Krankheiten und die Berichterstattung über Fragen zur psychischen Gesundheit in den Medien haben zu dieser Verbesserung beigetragen.

Junge Menschen sind optimistisch, dass die Diskriminierung aufgrund von Behinderung als einer der ersten Diskriminierungsbereiche beseitigt werden kann. Damit dies jedoch Wirklichkeit wird, sollten politische Entscheidungsträger und Gesetzgeber noch mehr tun, um Initiativen zu unterstützen, die die Sichtweise verändern, sodass die Menschen die Person wahrnehmen und nicht den Rollstuhl.

10. Ernennung von „Botschaftern der Vielfalt“, damit Minderheiten auf nationaler und EU-Ebene in der Politik vertreten sind

Obwohl in den EU-Institutionen Fortschritte bei der Verbesserung der Vielfalt zu verzeichnen sind, so zum Beispiel durch die Zusage Jean-Claude Junckers, einen Frauenanteil von 40 % in höheren Führungspositionen der Kommission zu erreichen, wird oft kritisiert, dass die EU-Institutionen nicht „wie Europa aussehen“⁸. Dadurch kann wiederum der Eindruck entstehen, als seien die EU-Institutionen eine geschlossene Gruppe, in denen die Probleme verschiedener Gemeinschaften in der EU keine Berücksichtigung findet.

Eine Idee zur Lösung dieses Problems ist die Ernennung von „Botschaftern der Vielfalt“. Dadurch ließe sich der Dialog im Zusammenhang mit Fragen der Vielfalt verbessern, und die europäischen Institutionen könnten in Bezug auf ihre Verpflichtungen im Hinblick auf Vielfalt – und insbesondere die Rolle junger Menschen – zur Verantwortung gezogen werden. Auch Gespräche auf hochrangiger Ebene könnten auf diese Weise erleichtert werden, und es könnte sichergestellt werden, dass jugendorientierte Maßnahmen im Vordergrund der Diskussionen in der EU stehen.

⁷ European Commission, 2015. *Discrimination in the EU in 2015*. [online] Available at: <<http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/PublicOpinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/SPECIAL/surveyKy/2077>>

⁸ Teffer, P., *Jahr unbekannt: „Diversity: EU commission doesn't look like Europe“*. *EU Observer*, [online] 16. März. Abrufbar unter: <<https://euobserver.com/institutional/132692>>



Um Frieden zu erreichen, ist mehr als nur das Ende bewaffneter Konflikte vonnöten. Das Thema Krieg und Frieden wurde in einem breit gefassten Ansatz behandelt: Die Aktivitäten auf dem EYE befassten sich mit Fragen der Nichtdiskriminierung und den grundsätzlichen Ursachen von gewaltbereitem Extremismus sowie der Analyse besonderer bewaffneter Konflikte und der Antwort Europas auf die Flüchtlingskrise.

Migration

Der seit 2011 andauernde Krieg in Syrien ist für die größte humanitäre Krise seit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verantwortlich. Eine ganze Generation von Kindern und jungen Menschen ist Gewalt und Krieg ausgesetzt, und die Inanspruchnahme ihrer Grundrechte wird ihnen verweigert. Neben Syrien sind in den letzten fünf Jahren ein Dutzend weiterer Konflikte unter anderem im Irak, im Südsudan und in der Ukraine ausgebrochen. Bei fast jedem dritten Asylbewerber seit dem 1. Januar 2016 in der EU handelt es sich um junge Menschen oder Kinder unter 18 Jahren¹, denen die Kindheit genommen wurde und die in hohem Maße Gefahr laufen, dass ihre Rechte verletzt oder missachtet werden. Die Antwort Europas war unzureichend, da viele Politiker oft in erster Linie damit beschäftigt waren, die Migrationsströme auf den Kontinent einzudämmen.

Um diese sich zuspitzende Krise zu bewältigen, sollten folgende Schritte unternommen werden:

- **Einhaltung der Grundrechte von Asylsuchenden während des gesamten Asylverfahrens.** Damit nicht noch mehr Tote vor Europas Toren zu beklagen sind, müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die Grundrechte von Asylbewerbern während des gesamten Asylverfahrens eingehalten werden. Vor allem die Kinderrechte müssen im Einklang mit der VN-Konvention über die Rechte des Kindes eingehalten werden, und das Wohl und der unabhängige Wille des Kindes müssen die Richtschnur sein. Die Inhaftierung von Minderjährigen muss verhindert werden, und unbegleiteten Minderjährigen sollte eine geeignete psychologische Betreuung angeboten werden.
- **Unterstützung der langfristigen Integration von Flüchtlingen.** Die Integration in Bildung, Berufsausbildung oder Beschäftigung sollte so schnell und reibungslos wie möglich erleichtert werden und auf bewährten Vorgehensweisen aufbauen, um integrative Gesellschaften für alle jungen Menschen sicherzustellen. Um die langfristige Integration von jungen Flüchtlingen zu unterstützen, muss dieses Denken in der gesamten Bevölkerung und in allen grundlegenden institutionellen Strukturen wie Kindergärten, Schulen, Behörden, Regierungen und Krankenhäusern gefördert werden. Ein wichtiger Schritt ist ferner eine objektive Debatte auf der Grundlage von Toleranz und Respekt in den Medien und in der Politik.
- **Anerkennung der Rolle von jungen Menschen und Jugendorganisationen bei der Aufnahme junger Flüchtlinge.** Jugendorganisationen waren oft an vorderster Front tätig, um junge Flüchtlinge willkommen zu heißen und durch ihre Aktivitäten, die den interkulturellen Dialog und die Nichtdiskriminierung sowie die staatsbürgerliche Bildung fördern, Integration zu unterstützen. Die Rolle von jungen Menschen und Jugendorganisationen muss von den Regierungen in ganz Europa anerkannt und weiter unterstützt werden.

Gewaltbereiter Extremismus

Während gewaltbereiter Extremismus in Form von religiösem Fundamentalismus zu wachsender Besorgnis in Europa führt, nehmen auch andere Formen von gewaltbareitem Extremismus zu, die auf Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus basieren, und stellen eine nachhaltige Bedrohung für friedliche demokratische Gesellschaften dar. Wenn es um Extremismus oder gewaltbereite Radikalisierung geht, muss eine klare und nichtdiskriminierende Sprache verwendet werden. Radikalität kann zu positiven Veränderungen führen und das Denken der Mehrheit herausfordern. Für die Entfaltung von im positiven Sinne radikalen Ideen muss Raum vorhanden sein, gewaltbereiter Extremismus dagegen ist rigoros zu verurteilen². Vor allen Dingen ist Folgendes wichtig:

¹ UNCHR-Daten <http://data.unhcr.org/mediterranean/regional.php> (Zugriff am 20. Juni 2016).

² Europäisches Jugendforum 2016: *The Role of the Youth Sector in Preventing Violent Extremism*. <http://www.youthforum.org/assets/2016/05/The-Role-of-the-Youth-Sector-in-Preventing-Violent-Extremism.pdf>

- **Beseitigung der grundlegenden Ursachen gewaltbereiter Radikalisierung wie beispielsweise die Ausgrenzung von jungen Menschen.** Um gewaltbereitem Extremismus entgegenzuwirken, sollten alle Sektoren zusammenarbeiten, damit die grundlegenden Ursachen gewaltbereiter Radikalisierung, wie zum Beispiel die Ausgrenzung von jungen Menschen, beseitigt werden.
- **Unterstützung von Jugendarbeit/Jugendorganisationen.** Des Weiteren sollte die Jugendarbeit unterstützt werden, die ein sicheres Umfeld für junge Menschen schafft, die von der Gesellschaft ausgeschlossen sind.
- **Investitionen in hochwertige Bildung (formal und nicht-formal)** . Nicht zuletzt sind auch weitere Investitionen in die formale und nicht-formale Bildung notwendig, die den interkulturellen Dialog fördert und den jungen Menschen Kenntnisse über Staatsbürgerkunde und die Menschenrechte vermittelt.

Nichtdiskriminierung

Diskriminierung zählt trotz geltender Gesetzgebung und Verpflichtungen für Staaten auf Ebene des Einzelstaats, der EU, des Europarats und der Vereinten Nationen in zunehmendem Maße zur Realität von jungen Menschen von heute. Dies gilt vor allem in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Beruf, Freizügigkeit und Zugang zu sowie Versorgung mit Waren und Dienstleistungen, einschließlich Wohnen, soziale Dienstleistungen und Gesundheitsversorgung sowie Finanzen über Bankdienstleistungen. Die Auswirkungen sind schwerwiegend und hindern junge Menschen am Übergang in das Erwachsenenleben und in die Selbstständigkeit. Diskriminierung in jungen Jahren kann die Gesundheit, das Wohlergehen, das Selbstwertgefühl und das Gefühl der Zugehörigkeit von jungen Menschen beeinträchtigen; negative Auswirkungen auf ihre Zukunft sind wahrscheinlich.

- **Stärkung von Antidiskriminierungsmaßnahmen und -gesetzen.** Das EU-Recht verbietet Diskriminierung aufgrund des Alters nur im Beschäftigungsbereich, während die Mitgliedstaaten nicht verpflichtet sind, Schutz vor Diskriminierung aufgrund des Alters in anderen Lebensbereichen wie unter anderem Bildung, Gesundheitsversorgung, sozialem Schutz oder Zugang zu Waren und Dienstleistungen zu bieten. Im Jahr 2008 wurden zwar Gesetze vorgeschlagen, um den Schutz auf diese Bereiche auszudehnen, das Verfahren steckt jedoch nach wie vor im Rat der Europäischen Union fest. Die Mitgliedstaaten müssen daher dem Erlass der vorgeschlagenen Gleichbehandlungsrichtlinie neuen Vorrang einräumen. Daneben muss die geltende Gesetzgebung wirksam umgesetzt werden, da junge Menschen bei der Arbeitssuche weiterhin aufgrund des Alters diskriminiert werden.

Entgegen der verbreiteten Wahrnehmung stellen junge Menschen darüber hinaus keine einzelne, homogene Teilgruppe der Gesellschaft dar, die ausschließlich über das Alter definiert wird. Die Identität junger Menschen hängt von zahlreichen Faktoren ab, die zu vielfältigen Formen von Diskriminierung und/oder sich überschneidenden Formen von Unterdrückung führen können. Das geltende Antidiskriminierungsrecht ist häufig ungenügend, um diese Formen der Diskriminierung zu beseitigen. Dies muss gelöst werden durch eine Erweiterung der Liste von Antidiskriminierungsgründen oder die Einführung einer offenen Liste von Gründen wie in der Europäischen Menschenrechtskonvention. Außerdem muss das Antidiskriminierungsrecht so angewendet werden, dass diskriminierende Praktiken als Praktiken, die auf mehreren Gründen beruhen, eingestuft werden können.

- **Bildung von jungen Menschen, damit sie ihre Rechte und Abhilfemaßnahmen im Fall von Diskriminierung kennen.** Antidiskriminierungsmaßnahmen und -gesetze sind zwar ein wichtiger Ausgangspunkt, damit einhergehen muss jedoch ferner eine Sensibilisierung junger Menschen für ihre Rechte und Abhilfemaßnahmen im Fall von Diskriminierung. Einzelne Personen müssen in der Lage sein, Diskriminierung zu erkennen und darauf zu reagieren, wenn sie ihnen begegnet.

Apathie oder Beteiligung : AgeAnda für eine **lebendige** Demokratie

Die Art und Weise, wie sich junge Menschen in ihren nationalen Demokratien und internationalen Organisationen wie der EU beteiligen, ändert sich. Während einerseits durch digitale Technologien breitere Debatten begünstigt werden, stellt die Abwendung von formalen demokratischen Systemen die politischen Entscheidungsträger beim Dialog mit der kommenden Generation vor Herausforderungen. Ein Problem ist die zunehmende Bildungungleichheit, die sich in weiteren Spaltungen in Europa niederschlägt. Dabei könnte gerade in einer kreativen Verbindung aus Bildung und Technologie die richtige Lösung zur Überwindung der europäischen Apathie liegen.

Neben zahlreichen EYE-Aktivitäten zu diesem Thema wurden die Teilnehmer nach ihren Ideen befragt, wie sich die demokratische Beteiligung am politischen Geschehen verbessern lässt. Bei der anschließenden Diskussion über die zunehmende Rolle digitaler Medien in der Politik wurden sowohl Chancen als auch Gefahren analysiert. Die Teilnehmer untersuchten verschiedene neue Online-Medieninitiativen, die durch Tweets, digitales Storytelling, Blogs und Apps die Beteiligung verbessern sollen, und hatten die Gelegenheit, mehr über Beteiligungsmöglichkeiten wie Lobbyarbeit für Anfänger, politische Bildung in der Praxis und zahlreiche damit zusammenhängende Aspekte zu erfahren.

Digitales Engagement – Mehr Macht für die Bevölkerung

Es wird oft behauptet, dass sich junge Menschen nicht für Politik interessieren. Woran liegt das? Ein großes Problem ist das fehlende Vertrauen gegenüber Politikern, und gerade junge Menschen engagieren sich nicht, weil sie das Gefühl haben, von der Politik nicht wirklich beachtet zu werden. Viele Menschen haben zudem Schwierigkeiten, die Institutionen oder das Geschehen zu verstehen, weil die Komplexität zu hoch geworden ist.

Einige Sozialwissenschaftler sind der Auffassung, dass nur diejenigen, die sich ohnehin schon engagieren, das Internet zur Verfolgung des politischen Geschehens nutzen. Es gibt jedoch positive Anzeichen dafür, dass durch das Internet mehr Menschen erreicht und eingebunden werden können. Das Internet besitzt das Potenzial, jungen Menschen den Zugang zu Debatten zu eröffnen und ihnen zu ermöglichen, mit ihren Ideen ein breiteres Publikum zu erreichen, sich stärker zu vernetzen und neue Informationen kennenzulernen. Können digitale Werkzeuge und das Internet junge Menschen ermächtigen und politisches Engagement fördern? Können Politiker und EU-Institutionen mithilfe von Internet und sozialen Medien junge Menschen erreichen? Im ersten Fall handelt es sich um einen Ansatz von unten nach oben (Bottom-up), im zweiten Fall um einen Ansatz von oben nach unten (Top-down). Für die Umsetzung des



Ziels, durch das Internet das politische Engagement zu stärken, sollten Anstrengungen in beide Richtungen unternommen werden.

Es steht außer Zweifel, dass junge Menschen eher dazu neigen, modernen Methoden der Beteiligung – von der elektronischen Stimmabgabe über Apps und die Nutzung des Internets bis zur Sicherheit – den Vorzug geben. Wenn wir das Wahlverfahren entsprechend anpassen, können junge Menschen von den Veränderungen profitieren, die eine zunehmende Digitalisierung mit sich bringt. Außerdem sind junge Menschen häufig technisch versierter als die Generation ihrer Eltern. Das Europäische Parlament könnte sich dies zunutze machen, indem es Apps und andere Hilfsmittel zur Verbesserung der Beteiligung junger Menschen einsetzt und mit ihnen zu den Themen, die sie interessieren, in direkten Kontakt tritt. Bei allen Vorteilen kann die Digitalisierung auch Gefahren bergen. Junge Menschen müssen sich sowohl über die Gefahren einer verstärkten öffentlichen Online-Beteiligung bewusst sein als auch über ihre eigene wichtige Rolle beim Aufzeigen von Bedrohungen und dem Umgang mit Schwierigkeiten. Die Bedeutung der Digitalisierung in unserem demokratischen System nimmt zu, und junge Menschen stehen bei diesem Wandel in der ersten Reihe.

11. Förderung der elektronischen Stimmabgabe auf EU-Ebene, um ein modernes Wahlverfahren bereitzustellen und größere Beteiligung zu erreichen

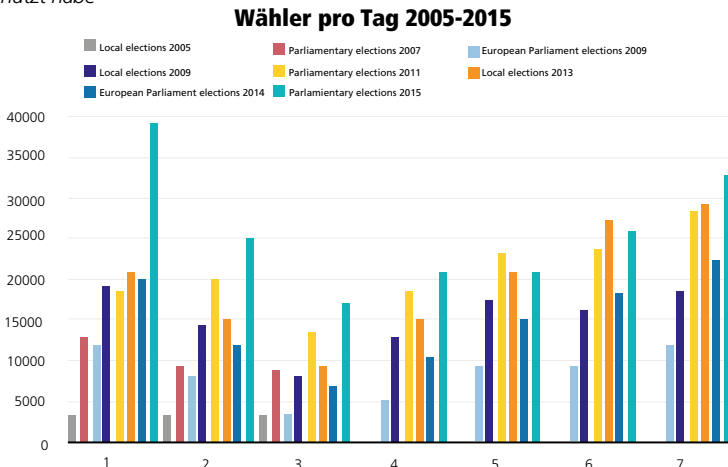
Wie währen der letzten Europawahl im Jahr 2014 deutlich wurde, ist die demokratische Beteiligung unter jungen Menschen auf dem ganzen Kontinent niedrig. Obwohl junge Menschen (in der Altersgruppe von 18–24) eine positivere Einstellung zur Europäischen Union haben als die älteren Generationen, zeigt sich eine besorgniserregende Tendenz, denn nur 28 % der wahlberechtigten 18- bis 24-Jährigen haben ihre Stimme abgegeben, während es bei den stärker euroskeptischen EU-Bürgern ab 55 Jahren 51 % waren¹.

¹ Europäisches Parlament, 2014: Nachwahlstudie – Wahl zum Europäischen Parlament 2014. [online] Abrufbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/2014/post/post_ee2014_sociodemographic_annex_de.pdf>

Wie also lässt sich – sowohl bei nationalen als auch bei Europawahlen – die Wahlbeteiligung verbessern? Die elektronische Stimmabgabe, der junge Menschen überwiegend positiv gegenüberstehen, bietet eine attraktive Möglichkeit. Nach der Einführung der elektronischen Stimmabgabe in Estland begannen zunehmend mehr junge Menschen, sich mit ihrem demokratischen System zu befassen. Damit die elektronische Stimmabgabe bei Europawahlen eingeführt werden kann, müssen zunächst alle Mitgliedstaaten für die Idee gewonnen werden und die Umsetzung ermöglichen. Ein weiteres Problem, das sich durch die elektronische Stimmabgabe abmildern ließe, betrifft junge Menschen, die derzeit im Rahmen des Erasmus Mundus-Programms oder eines anderen Austauschprogramms im europäischen Ausland studieren. Zwar bestehen Möglichkeiten der Briefwahl oder Stimmrechtsvertretung; allerdings liegen die Fristen dafür vor dem Wahltag, was zur Folge hat, dass sich viele nicht rechtzeitig einschreiben.

Durch die Einführung der elektronischen Stimmabgabe könnten Menschen, die im Ausland studieren oder arbeiten, ohne umständliche Formalitäten an den Wahlen in ihrem Heimatland und an Europawahlen teilnehmen. Darin liegt eine offensichtliche Ironie: Mit dem EU-Programm Erasmus soll die Mobilität von Studierenden gefördert werden, aber gerade diese Studierenden laufen Gefahr, dass sie ihr Wahlrecht nicht wahrnehmen und europäische Themen nicht unterstützen können. Mit der elektronischen Stimmabgabe könnten diese praktischen Probleme gelöst werden. Natürlich bestehen in diesem Bereich noch Fragen, und durch die elektronische Stimmabgabe allein werden sich auch nicht alle Probleme im Zusammenhang mit der Apathie junger Menschen beheben lassen. Dennoch lässt eine Anpassung des Wahlverfahrens an moderne Trends das Ziel, das System attraktiver zu machen, etwas näher rücken.

Zahl der Wähler, die bei Wahlen in Estland zwischen 2005–2015 i-voting (elektronische Stimmabgabe) genutzt habe²



² Vabariigi Valimiskomisjon, 2015: Statistics about Internet Voting in Estonia. [online] Abrufbar unter: <<http://www.vk.ee/voting-methods-in-estonia/eng/index/statistics>>

12. Entwicklung einer Gemeinschafts-App, mit der Politik in Echtzeit vorgestellt wird und Debatten ermöglicht werden

Das Internet gibt Millionen Menschen in Europa eine Stimme und bietet die Möglichkeit, Kritik zu üben oder zuzuhören. Aber manchmal wird diese Kritik auch in Form einer Kakophonie laut, und innovative Meinungen und Überzeugungen können mit abschätzigen Äußerungen oder regelrechtem Mobbing einhergehen.

Gemäß Studien über soziale Mediennutzung während Wahlen wird angenommen, dass ein Anstieg der Wahlbeteiligung junger Menschen teilweise auf soziale Medien zurückzuführen ist – es wird gezeigt, dass soziale Medien unter jungen Wählern stärker verbreitet sind. Wie kann man dies so nutzbar machen, dass sich junge Menschen stärker bei den für sie relevanten Themen einbringen können und Politiker die Möglichkeit haben, aus dem „Lärm“ die zentralen Fragen und Ideen herauszufiltern? Eine mögliche Idee stellt die Entwicklung spezieller Apps wie beispielsweise „Action Bound“ dar, mit denen jungen Menschen aktives Engagement ermöglicht wird. Per Smartphone oder Tablet-PC können die Nutzer Fotos und Videos aufnehmen und auf höchst kreative Weise Botschaften zu politischen Themen senden. Kreativität lässt sich sehr wirksam als Mittel zur Bewusstseinsbildung einsetzen.

Eine weitere Idee ist die Erstellung einer Website und einer App, die es jungen Menschen ermöglicht, sich jederzeit und an jedem Ort am öffentlichen Leben in der EU zu beteiligen. Solche Apps sollten sehr einfach zu bedienen sein und den Jugendlichen die Möglichkeit bieten, eigene Projekte einzureichen; sie können neben der EU-Ebene auch auf lokale Ebenen ausgerichtet sein, sodass die Nutzer befreundete Teilnehmer werben können. Außerdem sollten diese Apps eine Möglichkeit bieten, Projekte von Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEP) mit „Gefällt mir“ oder „Gefällt mir nicht“ zu bewerten, um den Stimmen junger Europäer mehr Gewicht im Beschlussfassungsprozess zu verleihen. Dies könnte um eine „Twitter-Stunde mit MdEP“ ergänzt werden, in der die MdEP Fragen zu verschiedenen Themen, die über soziale Medien gepostet werden, beantworten und die Auseinandersetzung mit den Wählern verstärken.

Grundsätzlich bietet die Netzrevolution den Wählern die Chance, sich unmittelbar an Debatten zu beteiligen und direkt (wenn auch über zwischengeschaltete Geräte) mit ihren Vertretern im Parlament zu sprechen. Diese technischen Innovationen könnten zur Verbesserung der Auseinandersetzung mit jungen Menschen beitragen.

13. Verbesserung der Internetbildung für ein demokratischeres und besser zugängliches Internet

Um das Netz demokratischer zu gestalten, sollte es – als Teil einer demokratischen Internetsphäre – allen Menschen unter vergleichbaren Bedingungen zur Verfügung stehen. Dazu gehört nicht nur die Ausweitung der kostenfreien WLAN-Bereiche, sondern auch der Zugang zu neuesten Technologien für Schulen und Stadtbibliotheken. Außerdem sollten größere Anstrengungen unternommen werden, damit in allen Regionen Europas ein hochwertiger Zugang zu Breitband und mobilem Internet vorhanden ist.

Damit einhergehen sollten digitale Bildungsangebote, die Erläuterungen zu den Konzepten von Demokratie und Meinungsfreiheit im Internet sowie Methoden zur Verschlüsselung und zum

Löschen persönlicher Daten bereitstellen, um den Datenschutz zu verbessern. Um Websites, soziale Medien oder kostenlose Apps nutzen zu können, akzeptieren junge Menschen oft allgemeine Bedingungen. Häufig lesen sie diese Bedingungen nicht einmal, da sie ihnen zu schwammig oder langatmig erscheinen. Dies führt dazu, dass sie ihre persönlichen Daten kostenlos an gewinnorientierte Unternehmen weitergeben, die diese Daten anschließend verwerten oder verkaufen. Zum Schutz der Nutzer sollte die EU darauf drängen, dass allgemeine Bedingungen verständlicher formuliert werden und die Nutzer einer Weitergabe ihrer Daten an Dritte ausdrücklich zustimmen müssen (Opt-in-Verfahren).

Politische Bildung – Beitrag zu einer offenen Demokratie

Apathisch. Desillusioniert. Frustriert. Mit diesen Begriffen werden junge Menschen auf der ganzen Welt oft beschrieben. Junge Menschen sind die Zukunft der Europäischen EU, und sie werden das europäische Projekt erben. Obwohl EU-Themen häufig in den Schlagzeilen sind und obwohl viele junge Menschen dank des Erasmus-Programms Erfahrungen in Europa sammeln, scheinen sie nur wenig über die Funktionsweise der Europäischen Union zu wissen. Einer Studie des Europäischen Parlaments zufolge erklären 44 % der europäischen Befragten, dass sie nicht verstehen, wie die EU funktioniert³.

Durch direkte Beteiligung können junge Menschen etwas bewegen. Wenn sie ihre Gemeinschaft verändern, kann sich die EU insgesamt als dynamische, offene Demokratie weiterentwickeln. Wie aus einem Bericht der Kommission⁴ hervorgeht, sind junge Menschen bereit, sich für gesellschaftliche Themen zu engagieren. Diese guten Absichten müssen so genutzt werden, dass sie sich in einer größeren demokratischen Beteiligung niederschlagen.

Das Interesse am Engagement für gesellschaftliche Themen ist bei jungen Menschen also vorhanden, aber die Bildungsangebote über die Funktionsweise der EU könnten zweifellos verbessert werden, um eine noch größere Einbindung und demokratische Beteiligung zu erreichen. Die europäische Jugend ist die Zukunft Europas – es muss mehr dafür getan werden sicherzustellen, dass diese Gruppe bereit ist, sich den Herausforderungen ihrer Generation zu stellen.

14. Interessenvertretung und Lobbyarbeit als Unterrichtsthema in der Schule zur Verbesserung der demokratischen Beteiligung junger Menschen

Junge Menschen haben Wünsche und Hoffnungen für ihre Zukunft. Sie sehen eine problematische Situation und wünschen sich, dass es anders wäre. Meistens glauben sie nicht, dass sie selbst etwas bewegen können, weil sie nicht wissen wie.

³ Europäisches Parlament, 2016: *EU unterrichten: Wie die Bürger der Europäischen Union wieder nähergebracht werden könnten.* [online] Abrufbar unter: <<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20160408STO22170/EU-unterrichten-%C3%9Cber-den-Erwerb-von-Kenntnissen-%C3%BCber-die-EU-an-Schulen>>

⁴ Europäische Kommission, 2015: *Engaging young people in politics for a more peaceful Europe.* [online] Abrufbar unter: <<https://ec.europa.eu/programmes/horizon2020/en/news/engaging-young-people-politics-more-peaceful-europe>>

Durch die politische Bildung in Schulen sollte jungen Menschen vermittelt werden, dass sie etwas bewegen können, und ihnen die geeigneten Werkzeuge dafür an die Hand gegeben werden. Eine Möglichkeit, ein größeres Engagement junger Menschen zu gewährleisten, ist die Förderung von Interessenvertretung und Lobbyarbeit als Aktivitäten.

Ein solcher Unterricht könnte aus drei Bestandteilen bestehen: Zunächst erhalten die Teilnehmer bei Treffen mit Sachverständigen eine solide Vorbereitung (beispielsweise über den Unterschied zwischen „Interessenvertretung“ und „Lobbyarbeit“); zweitens tauschen sich die Teilnehmer über ihre Erfahrungen im Bereich Interessenvertretung/Lobbyarbeit aus, um voneinander zu lernen; drittens bearbeiten die Teilnehmer gemeinsam Probleme, wobei Interaktivität und Einbindung gewährleistet sein sollten.

15. Schaffung eines Preises zum Andenken an Giulio Regeni, um es mehr jungen Menschen zu ermöglichen, die Welt durch Lernen zu entdecken und die Zivilgesellschaft besser zu verstehen

Giulio Regeni war ein junger Student, der während eines Studienaufenthalts in Ägypten brutal ermordet wurde. Sein Tod, über den in den Medien umfassend berichtet wurde, führte zu einem Aufruhr in seinem Heimatland Italien und anderen europäischen Ländern.

Vor seinem Tod war Giulio Regeni Doktorand in Cambridge und recherchierte im Rahmen eines Austauschprogramms mit der Amerikanischen Universität in Kairo zu ägyptischen Gewerkschaften. Jungen Menschen in ganz Europa ist bewusst, wie wichtig das Gedenken und die Erinnerung an seine Arbeit sind.

Es wurde vorgeschlagen, einen Preis in Gedenken an Giulio Regeni zu schaffen, um mehr junge Menschen zum Studium der Zivilgesellschaft und zum Reisen zu ermutigen. Dies wäre eine kleine, aber doch wichtige Stellungnahme, dass junge Menschen keine Angst haben sollten, mehr über die Zivilgesellschaft weltweit zu erfahren.

16. EU-Politik als Unterrichtsthema in der Schule zur Verbesserung der demokratischen Beteiligung junger Menschen

In der Schule lernen junge Menschen wichtige Dinge über das Staatsbürgerwesen, aber nichts darüber, wie sie europäische Bürger sein können. Eine fundierte Bildung zu bürgerschaftlichen Themen wie Wahlen, freie Meinungsäußerung und die Rolle der Medien kann Menschen zu besseren Bürgern machen und das Verständnis der EU erleichtern.

Die EU wird als sehr kompliziert wahrgenommen, und bekanntlich ist es schwierig, Menschen um Unterstützung und Vertrauen für etwas zu bitten, das sie nicht verstehen. Ein weiteres Problem ist das fehlende Bewusstsein für die Rollenverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. In einem Bericht⁵ aus dem Jahr 2013 wird die Auffassung vertreten, dass die Bildung zum Thema EU lückenhaft und zu allgemein gehalten ist.

⁵ ICF GHK, 2013: *Learning Europe at School*. [online] Abrufbar unter: <<http://www.euipika.mfdps.si/Files/Learning%20Europe%20at%20School%20final%20report.pdf>>

Zur Lösung dieses Problems wird vorgeschlagen, die Mitgliedstaaten zur Stärkung der EU-Bildung in den nationalen Lehrplänen aufzufordern. Diese Lösung umfasst zwei Aspekte: Zum einen könnten gründliche Kenntnisse über die Europäische Union, ihre Strukturen und ihre Funktionen in den nationalen Lehrplänen verankert werden. Dies sollte zum anderen durch europaweit verstärkte gesellschaftliche Bildung über Werte untermauert werden. Das heißt nicht, dass damit die eine „europäische Kultur“ gefördert werden könnte oder gar müsste. Stattdessen könnte aber ein Verständnis für die gemeinsamen Werte von Demokratie, freier Meinungsäußerung und freien Medien geschaffen werden – gerade in einer Zeit, in der Europa mit zunehmenden Spaltungen hinsichtlich kulturellen Fragen konfrontiert ist. Ohne solide Kenntnisse über die Funktionsweise der EU und ohne ein geschärftes Bewusstsein für die notwendigen Debatten zur Schaffung einer integrativen, engagierten Gesellschaft wird das europäische Projekt nur schwer vorankommen. Ein wesentlicher Schritt ist hier ganz einfach die Verbesserung der Bildung.

17. **Glokal (global und lokal) sein: Unterstützung für den Start einer dreijährigen Kampagne zur Ausbildung der Entscheidungsträger von morgen**

Demokratie ist ein Prozess: Junge Menschen sind nicht nur kritisch, sie bringen auch wichtige Inhalte in die Debatte ein. Demokratie hängt oft mit Themen zusammen, mit denen ihr vor Ort konfrontiert seid; sie verhandelt die Probleme in eurem direkten Umfeld.

Auch andere internationale Organisationen haben spezielle Initiativen ergriffen. 2013 ernannten die Vereinten Nationen einen Sondergesandten für Jugend. Im selben Jahr legte das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) einen Bericht⁶, zur Verbesserung der politischen Beteiligung junger Menschen während des Wahlzyklus vor und formulierte anschließend die UNDP-Jugendstrategie für die Jahre 2014–2017, deren Hauptziel die Stärkung der Beteiligung junger Menschen am politischen Geschehen und in öffentlichen Institutionen ist. In den Vorschlägen wird gefordert, nicht länger über die Probleme junger Menschen zu reden, sondern ihnen stattdessen die Möglichkeit gegeben werden sollte, selbst zu handeln.

Ein Vorschlag zur Verbesserung der Beteiligung junger Menschen besteht in der Schaffung eines Dreijahresprogramms, in dem die Einführung von Kampagnen und Schulungen für junge Menschen zur Vorbereitung auf politische Führungspositionen vorgesehen ist. Zur Unterstützung dieser Initiative könnten Mittel für Kommunalverwaltungen bereitgestellt werden, um Workshops in Schulen abzuhalten; die dabei gewählten Vertreter könnten ihre Qualitäten als alternative Macher und Erneuerer vorstellen. Es müssten spezifische Zielgruppen für Kampagnen und Projekte festgelegt werden, und Schulen und lokale Verbände sollten eingebunden werden.

Dieser vorausschauende, basisorientierte Ansatz könnte bedeuten, dass Menschen von früher Jugend an nicht nur über Demokratie lernen, sondern selbst Demokratie erleben. Dabei sollten sie sich am Grundsatz „global denken – lokal handeln“ orientieren.

⁶ UNDP, 2013: *Enhancing youth political participation throughout the electoral cycle*. [online] Abrufbar unter: <http://www.undp.org/content/undp/en/home/library/page/democratic-governance/electoral_systemsandprocesses/enhancing-youth-political-participation-throughout-the-electoral.html>



Interview: Mairead McGuinness Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments

Sprecherin auf dem EYE2016

Viele Leute sagen, dass sie die EU-Institutionen als weit weg empfinden – wie gehen Sie mit diesem Problem um?

Ich glaube, dass viele Leute eine Menge Dinge sagen, darunter eben auch, dass sie sich abgekoppelt fühlen. Aber ich stelle manchmal folgende Fragen: Wissen Sie, wie Ihre städtischen Behörden funktionieren? Wissen Sie, wie Ihre Kommunalverwaltung funktioniert? Wissen Sie, wie in Ihrem Mitgliedstaat Rechtsvorschriften erlassen werden? Viele von uns wissen das nicht. Aber wahrscheinlich gibt es dieses Gefühl, dass Brüssel größer und weiter entfernt ist, und ich glaube, wir müssen akzeptieren, dass dieser Eindruck besteht. Wenn allerdings – und das ist interessant – etwas in ihrem Mitgliedstaat schiefläuft, wenden sich die Leute oft um Hilfe und Unterstützung an die Europäische Union. Es ist also eine zweiseitige Angelegenheit. Ich glaube, wir können entweder die Vorstellung befeuern, dass Europa völlig fehlgelagert und abgekoppelt ist, oder die Realität akzeptieren, dass Europa besser werden muss. Und dass wir nur dann handeln können, wenn die Mitgliedstaaten und die Mitglieder des Europäischen Parlaments zustimmen. Ich glaube, das müssen wir. Wir müssen den Prozess demystifizieren, wobei der Prozess in der Tat kompliziert ist. Auf der anderen Seite haben wir in Europa in Krisenfällen, zum Beispiel bei der Lebensmittelsicherheit oder Umweltverschmutzung, schnell greifende Alarmsysteme, die wirklich funktionieren. In bestimmten Bereichen hat Europa Rechtsvorschriften und Systeme geschaffen, die tatsächlich sehr wirksam zu unserem Gesundheitsschutz und Wohlergehen beitragen. Wir sollten vielleicht mehr über diese Dinge und über unsere Werte reden, aber auch über das, was uns nicht gelingt.

Unternimmt die Europäische Union die richtigen Schritte, um junge Menschen in das politische Geschehen einzubinden?

Ich glaube, dass wir das ganze Jahr über mehr Anstrengungen für junge Menschen unternehmen könnten. Statt zu sagen: „Wir haben da dieses großartige Event“ – macht lieber Lobbyarbeit in euren Jugendorganisationen und engagiert euch in anderen Organisationen! Nicht nur, weil ihr jung seid, sondern weil ihr euch für vielfältige Themen interessiert. Der Bereich der Lobbyarbeit ist ziemlich betriebsam. Eine Zeit lang habe ich versucht, alle Menschen zu treffen, die um ein Treffen gebeten haben, aber das war technisch schlicht nicht machbar. Darum müsst ihr als junge Lobbyisten andere Wege finden, damit ich die erforderlichen Informationen erhalte. Anschließend kann ich Rückfragen stellen oder eine Entscheidung treffen, um zu helfen. Ihr müsst lernen, wie es funktioniert. In der Politik geht es immer um persönlichen Kontakt, Gespräche, Informationsaustausch und so weiter. Auch wenn viele Sitzungen im Parlament hinter verschlossenen Türen stattfinden, glaube ich, dass wir immer noch ein recht offenes Parlament sind. So sollte es jedenfalls sein.

EU-Integration – Grundsteinlegung für die kommende Generation

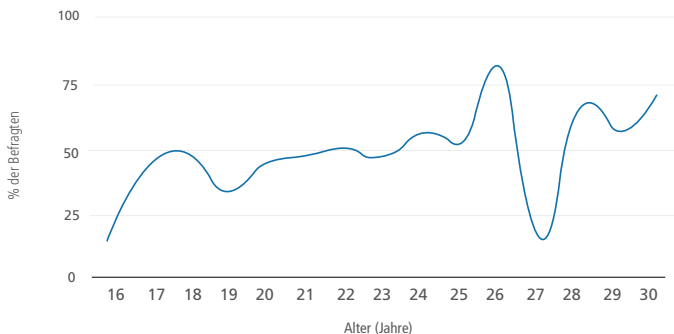
Die EU steht derzeit in einer Reihe von politischen und wirtschaftlichen Bereichen unter Druck: Dazu gehören Wachstumsschwäche und anhaltende Arbeitslosigkeit in vielen EU-Staaten oder der Anstieg rechtsextremer, populistischer Parteien. Viele EU-Bürger haben das Vertrauen in die Fähigkeit der EU verloren, die drängendsten Probleme zu lösen, und der Begriff des Demokratiedefizits ist Bestandteil zahlreicher Debatten.

Unterstützer des europäischen Projekts, darunter viele junge Menschen, sind besorgt, dass durch die zahlreichen aktuellen Krisen der EU manche Aspekte der europäischen Integration unterbrochen oder sogar umgekehrt werden könnten. Wie lässt sich sicherstellen, dass es dazu nicht kommt, sondern dass stattdessen die EU-Integration verstärkt und ausgebaut wird?

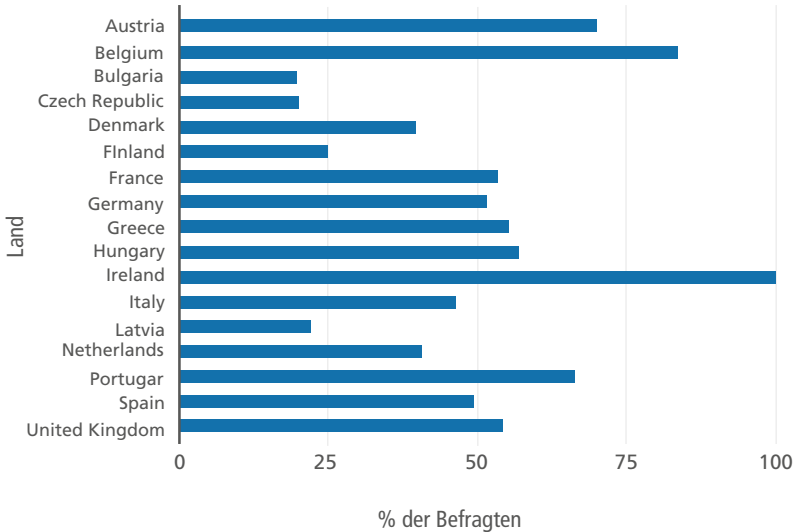
Wie kann angesichts der Tatsache, dass fehlende demokratische Legitimität als häufigster Einwand gegen weitere europäische Integration genannt wird, die Entwicklung der EU eine stärker demokratische und inklusive Richtung nehmen? Eine Reihe von Maßnahmen wie beispielsweise die Übertragung von Befugnissen an das Europäische Parlament als gewähltes Organ können ergriffen werden, um den EU-Integrationsprozess zu vertiefen. Als weitere Maßnahme könnte eine Quotenregelung eingeführt werden, damit junge Menschen bei Sachfragen konsultiert und angemessen vertreten werden. Schließlich würde durch eine Ausweitung des Erasmus-Programms auf Nicht-Studierende die Reichweite und der Einfluss der EU vergrößert und ebenfalls eine breitere Unterstützung gesichert werden.

Im Gegensatz zu den älteren Generationen sind junge Menschen einem stärker integrierten, größeren Europa gegenüber positiv eingestellt. Um zur Weiterentwicklung dieser Vision beizutragen, sind Maßnahmen erforderlich, die die Beteiligung junger Menschen an dieser Diskussion gewährleisten und die Vorteile der EU für alle klar erkennbar machen.

Die EU unternimmt nicht genug für die Förderung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten (nach Alter) (Hinweis: Der deutliche Einbruch bei der Gruppe der 27-Jährigen erklärt sich dadurch, dass die befragte Gruppe bei dieser Frage überproportional klein war.)



Die EU unternimmt nicht genug für die Förderung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten (nach Land)



18. Verbesserung der mündlichen Englischkenntnisse in Schulen, um die vielen Stimmen in Europa in Einklang zu bringen

Viele Menschen in der EU sprechen gut Englisch und Französisch. Aber zu oft ist das Unterrichtsniveau in diesen Sprachen in den Mitgliedstaaten nicht hoch genug, wodurch der Zugang zur EU bei der ersten Hürde – der Kommunikation – erschwert wird. Gemäß der Eurobarometer-Befragung aus dem Jahr 2012 sprachen nur 38 % der Europäer fließend Englisch⁷.

Um das Englischniveau – und damit den Zugang zu den EU-Institutionen – zu verbessern, sollte es intensiveren Unterricht und Prüfungen geben, damit alle Menschen in Europa neben ihrer Muttersprache fließend Englisch sprechen. Solche Maßnahmen könnten in der Schule, aber auch für ältere EU-Bürger umgesetzt werden; für alle Interessierten, die ihr Englisch verbessern möchten, könnten Kurse eingerichtet werden.

⁷ Europäische Kommission, 2012: Die europäischen Bürger und ihre Sprachen [online]. Abrufbar unter: <http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_386_de.pdf>

19. Verbesserung der Transparenz und des Zugriffs auf EU-Dokumente und Rechtsvorschriften, um jungen Menschen das Verständnis und die Auseinandersetzung damit zu ermöglichen

Fehlende demokratische Legitimität wird als häufigster Einwand gegen eine weitere europäische Integration und gegen die EU im Allgemeinen genannt. Dieser Debatte liegt die Vorstellung einer fehlenden Legitimität zugrunde, weil im Rahmen von EU-Entscheidungen nicht ausreichend auf öffentliche Bedürfnisse und Prüfungen eingegangen wird.

Außerdem besteht großes Misstrauen angesichts der Vorstellung, von einem Organ mit weitreichenden Befugnissen regiert zu werden, das nicht direkt gegenüber einem gewählten Parlament Rechenschaft ablegen muss. Die wichtigsten Entscheidungen und ein wesentlicher Teil des Gesetzgebungsprozesses werden von den 28 Ministern ausgearbeitet, die nationale Interessen vertreten, und nicht von den europaweit gewählten Vertretern des Europäischen Parlaments. Die EU, die sich viele junge Menschen wünschen, ist eine EU, in der sich Gesetzesvorschriften und Anweisungen auf humanistische Werte und auf den Wunsch der Bevölkerungsmehrheit gründen. Das ist heute jedoch selten der Fall, und die Vorgänge im Zusammenhang mit der EU-Verordnung (333/2014) über CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen aus dem Jahr 2014 können als ein Beispiel dafür betrachtet werden.

Wie also lassen sich Transparenz und Effizienz gewährleisten und die EU mit der erforderlichen demokratischen Legitimität ausstatten? Eine Lösung könnte darin bestehen, alle Befugnisse zur Ausarbeitung von Rechtsvorschriften vom Rat an das Europäische Parlament zu übertragen. Außerdem sollten alle Rechtsvorschriften mithilfe des gewöhnlichen Gesetzesverfahrens mit Abstimmung durch qualifizierte Mehrheit erstellt werden. Dadurch würde die EU nicht nur demokratischer, sondern es könnte auch verhindert werden, dass nationale Interessen einiger weniger den Willen vieler manipulieren. Wenn wir eine Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk wollen, muss die EU reformiert werden.

Ein fortwährendes Problem, auf das die Vorsitzende des Europäischen Jugendforums Johanna Nyman hingewiesen hat, besteht darin, dass die EU noch weitgehend von ihren Mitgliedstaaten abhängig ist. Das gilt insbesondere für einen Großteil der EU-Finanzierung und führt manchmal zu einer mangelnden Kooperationsbereitschaft.

Dadurch wird die EU in manchen Fällen handlungsunfähig und es wird mehr Rücksicht auf innenpolitische Anliegen als auf europäisches Handeln genommen. Junge Menschen haben das Gefühl, dass eine verstärkte Integration die EU in die Lage versetzen würde, Probleme im gesamteuropäischen Maßstab zu bewältigen – in besonderem Maße gelte dies in der Flüchtlingskrise.

20. Einführung einer Quotenregelung für junge Menschen auf kommunaler Ebene und in nationalen Vertretungsausschüssen, um die Repräsentation zu verbessern

Viele junge Menschen betrachten Politik eher als etwas Aufgezwungenes und nicht als einen Prozess. Um diese negative Tendenz umzukehren, muss eine gemeinsame Entscheidungsfindung zwischen jungen Menschen unter 30 und politischen Vertretern gefördert werden. Junge Menschen können eine entscheidende Rolle in Bewegungen und bei der Mobilisierung für

Demokratie spielen⁸. Außerdem muss bedacht werden, dass sich die Ansichten zu politischen Fragestellungen im Bereich Wohlfahrtsausgaben und Haushaltsprioritäten in verschiedenen Altersgruppen unterscheiden können. Um eine größere politische Beteiligung, mehr Gerechtigkeit und bessere demokratische Legitimität sicherzustellen, haben junge Menschen mehr verdient als eine rein symbolische Vertretung in den Parlamenten.

Ein Lösungsansatz, um die für junge Menschen relevanten Themen in den Vordergrund zu stellen, besteht in der Einführung einer europäischen Quotenregelung für junge Menschen im Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten. Bei der Förderung der Vertretung von Frauen hat sich die Reservierung eines festgelegten Prozentsatzes in Parlamenten oder auf Wahllisten als wirksames Mittel bewährt. Dieses Grundprinzip sollte auch auf die Vertretung junger Menschen angewandt werden. Anstatt dass die Probleme junger Menschen von anderen diskutiert werden, sollten Jugendliche ihre eigenen Vertreter haben, die Entscheidungen für sie treffen. Seit einiger Zeit wird darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, dass verschiedene Generationen auf der politischen Bühne vertreten sind. Prof. Dr. Anne Phillips von der London School of Economics beispielsweise betont in ihrem Buch *The Politics of Presence* (1995) die Bedeutung intergenerationeller Vorgehen und Zusammenarbeit, weil sie eine positive Rolle bei der Weitergabe von Wissen und der Entwicklung eigener, innovativer Problemlösungsverfahren spielen können.

In einer jüngeren Veröffentlichung über Quotenregelungen und andere Formen der Beteiligung junger Menschen (*Youth Quotas and other Efficient Forms of Youth Participation in Ageing Societies*, 2015) haben mehrere Sozialwissenschaftler außerdem verschiedene Möglichkeiten untersucht, wie sich die angemessene Vertretung der Rechte, Interessen und Anliegen junger Menschen in westlichen Demokratien gewährleisten lässt. In diesem Buch werden Quotenregelungen als eine Möglichkeit beschrieben, um der möglichen Marginalisierung junger Menschen aufgrund der demografischen Alterung und der damit einhergehenden Überrepräsentation der Interessen älterer Menschen entgegenzuwirken. Dr. Michael Kenny von der Queen Mary University of London betont die Probleme einer Wählerschaft, die eine wachsende Anzahl älterer Menschen umfasst und neue Ungleichgewichte im Hinblick auf Wahlbeteiligung, Wählerregistrierung, Unterstützung von Parteien und die soziale und Generationenzusammensetzung der Legislative erzeugt.

Der demografische Wandel ist eine Tatsache, aber die Aushöhlung der Demokratie wird solange bestehen, wie junge Menschen apathisch bleiben. Ein sicherer Weg, dem entgegenzuwirken, ist die Behandlung der Themen, mit denen sie konfrontiert sind. Quotenregelungen sind eine mögliche Lösung für dieses Problem.



⁸ Inter-Parliamentary Union, 2014: *Youth participation in national parliaments* [online]. Abrufbar unter: <http://www.ipu.org/pdf/publications/youth_en.pdf>

21. Ausweitung des Erasmus-Programms auf junge Menschen, die andere Wege als eine Hochschulausbildung einschlagen wollen

Auch wenn die Europäische Union besorgt in die Zukunft blickt: Das Erasmus-Austauschprogramm ist nach wie vor ein herausragendes positives Beispiel für die Vertiefung der europäischen Integration. Viele junge Teilnehmer und Teilnehmerinnen halten das Programm für sehr empfehlenswert und erklären, dass es einen großartigen Beitrag zur kulturellen Bildung und zur Charakterbildung leiste. Bei Begegnungen mit anderen Europäern hatten viele von ihnen den Eindruck, dass sie gemeinsame Werte teilen.

Allerdings wird Erasmus in der Regel als Studienprogramm über Hochschuleinrichtungen angeboten. Aus einem Gefühl gegenseitiger Wertschätzung heraus wünschen sich viele EYE-Teilnehmer die Entwicklung eines Austauschprogramms wie Erasmus für Menschen, die nicht die Möglichkeit zu einem Hochschulstudium haben. Ein solches Austauschprogramm könnte verschiedene relevante Bereiche für Menschen betreffen, die in Unternehmen aller Art einschließlich kleiner Geschäfte, Hotels oder in der Automobilindustrie arbeiten.

Das wäre nicht nur ein Schritt zur Stärkung der Integration, sondern würde auch eine Integration befördern, die weniger stark von den sogenannten „Eliten“ angetrieben wird. Im Rahmen von „Mov'in Europe“, einer Initiative des Erasmus Student Network, werden diese Möglichkeiten bereits untersucht. Diese Initiative bietet jedoch, auch wenn sie sich an junge Menschen richtet, sehr wenig Alternativen im Hinblick auf unterschiedliche Berufe.



Interview: Sylvie Guillaume
Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments
Sprecherin auf dem EYE2016

Was denken Sie: Warum glauben manche Menschen, dass ihre Stimme nicht zählt, und sind nicht bereit, sich politisch zu engagieren?

Ich glaube, diese Menschen haben das Gefühl, dass sie keine Antworten bekommen oder dass eine gewisse Distanz zwischen ihnen und ihren Vertretern, den Mitgliedern des Europäischen Parlaments, besteht. Die MdEP müssen der jungen Generation mehr Aufmerksamkeit entgegenbringen, damit eine neue Art des Vertrauens zwischen diesen Gruppen geschaffen werden kann. Wir brauchen ganz sicher mehr Vielfalt unter den gewählten Vertretern, aber ebenso brauchen wir zweifellos mehr Vielfalt bei den Kandidaten auf

den europäischen Listen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Ich glaube, dass wir auf diese Weise eine vielfältige Zusammensetzung unserer Vertreter, die für die Politik und die Gesellschaft stehen, erreichen.

Was tut das Europäische Parlament – neben der Ausrichtung dieses Events –, um mehr junge Menschen zu politischem Engagement zu ermutigen?

Das Europäische Parlament schenkt der jungen Generation in seinen Strategien viel Aufmerksamkeit. Als Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung sehe ich zum Beispiel, wie sehr wir, die Mitglieder dieses Ausschusses, Ideen im Bereich der Bildung der jungen Generation beachten und unterstützen. Beispielsweise haben sich die gewählten Mitglieder dieses Ausschusses die Verknüpfung von Schul- und Hochschulbildung zur Pflicht gemacht. Darüber hinaus unterstützen wir Programme wie Erasmus, um mehr jungen Menschen einen Studienaufenthalt in einem anderen europäischen Land Ich glaube, dabei handelt es sich sowohl um ein gemeinsames Anliegen als auch um den Wunsch, jungen Menschen in Europa Türen zu öffnen. Das ist die DNA des Europäischen Parlaments.

Was möchten Sie jungen Menschen sagen, die nicht glauben, dass ihre Stimme wirklich zählt?

Zunächst würde ich ihnen sagen, dass sie andere für sich entscheiden lassen, wenn sie nicht zur Wahl gehen. Das ist das Grundprinzip der Demokratie. Wir haben das Wahlrecht hart erkämpft. Frauen in Frankreich haben das Recht zu wählen erst vor relativ kurzer Zeit erhalten, und wir fragen uns, wie sie vorher zurechtgekommen sind. Dieses Recht ist ein großartiges persönliches Engagement in der Entscheidungsfindung, und es muss ausgeübt werden. Wir haben bei den Wahlen 2014 gesehen, wie viele der EU-feindlich eingestellten Europhobiker und Euroskeptiker einen hohen Anteil von Sitzen unter den gewählten Vertretern eingenommen haben. Darum müssen wir uns mobilisieren, um zu verhindern, dass andere an unserer Stelle entscheiden – und wir müssen sagen, was wir wollen, um den Kurs der EU zu ändern. Die Wahl ist der Zeitpunkt, an dem wir den gewählten Vertretern und denen, die gewählt werden möchten, sagen, was wir von ihnen erwarten. Dadurch wird der Lauf der Zukunft verändert. Darum glaube ich, dass wir ganz einfach wählen und uns engagieren müssen. Wir müssen dieses einzigartige und unübertroffene europäische Projekt stärken und eine echte Solidarität untereinander, zwischen 500 Millionen Europäern, sichern. Anderenfalls verlieren wir und geben der nationalstaatlichen Herrschaft nach.

Aus unseren Untersuchungen im Rahmen der **#YouthUp-Kampagne** des Europäischen Jugendforums, die zu einer Politik unter stärkerer Einbindung der Jugend aufruft, geht hervor, dass sich junge Menschen zunehmend von den herkömmlichen, formalen Institutionen der repräsentativen Demokratie entfernen. Der Rückgang der Wahlbeteiligung, europaweit auf allen Ebenen deutlich zu sehen, ist bei jungen Wählern am stärksten ausgeprägt: Eine Wahlenthaltung von 72 % der 18- bis 24-Jährigen bei den Europawahlen 2014 gibt Anlass zu erheblicher Sorge.

Sie ist das Ergebnis einer wachsenden Überzeugung unter jungen Menschen, dass die formalen Strukturen, die als einzige Möglichkeit politischer Betätigung dargestellt werden, ganz einfach nicht funktionieren. Wenn Parteien Machthandel betreiben und Wahlen scheinbar nichts ändern, fühlt sich die Stimmabgabe wirkungslos und entmächtigend an. Wenn sich junge Menschen aus den Wahlen ausklinken, entsteht ein Teufelskreis: Die Politiker haben das Gefühl, junge Menschen ignorieren zu können, dies schlägt sich in ihrer Politik nieder, und weniger junge Menschen sind in den Parlamenten vertreten (nur 2 % der MdEP sind unter 30). Politikverdrossenheit und Misstrauen steigen, und das wiederum führt zu einem System, in dem den Interessen junger Menschen nicht Rechnung getragen wird und diese von Beschlussfassungsprozessen ferngehalten werden.

Aufräumen mit Mythen: alles andere als apathisch

Ganz anders, als das Bild der apathischen, desinteressierten Jugend glauben macht, haben wir festgestellt, dass junge Menschen noch nie so politisch aktiv waren wie heute. Zwar lehnen sie die politischen Strukturen ab, die ihnen veraltet scheinen, aber dafür engagieren sie sich weiterhin an direkterem politischen Handeln, etwa in Kampagnen für konkrete Dinge, in ehrenamtlicher Arbeit oder durch die Beteiligung in Jugendorganisationen. Wenn wir über Parteien und Wahlen hinausschauen, stellen wir fest, dass junge Menschen genauso aktiv protestieren, Petitionen einreichen, sozialen Bewegungen beitreten und – online wie offline – an Debatten teilnehmen wie ältere Generationen. Wir sehen junge Menschen, die Verantwortung übernehmen und sich in großer Zahl an direkten, themenbezogenen Referenden beteiligen wie dem über die Gleichstellung der Ehe in Irland oder über die Unabhängigkeit in Schottland.

Diese Aktivitäten sind eindeutig politisch und strafen die schlichte Annahme, dass junge Menschen ganz einfach apathisch sind, Lügen. Dafür sind die Tausenden jungen Menschen, die das EYE-Wochenende in Straßburg mit ihrem Enthusiasmus und ihren Ideen bereichert haben, ein weiteres Anzeichen. Es stimmt nicht, dass junge Menschen unpolitisch oder desinteressiert wären: Sie lehnen nur die Strukturen ab, die sie nicht gemacht haben. Um die Beteiligung der Jugend zu bewerten, müssen wir über die bloße Wahlbeteiligung hinausschauen. In der Praxis zeigen junge Menschen deutlich den Wunsch, sich zu organisieren, zu mobilisieren und Macht von außen anzufechten, und unsere Recherchen unterstreichen das, was Sozialwissenschaftler seit über einem Jahrzehnt erklären: Es gibt durchaus ein Problem bei der politischen Beteiligung junger Menschen, aber das gilt nur für die institutionelle Politik.

Neue Ansätze und Wunderwaffen

Bei der Untersuchung der neueren, anderen Herangehensweisen junger Menschen an das politische Geschehen spielen das Internet und soziale Medien häufig eine zentrale Rolle. Angesichts des gewaltigen Potenzials digitaler Werkzeuge, junge Menschen zu erreichen, sie mit anderen zu vernetzen und eine Plattform dafür zu bieten, neue Ideen zu entdecken, mit anderen zu teilen oder zu entwickeln, ist das nur natürlich.

Aber auch wenn das Internet und soziale Medien wichtige Werkzeuge sein können, sind sie nicht einfach als „Wunderwaffe“ für eine bessere Beteiligung junger Menschen anzusehen. Wie aus unseren Recherchen hervorgeht, werden durch diese Werkzeuge häufig bestehende Ungleichheiten abgebildet und sie sind nicht geeignet, ausgeschlossene gesellschaftliche Gruppen zu integrieren oder zu ermächtigen. Ähnlich kann auch durch die elektronische Stimmabgabe zwar die Beteiligung junger Menschen an Wahlen erleichtert, aber nicht die zugrundeliegende Ursache für Wahlenthaltung behoben werden. Ihr Potenzial zur Steigerung der Wahlbeteiligung junger Menschen ist begrenzt. Aus Sicht des Europäischen Jugendforums sollten alle potenziellen Wege zu einer neueren (stärker digital ausgerichteten) Politik erprobt werden, aber wir müssen auch bereit sein, tiefer liegende Ursachen wie soziale und wirtschaftliche Hindernisse für die

Beteiligung, unsere Antworten auf wirtschaftliche Krisen und allgemeinere Enttäuschung und Misstrauen gegenüber der institutionellen Politik anzugehen.

#YouthUp: Jugend an die Macht für mehr Demokratie!

Diese Anstrengungen zur Stärkung der politischen Beteiligung junger Menschen sind sowohl für die Legitimität als auch für den Zustand unserer demokratischen Systeme entscheidend. Wenn wir die unzureichende Repräsentation junger Menschen und ihrer Interessen in der Politik nicht beheben und es uns nicht gelingt, die veränderten Vorgehensweisen und Überzeugungen der jungen Generation zu erkennen und uns daran anzupassen, laufen die politischen Institutionen Gefahr, zunehmend abgekoppelt und anachronistisch zu werden. Die Demokratie kann den Willen der Bevölkerung nicht mehr vertreten, wenn ein großer Teil der Gesellschaft politischen Wahlen fernbleibt. Als Reaktion darauf müssen wir darauf hinwirken, die Kluft zwischen jungen Menschen und politischen Institutionen zu schließen, damit ihre Kreativität und ihr Potenzial in den Beschlussfassungsprozess einfließen.

Über die Mitglieds-Jugendorganisationen und #YouthUp-Open-Source-Workshops in ganz Europa sammelt das Europäische Jugendforum per Crowdsourcing Ideen und Lösungsmöglichkeiten dazu, wie die Politik junge Menschen stärker einbinden kann. Dieser Input, und das ist wichtig, wird direkt von jungen Menschen gefördert: Mitgestalter der #YouthUp-Kampagne sind, über die EYE-Sitzungen zur Ideengenerierung und darüber hinaus, junge Menschen. Diese präsentieren die (großen und kleinen) Änderungen, die sie selbst entwickelt haben.

Welche Änderungen sind möglich?

Bisher stehen viele der eher unmittelbaren, umsetzbaren Ideen stark im Einklang mit den EYE-Diskussionen zur Beteiligung. Durch eine verbesserte **politische Bildung** kann dazu beigetragen werden, den Mangel an politischen Kenntnissen und Kompetenzen zu beheben, der die politische Beteiligung junger Menschen behindert. Auch wenn schulische Lehrpläne eine wichtige Rolle spielen, liegt der Schwerpunkt in der Praxis stärker auf den faktenbezogenen Einzelheiten des politischen Geschehens (wie funktioniert das Parlament?) statt auf kritischem Denken, demokratischer Kultur und einer Bereitschaft, „lebendige“ komplexe Themen wie Umweltschutz, Menschenrechte oder Solidarität zwischen den Generationen zu analysieren. Die politische Bildung kann verbessert und erweitert werden, indem stärker praktische, nicht-formale Methoden des demokratischen Lernens, insbesondere durch Partnerschaften mit Jugendorganisationen, angewandt werden.

Ebenso kann durch direkt an junge Menschen gerichtete **partizipative Politikgestaltungsprozesse** und Mitentscheidungsinstrumente Engagement gefördert werden. Das können beispielsweise Programme zum Thema Bürgerhaushalt sein, mit denen es jungen Menschen ermöglicht wird, über öffentlich vorgestellte Projekte den Verwendungszweck von Mitteln festzulegen, darüber abzustimmen und diese Mittel zuzuweisen, oder die Stärkung der Rolle finanziell gut ausgestatteter Jugendräte mit eigenen Befugnissen auf allen Entscheidungsebenen.

Im Hinblick auf die **Repräsentation in demokratischen Strukturen** können Quotenregelungen für jüngere Kandidaten oder Vertreter eine wichtige Rolle spielen, wie es sich bei der Förderung der Geschlechtergleichstellung in der Politik bewährt hat. Außerdem müssen politische Parteien Zeit und Ressourcen für die Einbindung junger Menschen (beispielsweise über ihre Jugendorganisationen) und ihrer politischen Präferenzen aufwenden. Bei der Reform der aktuellen **formalen Wahlprozesse** sind Wählerinformationen und gezielte Aufklärungskampagnen entscheidend für die Wahlbeteiligung. Auch ein jüngeres Wahlalter (beispielsweise 16 Jahre, wie in Österreich) kann dabei hilfreich sein, wie aus Studien hervorgeht: In Verbindung mit umfassender politischer Bildung macht es ein niedrigeres Wahlalter deutlich einfacher, Wählen zu einer Gewohnheit zu machen, während junge Menschen noch in der Schule sind und oft auch noch zu Hause wohnen.

Diese Liste ist nicht erschöpfend, aber die EYE-Debatten und die breiter angelegte #YouthUp-Kampagne umfassen Vorschläge für konkrete, wirkungsvolle Änderungen, die dazu beitragen können, junge Menschen wieder für die Wahlpolitik zu gewinnen. Es liegt nun an den Entscheidungsträgern und verantwortlichen Politikern, die Tendenz zur zunehmenden Entfernung der politischen Institutionen von den jungen Bürgern umzukehren. Dazu müssen sie zuhören, in den Dialog treten und größere, umfassendere Änderungen annehmen.

Ausschluss oder Zugang: Entschiedenenes Vorgehen gegen **Jugendarbeitslosigkeit**

Der wirtschaftliche Ausschluss junger Menschen aus der Gesellschaft stellt die EU vor eine ihrer größten Herausforderungen. Durch steigende Ungleichheit und wirtschaftliche Stagnation werden die Bestrebungen behindert, die verheerende Lage auf dem Arbeitsmarkt zu beheben. Um diese Problem zu lösen, müssen politische Entscheidungsträger sowohl die Nachfrage- als auch die Angebotsseite im Blick haben: Beim Angebot geht es um die Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds in Europa, insbesondere im Hinblick auf gut bezahlte Stellen für junge Berufseinsteiger, bei der Nachfrage um die Verbesserung der Kompetenzen und des Zugangs zum Arbeitsleben.

Während des Events haben junge EYE-Teilnehmer ihre Ideen zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit vorgebracht und mit politischen Entscheidungsträgern darüber debattiert, wie sich die Qualifikationslücke zwischen Bildungsstandards und Arbeitsmarktanforderungen schließen lässt. Außerdem beteiligten sie sich an zahlreichen Workshops zu Erasmus+, beruflicher Aus- und Weiterbildung, der Anerkennung von Ehrenamt und nicht-formaler Bildung sowie an einer breit gefächerten Palette an Podiumsdiskussionen und Workshops zum Thema Unternehmertum.

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit junger Menschen unter 25 in der EU ist eine der größten Herausforderungen für die Union auf der Makroebene. Auf der ganzen Welt haben sich die Zahlen bei der Jugendarbeitslosigkeit im letzten Jahrzehnt nicht wesentlich verändert, und auch für die kommenden Jahre wird keine Verbesserung erwartet. Aber während die Arbeitslosenquoten weltweit stagnieren, steigen sie in der Europäischen Union weiter an. Neuesten Zahlen zufolge sind 19,4 % der jungen Menschen in den EU-Mitgliedstaaten arbeitslos und suchen eine Beschäftigung.

Diese Krise auf dem Arbeitsmarkt ist größtenteils auf die Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 zurückzuführen. Seit dem Zusammenbruch der Finanzsysteme ist die Arbeitslosigkeit – vor allem unter jungen Menschen – ein Anlass zu echter Sorge. Da viele Arbeitgeber zuerst die zuletzt eingestellten Arbeitskräfte entlassen, steigt die Jugendarbeitslosigkeit in einer Rezession überproportional an. In Griechenland und Spanien sind fast 50 % der jungen Menschen arbeitslos¹.

Angesichts des Ausmaßes dieses Problems haben Kommentatoren für unsere Generation das Schlagwort „Generation Jobless“ (Generation arbeitslos) eingeführt. Damit wird die

¹Eurostat, 2016: Unemployment statistics [online]. Abrufbar unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Unemployment_statistics>



Größenordnung der Thematik treffend eingeschätzt. Die Jugendarbeitslosigkeit ist nicht nur für junge Menschen problematisch, sondern auch für die Gesamtheit der Steuerzahler, die letzten Endes die Rechnung bezahlen. Nur durch eine Kehrtwende in der europäischen Wirtschaft und die Wiederbelebung der Arbeitsmärkte kann die Jugendarbeitslosigkeit wirklich behoben werden. Gleichwohl haben junge Menschen einige interessante Lösungsvorschläge, insbesondere hinsichtlich der Reduzierung der Diskrepanz zwischen Bildung und Arbeitsleben.

22. berückung der Lücke zwischen Ausbildung und Beschäftigung durch die Bereitstellung bezahlter, hochwertiger Praktika für junge Menschen

Europa ist zwar vielleicht die größte Wirtschaft der Welt, aber gerade unter jungen Menschen ist die Auffassung weit verbreitet, dass sie abgehängt werden. Eins der deutlichsten Anzeichen für diese Ungleichheit ist die ausufernde Zunahme unbezahlter Praktika, bei denen junge Menschen für ihre Arbeit anstelle eines Gehalts Berufserfahrung erhalten. Dadurch wiederum wird die Ungleichheit weiter verfestigt: Oft sind es junge Menschen mit einem stärkeren sozioökonomischen Hintergrund, die es sich leisten können, über einen längeren Zeitraum unbezahlt zu arbeiten.

Zur Behebung dieser Probleme sollte die EU mehr dafür tun, um diese Kluft zu überbrücken, und Unternehmen und Einrichtungen helfen, bezahlte Praktikumsmöglichkeiten anzubieten, die echte Berufserfahrung ermöglichen. Davon würden sowohl die Unternehmen als auch die Praktikanten profitieren, während gleichzeitig die Ungleichheit bei der Arbeitserfahrung reduziert würde.

Erreichen ließe sich das durch die Bereitstellung entsprechender Mittel, ähnlich wie bei den vom Europäischen Parlament schon heute angebotenen *Traineeships*.

23. Verbesserung der Online-Berufsberatung und der Mittel bei Arbeitslosigkeit, um arbeitslosen jungen Menschen Perspektiven zu eröffnen

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss mit geeigneter Berufsberatung und Unterstützung beginnen. In Europa stehen diese jungen Menschen nicht zur Verfügung. Die Jugendgarantie, ein neues Konzept der EU zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, das gewährleisten soll, dass alle jungen Menschen unter 25 Jahren – ob beim Arbeitsamt gemeldet oder nicht – innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nachdem sie arbeitslos geworden sind, ein konkretes und hochwertiges Angebot erhalten, ist ein guter Ansatz, bleibt aber in den meisten Mitgliedstaaten hinter ihrem Ziel zurück. Nach Schätzungen der EU betragen die Gesamtkosten für die Einrichtung von Jugendgarantie-Programmen in der Eurozone 21 Mrd. EUR pro Jahr; das entspricht einem Anteil von 0,22 % am BIP. Obwohl die EU sehr treffend darauf hinweist, dass die Kosten der Untätigkeit um ein Vielfaches höher liegen, sind viele Mitgliedstaaten nicht bereit, die erforderlichen Investitionen vorzunehmen.

Wenn die Jugendgarantie nicht greift, müssen Berufsberatung und -unterstützung angeboten werden. Viele junge Menschen sind unzufrieden mit der angebotenen Berufsberatung im öffentlichen Sektor, sowohl innerhalb des Bildungssystems als allgemein. Es müssen weitere Investitionen in Karrierezentren getätigt werden, und diese sollten eine differenzierte, ganzheitliche Laufbahnberatung anbieten.

24. Verbesserung der Mobilität und Übertragbarkeit von Kompetenzen, um jungen Europäern Zugang zum EU-weiten Arbeitsmarkt zu geben

Eines der Hauptprobleme im Hinblick auf das EU-Arbeitsrecht liegt darin, dass letzten Endes nationale Gesetze ausschlaggebend sind. Eine verpasste Chance, die junge Menschen daran hindert, ihre Kompetenzen mit den Anforderungen von Arbeitgebern in anderen europäischen Ländern abzugleichen. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang die Mobilität beruflicher Qualifikationen, die grenzüberschreitend übertragbar sein sollten. Dadurch könnten junge Menschen mit besonderen Kompetenzen auf einem gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt eine Stelle finden. Zusätzlich könnte mehr dafür getan werden, bestimmte Funktionen europaweit zu inserieren, sodass Arbeitgeber und Beschäftigte Angebot und Nachfrage innerhalb der EU ausgleichen können.



Young people deciding in what should we invest
in the future at 'Put Your Money where Youth Is'
[#EYE2016](#) [#YOFEST](#)



Interview: Allan Päll
Generalsekretär des Europäischen Jugendforums
Sprecher auf dem EYE2016

Wie würden Sie die Beschäftigungschancen junger Menschen im heutigen Europa beschreiben?

Nun ja, es ist viel die Rede davon, dass wir uns in der Post-Krisen-Ökonomie befinden, aber auch wenn in einigen Ländern eine Erholung des BIP zu beobachten ist, schlägt sich das nicht wirklich in den Beschäftigungszahlen nieder. Dort, wo sich das BIP verbessert hat, waren die Änderungen bei den Arbeitslosenzahlen nur sehr gering. Aber das ist nur die eine Seite: Wir sind so sehr auf die Arbeitslosenzahlen fixiert – 25 %, 50 % usw. –, aber viel entscheidender sind die Erwerbslosen, die von diesen Zahlen nicht erfasst werden, sowie die Menschen, die zwar eine Beschäftigung haben, aber keine Vollzeitbeschäftigung bzw. keinen hochwertigen Arbeitsplatz. Junge Menschen haben so keine Möglichkeit, unabhängig zu werden.

Wie sollte Ihrer Meinung nach die Kommunikation zwischen politischen Entscheidungsträgern und jungen Menschen aussehen?

Alle Lösungsansätze sind auf die Nachfrage ausgerichtet – Kompetenzen, Bildung, Arbeitsrecht –, nicht aber auf die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wenn Sie ein junger Unternehmer sind: Vergessen Sie es! Wir erhalten den Mythos von Innovationswirtschaft und Start-ups aufrecht, aber für den ganz überwiegenden Teil der jungen Menschen ist das keine realistische Möglichkeit. Selbst für diejenigen, die es sich leisten können, bleibt eine Unternehmensgründung sehr prekär. Sie brauchen eine entsprechende Finanzierung, haben aber oft keine Sozialversicherung. Oder es muss bereits eine Struktur und ausreichend Vermögen vorhanden sein, um eine Unternehmensgründung zu versuchen. Viele Arbeitsplätze werden dadurch nicht geschaffen. Wir müssen in Bezug auf die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt sehr kritisch sein, da es so, wie sich die Welt aktuell verändert, wahrscheinlich noch schlimmer wird.

Können Sie ein gutes Beispiel dafür nennen, was Europa für Beschäftigungschancen tut?

Zu den am besten bekannten Beispielen gehören natürlich die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und die Jugendgarantie. Diese Programme zielen jedoch nicht auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ab, sondern sollen sicherstellen, dass junge Menschen aktiv werden und eine neue Chance erhalten. Ein großes Problem liegt darin, dass junge Menschen oft vor dem Bewerbungsprozess zurückschrecken. Sie wissen nicht, wie sie bei der Stellensuche vorgehen sollen, und benötigen Schulungen, um Selbstvertrauen aufzubauen. Wenn sie nach dem ersten Versuch eine Absage halten, wissen sie nicht weiter. Das müssen wir kompensieren, beispielsweise durch einen Beratungsdienst. Im Rahmen der Jugendgarantie werden auch bestimmte Maßnahmen auf der Arbeitgeberseite eingeführt, um Lehrstellen zu schaffen. Das ist eine positive Entwicklung und erste Ergebnisse sind sichtbar. Allerdings wissen wir nicht, ob dieser Ansatz in der europäischen Politik fortgeführt wird, da es mittlerweile auch kritische Stimmen gibt.

Der zweite Punkt ist, dass wir unbedingt neue Chancen und neue Stellen für junge Menschen oder für Menschen, die am Arbeitsmarkt benachteiligt sind, schaffen müssen.

Kompetenzen – Werkzeuge für das 21. Jahrhundert schaffen

In Europa besteht eine „Qualifikationslücke“ zwischen dem Bildungsniveau und den erforderlichen Kompetenzen am Arbeitsplatz. Obwohl Arbeitgeber reihenweise Bewerbungen erhalten, klagen sie über Schwierigkeiten, Kandidaten mit den gesuchten Fähigkeiten zu finden. Die Beratungsgesellschaft McKinsey vermeldet, dass nur 43 % der Arbeitgeber in den neun eingehend untersuchten Ländern (USA, Brasilien, Vereinigtes Königreich, Deutschland, Indien, Mexiko, Marokko, Saudi-Arabien und Türkei) der Auffassung sind, dass sie genügend ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte auf der Einstiegsstufe finden können. Einfach ausgedrückt: In einer Welt, in der Fachkräftemangel herrscht, fehlen zu vielen jungen Menschen Kompetenzen für den Arbeitsmarkt.

Digitale und berufliche Bildung sind ein wichtiger, vielversprechender Bereich, und die Länder, die hier in hohem Maße investiert haben, ernten nun die Früchte. In Deutschland gibt es eine lange Tradition einer hochwertigen Berufsausbildung, die in den letzten Jahren dazu beigetragen hat, trotz eines nur mäßigen Wachstums die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren.

Die Qualifikationslücke darf nicht einzig und allein als Problem junger Menschen betrachtet werden. In vielerlei Hinsicht ist der Arbeitsmarkt für Absolventen nicht mehr mit dem Bildungsmarkt im Einklang – junge Menschen verlassen die Hochschuleinrichtungen ohne die Kompetenzen, die sie für den Arbeitsmarkt benötigen.

Die Lösung liegt nicht darin, aktuelle akademische Spitzenleistungen „auf den Müll zu werfen“, sondern vielmehr in einer bereitwilligeren Abstimmung der Hochschulbildung auf praxismgerechte Lösungen. Außerdem sollte sich die Schulung von Kompetenzen nicht allein auf die MINT-Fächer beschränken, sondern auch unternehmerische Fähigkeiten sowie kreative und Management-Kompetenzen umfassen, die in der allgemeineren Arbeitsumgebung benötigt werden.

25. Förderung von Arbeitserfahrung und ersten Chancen auf dem Arbeitsmarkt durch engere Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen

Wie weiter oben in diesem Bericht erörtert, haben junge Menschen erkannt, dass Arbeitserfahrung und Praktika zunehmend entscheidend für eine erste Anstellung sind. Für Vollzeitstudierende besteht oft jedoch keine Möglichkeit, Arbeitserfahrung zu sammeln: Dies wäre nur während der Semesterferien möglich, in denen viele Studierende wiederum jobben müssen, um ihr Studium zu finanzieren.

Universitäten und Hochschuleinrichtungen sollten größere Anstrengungen unternehmen, um Arbeitserfahrung zu fördern und zu erleichtern, bei Bedarf auch durch Stipendien, damit Studierende Branchenerfahrung sammeln können. In verschiedenen ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studiengängen ist das bereits die Regel: Dort haben Studierende die Möglichkeit, ein Jahr in der Industrie tätig zu sein und sich wichtige betriebliche Kompetenzen anzueignen.

26. EU-weit verpflichtende Programmierkenntnisse zur Förderung der digitalen Kompetenz in Europa

Ein Sprichwort unter Arbeitgebern lautet: „Sie suchen eine Stelle? Lernen Sie programmieren!“ Diese Aussage hat einen wahren Kern. Trotzdem werden Informatik und insbesondere Programmieren an europäischen Schulen nach wie vor kaum unterrichtet. Der Hauptgrund dafür liegt darin, dass die meisten Lehrer ausgebildet wurden, bevor Programmieren zu einem allgemeinen Trend mit Bedeutung für das Berufsleben wurde. Das ist eine Herausforderung, und die EU muss ernsthaft über die Einführung von Programmen zur Förderung und Verbesserung von IT-Kompetenzen bei Lehrern nachdenken. Insbesondere sollte die EU sich Beispiele aus dem weiteren Ausland ansehen, etwa aus Israel, einem Land mit 1 000 ausgebildeten Informatiklehrern.

Auch wenn die Lehrerausbildung ein Hindernis darstellt, ist es von entscheidender Wichtigkeit, die Frage des Programmierunterrichts ernst zu nehmen, wenn wir eine neue Schülergeneration mit wichtigem Rüstzeug für das Berufsleben ausstatten wollen. Das bedeutet nicht, dass alle Länder ihre Programme zur Förderung der IT-Kompetenzen auf die gleiche Weise einrichten müssen. Wie ein Land ein solches Programm aufbaut, hängt natürlich auch vom Bedarf seiner Volkswirtschaft ab. In Estland beispielsweise fehlen Programmierer für die aktuell entstehende Technologiebranche; darum hat der Programmierunterricht dort einen hohen Stellenwert und steht in einigen Schulen sogar schon bei Sechsjährigen auf dem Stundenplan. Dänemark konzentriert sich stärker auf Aspekte wie die Gestaltung von Benutzeroberflächen, die für die großen Unternehmen des Landes interessant sind, und die gesellschaftlichen Auswirkungen digitaler Technologien.

Unabhängig von diesen Unterschieden sind junge Menschen überzeugt, dass ein EU-weiter Grundstandard in der Computerbildung wichtig ist. Die Verantwortung für die Durchsetzung eines solchen Standards und eines Prüfverfahrens für Lehrer, um die Bildung auf diesem Gebiet zu verbessern, liegt bei der EU.

27. Förderung von Freiwilligenorganisationen und Aufklärung über Freiwilligenarbeit als Schritt zur Beschäftigung

Aus verschiedenen Studien geht hervor, dass die Vorteile der Freiwilligenarbeit auf dem Weg zu einer dauerhafteren Beschäftigung helfen können. Einem Bericht der US-amerikanischen Behörde für gemeinnützige Arbeit zufolge, der Corporation for National and Community Service³, war bei Bewerbern mit Erfahrung in der Freiwilligenarbeit die Wahrscheinlichkeit einer Anstellung um 27 % höher.

Außerdem sind Freiwilligenprogramme in der EU etabliert. Die Vorteile der Freiwilligenarbeit und die verschiedenen Verfahren, wie junge Menschen Finanzierungen und Unterstützung erhalten können, sind nicht immer eindeutig. Eine im Rahmen dieses Berichts erstellte Studie hat ergeben, dass die meisten jungen Teilnehmer des Events noch nie von dem Jugendgarantie-Programm für unter 25-Jährige gehört hatten. Dies legt den Schluss nahe, dass die EU mehr dafür tun könnte, die verschiedenen Programme bei jungen Menschen bekannt zu machen.

³Corporation for National and Community Service, 2013: Volunteering as a Pathway to Employment. [online] Abrufbar unter: <http://www.nationalservice.gov/sites/default/files/upload/employment_research_report.pdf>

Eine Möglichkeit, mehr Menschen für die Freiwilligenarbeit zu gewinnen, ist die Ermutigung gleichgesinnter junger Menschen, ihre eigene Freiwilligenorganisation zu gründen. Zur Unterstützung könnten Finanzierungsmöglichkeiten angeboten werden, über die im Gegenzug sichergestellt wird, dass die jungen Menschen wichtige grundlegende Kompetenzen erlernen und Unterstützung bei sozialen Themen leisten, die in ihrer Nähe angesiedelt sind oder einen Bezug zu ihrer Biografie aufweisen.

28. Diplomsystem für informelle Bildung, um die EU-weite Bevorzugung herkömmlicher Bildungswege zu verringern

Allzu oft schlagen junge Menschen einen bewährten Bildungsweg ein, der später eine gut bezahlte Anstellung verspricht. Im Gegenzug sind unter Umständen einige der „Soft Skills“, die jungen Menschen in einer Beschäftigung von Nutzen sind, gesellschaftlich nicht bekannt. Außerdem beklagen viele Unternehmen, dass es angesichts der Vielzahl der akademisch gebildeten Bewerber schwerfällt, tatsächlich die besten Bewerber herauszufiltern.

Eine Möglichkeit, dem abzuweichen, ist die Schaffung von Diplomen für informelles Lernen, die es Arbeitgebern ermöglichen würden, ihre Bewerber anhand von Nachweisen über eine breitere Reihe von Fähigkeiten einzuschätzen. Dies könnte auch die Schaffung von Arbeitsplätzen begünstigen, bei denen auf Teamwork ebenso viel Wert gelegt wird wie auf Eigenverantwortung, und zu einer größeren Vielfalt beim Zugang zu Beschäftigung beitragen.

Interview: Nayim Tami Studierender aus Spanien, EYE-Teilnehmer

Sollten unbezahlte Praktika verboten werden?

Auf jeden Fall! Warum gibt es unbezahlte Praktika? Weil sie jungen Menschen die Chance bieten, Erfahrungen zu sammeln – so lautet die offizielle Antwort. Die Antwort, die junge Menschen geben würden, klingt dagegen eher so: Wenn ich ein Unternehmenspraktikum mache – nicht während der Schulzeit oder des Studiums, sondern hinterher –, will ich versuchen, einen Fuß in die Tür zu bekommen und mir ein Netzwerk aufzubauen. Außerdem würde ich hoffen, dass ich anschließend eine bezahlte Vollzeit- oder Teilzeitstelle erhalte.

Glauben Sie, dass Freiwilligenarbeit eine Brücke zwischen dem Studium und einer Anstellung bilden kann?

Für mich ist Freiwilligenarbeit eine freie Entscheidung, die aber nicht an den Arbeitsmarkt geknüpft sein sollte. Arbeitsplätze, die von unbezahlten Freiwilligen besetzt werden, sind ein sehr großes Problem. Es sollte zwar jeder die Chance haben, seine Kompetenzen weiterzuentwickeln und Freiwilligenarbeit zu leisten, aber auf dem Arbeitsmarkt ist dafür kein Platz: Dort sollte man für seine Arbeit bezahlt werden.

Inklusion am Arbeitsplatz – Herausforderung des Jobzugangs und positiver Kulturwandel

In einer Wirtschaft im Wandel ändern sich Arbeitsplätze und Arbeitsabläufe. Europa muss sicherstellen, dass es der Entwicklung voraus ist, um ein stabiles Beschäftigungsumfeld zu schaffen. Menschen, die Beschäftigungshindernisse überwinden müssen, könnten angesichts der Zunahme befristeter Arbeitsplätze mit weiteren Schwierigkeiten konfrontiert werden. In einem sich wandelnden wirtschaftlichen Umfeld muss Europa für alle EU-Bürger unabhängig von ihrer Lage den Zugang zum Arbeitsmarkt gewährleisten.

29. Zentralisierung der Zusammenarbeit zwischen europaweiten NGO

Viele junge Menschen sind heute in der schnelllebigen und wandelbaren Wirtschaft abgehängt. Die Gründe dafür reichen von Armut, fehlendem Internetzugang, Behinderung und Ausschluss bis hin zu offener Diskriminierung. Viele dieser Menschen mussten zudem die Hauptlast des Sparkurses tragen. Die Verbesserung der lokalen, regionalen und nationalen Kommunikation in Europa und Investitionen in diese Bereiche sollten Priorität haben. Die Frage, wie wir die Aufgabe der sozialen Integration bewältigen, ist entscheidend für die Fortschritte junger Menschen. Ein Ansatz liegt in einer besseren Kommunikation und Vernetzung zwischen lokalen, regionalen, nationalen und europäischen NGO. Außerdem könnten EU-Programme (wie beispielsweise die Jugendgarantie und Erasmus+) mit Karrierezentren zusammenarbeiten, um schwerpunktmäßig junge Menschen zu betreuen, die mit besonderen Schwierigkeiten und Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt konfrontiert sind⁴. Die Europäische Union muss mehr tun, damit durch neue und aktuelle Initiativen alle Interessensvertreter einbezogen werden: von der Basis aus mit jungen Menschen für junge Menschen.

30. Schaffung einer Website/App über die Rechte von jungen Menschen zur Aufklärung junger Leute über ihre Arbeitnehmerrechte und Beschäftigungserwartungen

Zahlreiche junge Menschen haben beim Eintritt in den Arbeitsmarkt das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden. In vielen EU-Ländern gilt ein niedriger Mindestlohn für jüngere Menschen, den viele als unfair empfinden. Junge Menschen werden dadurch entmutigt, ihre Rechte einzufordern. Sie benötigen nicht nur verbesserte Aufklärung über ihre Rechte, sondern sollten auch ermutigt werden, diese Rechte wahrzunehmen. Eine Lösungsmöglichkeit ist die Schaffung eines europäischen Beratungsportals für junge Menschen über ihre Rechte und Handlungsmöglichkeiten, wenn diese Rechte nicht beachtet werden. Ein solches Portal könnte parallel zu anderen auf junge Menschen ausgerichteten Angeboten wie zum Beispiel dem Lebenslauf-Portal eingerichtet werden.

⁴Corporation for National and Community Service, 2013: Volunteering as a Pathway to Employment. [online] Abrufbar unter: <http://www.nationalservice.gov/sites/default/files/upload/employment_research_report.pdf>

Das wäre ein positives Signal, um mehr junge Menschen zu einer proaktiven Suche nach hochwertigen Stellen zu ermutigen und Ausbeutung durch Arbeitgeber zu bekämpfen. Ein weiterer Lösungsansatz wäre die Verankerung von Jugendrechten im EU-Recht, um europaweit gleiche Spielregeln für alle einzuführen und die Rechte junger Menschen in Europa und darüber hinaus zu verbessern.

31. EU-weite Formalisierung der Telearbeit und Schaffung von Anreizen zur Verringerung der Zahl junger Menschen mit Behinderungen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind

In einigen Teilen Europas liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 50 %. Dadurch wird der Arbeitsmarkt schnelllebig und es wird schwieriger, eine Stelle zu finden. Zahlreiche junge Europäer haben ihr Heimatland verlassen, um im Ausland zu arbeiten oder zu studieren, weil die Jobchancen in anderen Teilen der EU höher sind. Einer Studie aus dem letzten Jahr zufolge verließen 200 000 Griechen infolge der Finanzkrise ihr Land⁵. Aber viele junge Menschen mit Behinderung, die studieren oder arbeiten könnten, haben nicht die Möglichkeit, zur Studienplatz- oder Arbeitssuche in ein anderes Land zu ziehen. Dadurch erleiden sie einen Nachteil in einem ohnehin schon schwierigen Arbeitsmarktumfeld. Gemäß einem Bericht der Vereinten Nationen haben Menschen mit Behinderungen ein zwei- bis dreimal höheres Arbeitslosigkeitsrisiko; die Gründe dafür reichen von ungerechtfertigten Vorurteilen bis zur Angst von Unternehmen, zusätzliche Kosten tragen zu müssen. Eine Lösungsmöglichkeit wäre die Schaffung eines Pools für Telearbeitsplätze, damit Arbeit in der Europäischen Union grenzüberschreitend vergeben werden kann. Die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt bedeutet auch, dass viele Arbeiten von zu Hause aus erledigt werden können. Anreize für Unternehmen, Telearbeit anzubieten, und eine offizielle Datenbank mit Informationen zu diesen Arbeitsplätzen könnten zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa beitragen. Außerdem wäre dies ein Beitrag zur Schaffung gleicher Spielregeln für alle und damit zur Behebung einiger der Nachteile von Menschen mit Behinderungen gegenüber Menschen ohne Behinderung.



Interview: Athanasia Konstantinou EYE-Teilnehmerin aus Zypern

Wie würden Sie die Lage bei den Beschäftigungschancen junger Menschen in Europa zusammenfassen?

Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist ein ernstes Problem, aber ich möchte mir eine positive Einstellung bewahren. Mit Projekten wie der „Jugendgarantie“ unternehmen wir Schritte in die richtige Richtung, aber wir müssen noch weitergehen und eine wirkliche

⁵Smith, H., 2015: „Young, gifted and Greek“. The Guardian [online], 19. Januar. Abrufbar unter: <<https://www.theguardian.com/world/2015/jan/19/young-talented-greek-generation-g-worlds-biggest-brain-drain>>

Lösung für die verschiedenen Probleme finden. Statt kurzfristiger Ansätze müssen wir eher eine langfristige Lösung finden, die wirkliche Auswirkungen auf unser Leben hat.

Glauben Sie, dass die Strategie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit jungen Menschen gut vermittelt wird?

Ich glaube, dass da gar keine Kommunikation stattfindet. Die meisten jungen Menschen wissen nichts über bestehende Programme wie International Voluntary Service, das Jugendgarantie-Projekt usw. Das Europäische Parlament und die Kommission sollten mehr dafür tun, um junge Menschen zu erreichen und über ihre Möglichkeiten und Rechte zu informieren – ihr Recht auf eine Beschäftigung und auf ein angemessenes Einkommen.

Würden Sie sagen, dass junge Leute ihre Rechte nicht ausreichend kennen?

Sie kennen ihre Rechte nicht und sie machen sie nicht geltend. Ich persönlich bin gegen unbezahlte Praktika. Wenn junge Menschen besser über ihre Rechte informiert wären, würden sie proaktiver vorgehen und hochwertige Möglichkeiten suchen, statt sich von Arbeitgebern ausbeuten zu lassen. Junge Menschen werden oft von Unternehmen ausgebeutet, weil wir gut arbeiten und Kompetenzen und Erfahrungen gewinnen möchten. Manchmal werden junge Menschen als kostengünstiger Ersatz für bestehende Arbeitsplätze eingestellt.

Wie würden Sie junge Menschen dazu ermutigen, ihre Rechte geltend zu machen?

Die Jugendpolitik ist online, und junge Menschen haben die Möglichkeit, an verschiedenen Foren teilzunehmen und Lobbyarbeit für ihre Rechte zu betreiben. Allgemein sollten wir keine Angst haben, darüber zu reden; durch Gespräche können wir voneinander lernen. Dass die Menschen ihre Rechte kennen, ist auch wichtig, damit sie sich selbstbewusster und sicherer fühlen.

Wie hoch ist die Jugendarbeitslosigkeit in Ihrem Heimatland Zypern?

Enttäuschend hoch. Ich bin ich 22 Jahre alt und Praktikantin. Ich mache ein Praktikum im Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Zypern. Die Tätigkeit ist bezahlt und anspruchsvoll. Dennoch haben junge Menschen echte Schwierigkeiten, eine Stelle in ihrem Bereich zu finden. Viele sind enttäuscht, manche entschließen sich, ins Ausland zu gehen, manche verabschieden sich gedanklich vom Thema Arbeit.

Was glauben Sie, wie sich die Situation in Europa in den kommenden Jahren entwickelt?

Wir müssen an Veränderung glauben und daran, dass wir die Jugendarbeitslosigkeit überwinden können. Wir müssen eine positive Haltung bewahren. Derzeit befinden wir uns in der Zeit nach der Krise, das heißt, wir können zu etwas Neuem übergehen. In der Zukunft sollten junge Menschen unbedingt mehr digitale Kompetenzen erlangen, um ihren technologischen Kenntnisstand zu verbessern.

Soziale Inklusion junger Menschen

Kommentar des Europäischen Jugendforums

Die soziale Inklusion junger Menschen bedeutet, dass alle Menschen in den Genuss eines angemessenen Lebensstandards und Wohlstands kommen. Armut und soziale Ausgrenzung müssen verringert werden, damit sichergestellt ist, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas ihre sozialen und wirtschaftlichen Rechte in vollem Umfang wahrnehmen können.

Junge Menschen tragen jedoch heutzutage das höchste Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung in Europa. Beim Europäischen Jugendevent sind die Ideen von Tausenden junger Menschen zusammengetragen worden, wie man an diesem Zustand etwas ändern könnte, damit jeder junge Mensch eine gleichberechtigte Chance hat, sein Leben zu planen, unabhängig zu werden und sich in die Gesellschaft einzubringen.

Bildung

Eine hochwertige, integrative Bildung ist ein wesentlicher Schritt auf diesem Weg. Die Bildungspolitik muss eine Chancengleichheit für alle ab den ersten Lebensjahren gewährleisten. In Europa haben sich in den letzten Jahren Hemmnisse beim Zugang zu Bildung gebildet, die dem Ziel der Bildung für alle abträglich sind.

- **Eine kostenlose, hochwertige, für alle zugängliche Bildung ist unverzichtbar.** Durch bildungspolitische Maßnahmen müssen alle jungen Menschen Zugang zu Bildung erhalten; Kosten im Bildungsbereich, insbesondere verdeckte Kosten, sind unbedingt zu beseitigen.
- **Individuelle Unterstützung für benachteiligte Gruppen junger Menschen beim Zugang zu Bildung ist am wirkungsvollsten, um soziale Ausgrenzung zu verringern.** Der Zugang zu inklusiver Bildung für benachteiligte Gruppen junger Menschen ist eine noch größere Herausforderung: Junge Menschen mit Behinderung sind im Hochschulbereich nach wie vor deutlich unterrepräsentiert, und junge Roma gehen mehrheitlich schon früh von der Schule ab.
- **Anerkennung außerschulischer Bildungsangebote und deren Anbieter, zum Beispiel Jugendorganisationen.** Anbieter außerschulischer Bildungsangebote leisten einen ganz wesentlichen Beitrag zur innovativen und flexiblen Bildung für Menschen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, und müssen in höherem Maße anerkannt werden.

Beschäftigung

Die krisenhafte Jugendarbeitslosigkeit stellte ebenfalls einen Schwerpunkt der Debatten auf der EYE-Konferenz dar. Die Arbeitslosenrate junger Menschen ist in ganz Europa immer noch dramatisch hoch und viele junge Menschen gehen einer unqualifizierten Arbeit nach oder leisten unbezahlte Praktika – nach wie vor ein großes Problem. Im Rahmen von EYE gab es zu diesem Thema verschiedene wichtige Ideen:

- **Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist unbedingt notwendig.** Die Konzentration auf die Nachfrageseite wird nicht alle jungen Menschen in Arbeit bringen. Für einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sind Investitionen in Sektoren unerlässlich, die ein hohes Potenzial für mehr Beschäftigung bieten.
- **Bei aktiven Arbeitsmarktstrategien, wie der Jugendgarantie, muss ein Schwerpunkt auf der sozialen Inklusion liegen.** Politische Maßnahmen müssen wirklich diejenigen erreichen, denen der Weg in den Arbeitsmarkt bisher versperrt ist. Einen wesentlichen Beitrag können in diesem Zusammenhang Jugendorganisationen leisten sowie Investitionen in öffentliche Arbeitsvermittlungsdienste, damit jede Person auch tatsächlich eine individuelle Beratung erfährt.
- **Es ist Zeit für eine gerechte Gesetzgebung zur Regulierung von Praktika.** Nahezu 50 % aller Praktika in Europa sind unbezahlt. Eine gesetzliche Regulierung ist daher unbedingt notwendig, damit junge Menschen nicht als billige oder kostenlose Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Praktika sind zu entlohnen und Praktikumsziel soll sein, die Praktikanten weiterzubilden. Auch ist durch Praktika ein nachhaltiger Bezug zum Arbeitsmarkt herzustellen.

- **Ausbildungen und, im weiteren Sinne, die berufliche Aus- und Weiterbildung, sind ebenfalls Teil der Lösung.** Mehr Ausbildungsplätze allein werden das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht lösen. Dieser Aspekt kann sich aber positiv auf die Beschäftigungszahlen auswirken. Ausbildungen müssen hochwertig sein, die Auszubildenden in den Mittelpunkt stellen und allen jungen Menschen offenstehen.
- **Arbeitsplätze mit fairen Vertragsbedingungen.** Der Ansatz der „Arbeit um jeden Preis“ funktioniert nicht: Immer mehr junge Menschen arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen, haben wenig oder gar keine Arbeitsplatzsicherheit und erhalten nur niedrige Löhne. Nur durch hochwertige Arbeitsplätze, die Zugang zu den Systemen der sozialen Sicherheit und Arbeitsplatzsicherheit bieten, sind junge Menschen in der Lage, auf eigenen Füßen zu stehen und ein Leben ohne Armut zu führen.

Sozialleistungen

Die Krise der Jugendarbeitslosigkeit hat auch die Schwächen unserer Systeme der sozialen Sicherheit für junge Menschen zutage gefördert. Die meisten Sozialsysteme in Europa basieren auf dem Prinzip der Beitragsfinanzierung, daher wird für junge Menschen der Zugang zu Arbeitslosengeld oder Einkommensbeihilfen, wie zum Beispiel einer Grundsicherung, immer schwieriger. In den meisten europäischen Ländern muss man 12 Monate lang gearbeitet haben, um Anspruch auf Arbeitslosengeld zu haben. Das schränkt nicht nur die Möglichkeit junger Menschen ein, eigenständig zu leben, sondern stellt auch die Nachhaltigkeit unserer Sozialsysteme insgesamt in Frage: Da immer mehr Menschen nur kurzfristig oder prekär beschäftigt sind, können sie nicht in die Sozialversicherung einzahlen, daher werden die öffentlichen Haushalte zunehmend unter Druck geraten. Diese Situation wird durch die Überalterung der Gesellschaft noch verschärft.

Die europäischen Politiker müssen unsere derzeitigen Systeme der sozialen Sicherung so reformieren, dass sie den Belangen junger Menschen besser Rechnung tragen.

- **Praktika und Ausbildungen sollten als Beschäftigungszeiten gelten und ein Anspruchsrecht auf Sozialleistungen begründen.** Dadurch wäre es jungen Menschen möglich, Ansprüche auf Sozialversicherungsleistungen zu erwerben.
- **Eine Grundsicherung muss unabhängig vom Alter für alle zugänglich sein.** Personen unter 24 oder 25 Jahren haben oft keinen Anspruch auf Grundsicherung. Wenn man in diesem Alter also keine Arbeit findet, hat man keine Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt zu finanzieren. Diese Diskriminierung aufgrund des Alters bei der Grundsicherung sollte abgeschafft werden.
- **Es sollte Ansätze zur Förderung unabhängigen Wohnens geben.** Die Miet- und Immobilienpreise steigen unablässig, ebenso das Einkommensgefälle aufgrund niedriger Löhne. Daher werden die jungen Menschen von heute auch oft die „Generation Miete“ genannt. Eine Politik, die junge Menschen darin bestärkt, zu Hause wohnen zu bleiben, diskriminiert diejenigen, die diese Möglichkeit nicht haben.
- **Maßnahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit junger Menschen in Zusammenarbeit mit direkt Betroffenen.** Die Obdachlosigkeit junger Menschen ist in vielen EU-Staaten ein wachsendes Problem und birgt das Risiko, dass junge Menschen langfristig im gesellschaftlichen Abseits landen. Bezahlbarer Wohnraum und eine frühzeitige Intervention zur Verhinderung von Obdachlosigkeit sollten politische Prioritäten darstellen.

Teilhabe oder Ausschluss junger Menschen ist letztendlich eine Frage der Gleichstellung. Junge Menschen sind heutzutage in verschiedenen Phasen auf ihrem Weg in die Unabhängigkeit einer Diskriminierung aufgrund ihres Alters ausgesetzt. Das führt zu Ungleichheit zwischen den Generationen und Einkommensungleichheit und stellt ein Risiko nicht nur für junge Leute, sondern für das europäische Sozialstaatsmodell insgesamt dar. Die Botschaft der EYE-Konferenz lautete, dass es so nicht weitergehen kann – und dass unsere Systeme, die die Jugend benachteiligen, an die Realität junger Menschen in Europa angepasst werden müssen.

Stagnation oder Innovation : Die Arbeitswelt der **Zukunft**

Der Arbeitsplatz unterliegt einem schnellen Wandel. Arbeitsverfahren werden durch einen neuen, flexiblen Lebensstil infrage gestellt. Auch der Arbeitsmarkt selbst wandelt sich, zu einem großen Teil durch die Zunahme von Robotern mit künstlicher Intelligenz, durch die nicht nur Arbeiterjobs bedroht werden, sondern auch Stellen in der Industrie- und Dienstleistungsbranche. Die erforderlichen Kompetenzen, um auf diesem neuen Markt erfolgreich zu bestehen, verändern sich ebenfalls. Digitaler Wandel und Unternehmertum sind zwei Schlüsselbereiche, bei denen es gedauert hat, bis die politischen Entscheidungsträger sie erkannt und gehandelt haben.

Bei diesem zukunftsweisenden Thema waren die EYE-Teilnehmer mit einer Reihe von Fragen konfrontiert: Wie kann Europa in einer vernetzten Wirtschaft und Gesellschaft attraktive Arbeitsplätze schaffen? Wie haben sich der Arbeitsmarkt und die Beschäftigung im digitalen Zeitalter des 21. Jahrhunderts verändert, und welche Rolle sollte das Unternehmertum dabei spielen? Sind die politischen Entscheidungsträger noch auf dem neuesten Stand, wenn es um die Regulierung neuer Modelle der Wirtschaft des Teilens geht? Und was können wir vom Silicon Valley lernen oder sogar besser machen? All diesen Herausforderungen müssen sich junge Menschen stellen, und während des Events haben junge Teilnehmer Ideen zur Lösung vorgeschlagen.

Arbeitsweisen im Wandel – neue Leitlinien für eine sich verändernde Welt

Die technologische Beschleunigung hat bedeutende Auswirkungen auf unsere sozioökonomischen Modelle: Durch sie werden der Arbeitsmarkt und die Struktur der traditionellen Arbeitsumgebung verändert. Bald werden wir die Automatisierung von nahezu 47 % aller Stellen erleben.

Während dies einzigartige Geschäftsmöglichkeiten bieten und den Weg für die Schaffung neuer Stellen und Jobprofile bereiten wird, ist die Möglichkeit, dass Menschen am Arbeitsplatz von Maschinen verdrängt werden, eine Realität. Prof. Dr. Moshe Vardi von der US-amerikanischen Rice University behauptet, dass viele Angestelltentätigkeiten, die heute von qualifizierten Arbeitskräften ausgeübt werden, in den kommenden Jahrzehnten an Maschinen ausgelagert werden.

Wie kann die Jugend Europas, die einen Ausgleich von Berufs- und Privatleben anstrebt, mit diesen Veränderungen umgehen, die ihre berufliche Zukunft bestimmen werden? Die jungen Menschen



in Europa müssen in der Lage sein, mit einem technologischen Umfeld in ständigem Wandel zu leben. Eine entscheidende Möglichkeit dafür ist die Gewährleistung, dass sie schon sehr früh die Fähigkeiten erlernen, die ihnen das Überleben auf einem flexiblen Arbeitsmarkt ermöglichen. Dies umfasst eine Umstellung auf stärker projektgestütztes Lernen und mehr Unterricht zum Erwerb digitaler und webbasierter Kompetenzen. Mit der zunehmenden Automatisierung von Arbeitsplätzen wird zusätzlich ein größerer gesellschaftlicher Bedarf bestehen, Menschen nach einem Jobverlust zu unterstützen und ihnen die Möglichkeit zum Erlernen neuer Kompetenzen zu geben, die der Gesellschaft insgesamt zugutekommen. Einige Städte testen bereits die Einführung eines Grundeinkommens, um die Kreativität in der Bevölkerung zu fördern und sicherzustellen, dass alle Menschen an den Fortschritten von verstärkter Automatisierung und Technologisierung in der Industrie teilhaben. Eine immerwährende Bedrohung, die von größerer Automatisierung ausgeht, ist jedoch die Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten. Junge Menschen in Europa sind bereits mit enorm hohen Arbeitslosenquoten konfrontiert; sie müssen künftig an einer Debatte zur Anpassung des Arbeitsrechts teilnehmen und einen Wettlauf um die niedrigsten Löhne verhindern. Grundsätzlich stehen junge Leute hinsichtlich der Zukunft des Arbeitsmarkts vor einer großen Unsicherheit. Aber es gibt auch den Wunsch, die Vorteile des technologischen Fortschritts in der Industrie zu nutzen und ein System zu schaffen, in dem Möglichkeiten für alle geboten werden und die Aushöhlung von sozialen und Arbeitnehmerrechten verhindert wird.

32. Förderung des projektgestützten Lernens in der Schule zum Erwerb von Soft Skills neben naturwissenschaftlich-technischen Kompetenzen

Ähnlich wie bei der Internetrevolution kann niemand vorhersehen, wohin uns die technologische Entwicklung führen wird. Was wir dagegen sicher wissen, ist, dass wir auf die Veränderungen vorbereitet sein müssen – insbesondere im Hinblick auf die Art der Kompetenzen, die auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft benötigt werden. Die Schulen müssen viel mehr dafür tun, dass Schüler ihre einzigartigen menschlichen Fähigkeiten entwickeln und erproben können. Naturwissenschaften

und Fähigkeiten wie Programmieren werden zentrale Bedeutung haben, aber sie müssen mit Soft Skills wie bürgerschaftlichem Engagement, Kommunikation und Kreativität kombiniert werden. Einem Bericht der Higher Education Academy des Vereinigten Königreichs zufolge waren von 24 000 befragten Studierenden nur ein Viertel der Auffassung, dass sie im Rahmen ihres Uni-Studiums mehr Soft Skills erworben hätten. Durch die Entwicklung von Soft Skills könnten Menschen mit verschiedenen Werkzeugen ausgestattet werden, die benötigt werden, um Probleme in einem starkem Wandel unterworfenen, uneindeutigen Umfeld zu analysieren und zu lösen. Zwar können Roboter möglicherweise Wohlstand schaffen, aber Werte werden immer noch von Menschen geschaffen. Damit Schüler und Studierende ihre kreativen, problemlösenden Seiten entfalten können, müssen sie ferner die Möglichkeit erhalten, sich bei ihrer Bildung aktiver einzubringen. Dies könnte durch die Einführung von mehr projektgestütztem Lernen (englisch: project-based learning, PBL) erreicht werden. Bei dieser Lernform, bei der Schüler lebensnahe Probleme und Fragestellungen untersuchen, liegt ein wichtiger Schwerpunkt auf der eigenen Fantasie, Verantwortung und Teamfähigkeit der Schüler. Beispiele für projektgestütztes Lernen sind etwa Experimente oder Produktentwicklungen im Rahmen eines fiktiven Unternehmensumfelds. Dank der Fortschritte in der Bildungstechnologie ist der Einsatz von projektgestütztem Lernen in der Bildung eine vollwertige Option. Im Rahmen der Erprobung von Bildungskonzepten in den USA seien „umfassende Nachweise“ erbracht worden, dass projektgestütztes Lernen „ein wirksames Verfahren für das Vermitteln komplexer Prozesse und Verfahren wie Planung, Kommunikation, Problemlösung und Entscheidungsfindung“ darstellt¹.

Diese Thematik ist zweifellos drängend, da viele junge Menschen das Gefühl haben, im formalen Bildungssystem nicht ausreichend auf die digitale Revolution vorbereitet zu werden. Projektgestütztes Lernen könnte ein kluger Schritt sein, um die kommende Generation auf eine anspruchsvolle und schwierige, aber auch spannende Zukunft vorzubereiten.

33. Einführung eines allgemeinen Grundeinkommens, um das Potenzial der digitalen Revolution voll auszuschöpfen

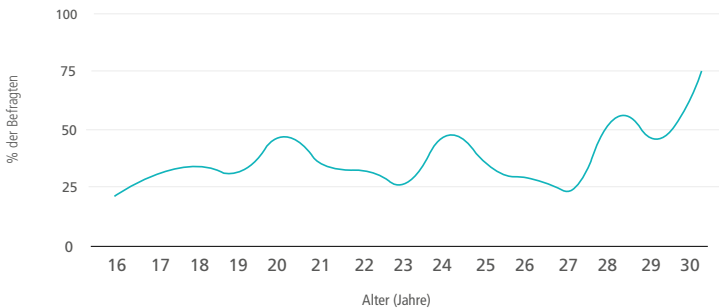
Wie Florian Kondert, Spezialist für Digitalisierung beim Zukunftsinstitut, einmal gesagt hat: „Alles, was automatisiert werden kann, wird auch automatisiert.“ Die Technologien, über die wir derzeit reden, betreffen Bereiche, von denen viele Leute geglaubt haben, dass sie für immer der menschlichen Arbeit vorbehalten wären. Selbst medizinische Berufe oder nicht routinemäßige Aufgaben wie Autofahren können möglicherweise vollständig automatisiert werden. Auch wenn manche Menschen diese Entwicklung mit positiven Erwartungen betrachten – etwa, dass sich möglicherweise tief greifende gesellschaftliche Probleme lösen lassen oder mehr Freizeit geschaffen wird und gleichzeitig mehr kreative und soziale Arbeitsplätze entstehen können –, bleibt doch eine drängende Frage:

Wie können Menschen ohne spezifische Kompetenzen in einer automatisierten Welt ihren Lebensunterhalt bestreiten? Eine mögliche Lösung besteht in der Durchsetzung eines Grundeinkommens für alle. Damit würden alle grundlegenden Lebenskosten gedeckt, die Würde bewahrt und vor um sich greifender Armut geschützt. Außerdem könnte das Gefühl von Stabilität dazu beitragen, dass Menschen eine berufliche Laufbahn einschlagen, die ihnen über die rein materielle Absicherung hinaus etwas gibt. Ein weiterer, oft genannter Vorteil ist die Tendenz zu einer kürzeren Arbeitswoche, sodass die Menschen mehr wertvolle Zeit mit der Familie und Mitbürgern verbringen können.

¹Thomas, J., 2000: A review of project-based learning. [online] Abrufbar unter: <http://www.bobpearlman.org/BestPractices/PBL_Research.pdf>

Eine drängende Frage aber bleibt: Woher soll das Geld für das Grundeinkommenssystem kommen, wenn niemand arbeiten muss? Bislang beruhen viele Grundeinkommensmodelle nach wie vor auf irgendeiner Form von gewöhnlicher Besteuerung. Mit der zunehmenden Resonanz des Themas bei einem breiteren Publikum entwickeln sich jedoch auch noch weitere Ideen². Zudem sind eine Reihe von Pilotprojekten auf dem Weg. Finnland und die Niederlande haben Versuche gestartet. Am 5. Juni 2016 stimmten die Schweizer gegen die Einführung eines Grundeinkommensmodells, das ein monatliches Einkommen zwischen 1 000 und 1 500 EUR für alle Bürger vorsah; nichtsdestoweniger steht fest, dass das Thema Grundeinkommen einen Platz auf der Agenda verschiedener Länder eingenommen hat. Zudem lohnt ein Blick auf eine neue Umfrage von Dalia Research, der zufolge 68 % der EU-Bürger in allen 28-Mitgliedstaaten angaben, dass sie „auf jeden Fall“ oder „wahrscheinlich“ für eine Grundeinkommensinitiative stimmen würden. Ein Grundeinkommen würde ein Stück weit zur Bewältigung der möglichen Schwierigkeiten beitragen, die eine stärkere Automatisierung mit sich bringt, und damit gleichzeitig stärkere Innovation fördern.

Ich finde die Zusammenarbeit mit Robotern reizvoll (nach Alter)



Ian Fahey
@ian_fahey94

It's not a secret that technology is taken jobs away from people. But we need more humanity in the workplace #EYE2016 #IrishEYE



Making robots, tea & a song for Europe - all go in the Health & Wellbeing tent! #EYE2016 #YOFest #IBackGalway

²Jaspers, N., 2016: What do Europeans think about basic income. [online] Abrufbar unter: <http://www.basicincome.org/wp-content/uploads/2016/05/EU_Basic-Income-Poll_Results.pdf>

34. Durchsetzung europäischer Arbeitnehmerrechte, da die geltenden Gesetze durch die digitalen Technologien veraltet sind

Dank der digitalen Revolution sind wir mobiler als noch vor zehn Jahren, aber gleichzeitig ist unser Arbeitsumfeld deutlich unsicherer geworden. Durch längere Arbeitszeiten und Arbeitsverträge mit weniger Sicherheiten werden Spaltungen am Arbeitsplatz geschaffen und die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben wird erschwert. Während manche der Auffassung sind, so sei nun einmal der Lauf der Dinge und wir müssten wettbewerbsfähig sein, um uns zu behaupten, gibt es unter jungen Menschen einen aufrichtigen Wunsch, die Solidarität zu stärken und ein gerechtes Arbeitssystem für ein geeintes Europa zu schaffen. Die Entwicklung des Arbeitsmarkts liegt zwar außerhalb der Kontrolle der Nationalstaaten und der EU; diese können aber sicherstellen, dass die Gesetzgebung mit der Entwicklung Schritt hält und dass sich Veränderungen unter fairen Bedingungen für die Arbeitnehmer vollziehen.

Eine Möglichkeit dazu könnte eine EU-weite Harmonisierung der Höchstarbeitszeit sein. Ein gemeinsames europäisches Arbeitsrecht ist von entscheidender Bedeutung, um einen Wettlauf innerhalb der EU um die niedrigsten Standards zu verhindern. Außerdem sollten Unternehmen, die stärker auf Corporate Social Responsibility achten und in die Weiterbildung ihrer Arbeitnehmer investieren, Steuererleichterungen erhalten.

Sowie Arbeitnehmer in der Vergangenheit von steigenden Lebensstandards, einem ausgewogenen Verhältnis von Berufsleben und Familienleben und fairen Arbeitsplatzbedingungen abhängig waren, bleiben diese Anforderungen für die Arbeitnehmer der Zukunft genauso wichtig. Trotz aller Unsicherheiten sehen viele junge Leute die Arbeitsmöglichkeiten in der Zukunft positiv: Bei stärkerer Automatisierung und der Möglichkeit eines universellen Grundeinkommens kann der Schwerpunkt auf grüne Wirtschaftsbereiche verlagert und mehr Flexibilität in der Gestaltung des Arbeitslebens ermöglicht werden.

Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass jede bedeutende Innovationsphase von düsteren Arbeitsmarktprognosen begleitet war – aber durch den technischen Fortschritt wurden in der Vergangenheit noch immer Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen.

Digitales Unternehmertum – Maximierung der Vorteile einer vernetzten Welt

Der Mangel an Arbeitsplätzen für junge Menschen, der Aufstieg des Internets und die digitale Revolution haben ideale Voraussetzungen geschaffen, um sich als Jungunternehmer selbständig zu machen. Laut unserer Umfrage wären 65 % der Befragten in Zukunft gerne ihr eigener Chef. Die Rahmenbedingungen waren noch nie günstiger, denn öffentliche und private Institutionen haben auf den Trend reagiert und unterstützen und fördern unternehmerische Initiativen. Für Unternehmer stehen inzwischen verschiedenste Fördermittel zur Verfügung, allerdings scheint es bei ihrer

Verteilung noch an Koordinierung und einer langfristigen Strategie zu mangeln. Das führt bei vielen angehenden Unternehmern zu Unsicherheit und Frust.

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, wie sich Europa noch mehr für die Förderung einer neuen Generation von Unternehmern einsetzen kann. Ein wesentlicher Schritt wäre die Einrichtung einer zentralen Informations- und Unterstützungsplattform für die Gründung eines Start-ups. Junge Unternehmer würden dort ihren Informationsbedarf decken können. Zudem führt der Rechtsrahmen im Bereich des Konkursrechts dazu, dass sich viele junge Start-ups ein Scheitern eigentlich nicht leisten können. Europa sollte Start-up-Unternehmen nicht als fertige Einheiten betrachten, sondern mehr dafür tun, dass junge Unternehmer aus ihren Fehlern lernen und aus dieser Erfahrung heraus Lehren für einen zukünftigen Unternehmenserfolg ziehen können.

Das innovative Silicon-Valley-Modell setzt genau an diesem Punkt an: Ein Scheitern ist „schnell und billig“ möglich und danach ist der Weg frei für die Gründung einer neuen, profitableren Unternehmung. Europa sollte jedoch einen Schritt weiter gehen und dieses Modell so anpassen, dass eine Umgebung – mit flacheren Hierarchien und einem Schwerpunkt auf kooperativen und offenen Organisationsformen – entsteht, in der sich Innovation und Kreativität in noch höherem Maße lohnen. Grundsätzlich verfügen die jungen Menschen über den Ehrgeiz und die Ideen, die zum Erfolg führen. Die EU muss stärker gesetzgeberisch tätig werden und die nächste Generation der führenden Persönlichkeiten in der Wirtschaft umfassender unterstützen, die Wachstum und Erfolg versprechen.



*An meiner Schule wird/wurde
das Thema Unternehmensgründung/
-führung im Unterricht behandelt
(nach Ländern)*

Niedrig  Hoch

35. Vereinheitlichung der Mittel und Anforderungen im Rahmen einer Unternehmensgründung, um Jungunternehmen den Start zu erleichtern

Eine Ressource ist bei allen Unternehmern knapp: Zeit. Die Suche nach Fördermitteln der EU für eine Unternehmensgründung kann jedoch sowohl verwirrend als auch zeitraubend sein. In welchem Umfang Informationen zur Verfügung stehen, ist je nach Land sehr unterschiedlich: Das führt zu Benachteiligung und mangelnder Chancengleichheit. Diese Hindernisse ließen sich durch den Aufbau einer Online-Datenbank beseitigen, in der sämtliche europäischen Fördermittel aufgeführt und die Voraussetzungen für eine Beantragung genannt wären und die Möglichkeit bestünde, sich online dafür zu bewerben. So könnte auf die wachsende Nachfrage durch junge Unternehmer einheitlich reagiert werden. Eine Vereinfachung des Verfahrens zur Gründung eines Unternehmens sollte natürlich nicht bedeuten, dass bei der eingehenden Analyse im Vorfeld einer Mittelbewilligung Abstriche gemacht werden. MdEP Andreas Schwab ist der Auffassung, dass genau darin eine Ursache für den hohen Prozentsatz von Start-ups liegen könnte, die nach nur einem Jahr scheitern.

Junge Unternehmensgründer sind der Meinung, dass es sinnvoll wäre, erfahrene Unternehmer in den Prozess der Beantragung einer Anschubfinanzierung durch Fördermittel einzubeziehen. Das Gremium, das Mittel zuweist, und die Vertretungsorganisationen der Unternehmer sollten beständig im Dialog stehen, um Erfahrungen und Ergebnisse auszutauschen und eine direkte Rückmeldung zu erhalten.

Der Aufbau von Start-up-Hubs und die zentrale Bereitstellung von Wissen und Unterstützung im Bereich der Start-ups tragen tatsächlich entscheidend dazu bei, junge Unternehmer zu inspirieren und sicherzustellen, dass die Unternehmen, die sie gründen, von Beginn an tragfähig sind.

36. Reform des Konkursrechts, damit Unternehmer eine zweite Chance erhalten

In Silicon Valley gilt der Grundsatz: „Fail quick, fail cheap“: Ein Scheitern ist also schnell und billig möglich. Es geht nicht darum, das Scheitern zu bejubeln, sondern die Erfahrung als Lernprozess positiv zu nutzen. Wenn Start-up-Unternehmer zueinanderfinden und sich darüber austauschen, was in ihrem Fall funktioniert hat und was nicht, können wertvolle Lehren gezogen werden. Das Scheitern zu akzeptieren und damit zu leben, gehört zum Selbstverständnis amerikanischer Start-up-Unternehmen – einer der größten kulturellen Unterschiede zwischen dem Silicon Valley und Europa.

Die konkursrechtlichen Vorschriften sind von Land zu Land unterschiedlich. Sie beruhen einerseits auf Sachaspekten, sind aber auch von der kulturellen Prägung abhängig: Ein Land mit einer risikoscheuen Kultur hat mit höherer Wahrscheinlichkeit ein Konkursrecht, das einen unternehmerischen Misserfolg teuer macht. In Europa handelt es sich bei den Finanzmitteln, die Unternehmer erhalten, in der Regel um Darlehen, die auch im Fall eines Scheiterns zurückgezahlt werden müssen. Die Rückzahlung dieser Schulden ist ein langwieriger Prozess. Auch ist dadurch unter Umständen der Weg zu weiteren Darlehen versperrt. Letztendlich kann dies bedeuten, dass angehende Unternehmer aus Angst vor einer Insolvenz von einer Unternehmensgründung Abstand nehmen.

Das Scheitern bei der ersten Unternehmung ist dennoch weit verbreitet. Statistiken belegen, dass der zweite Versuch erfolgreicher verläuft. Bis zu 18 % aller letztendlich erfolgreichen Unternehmer sind mit ihrer ersten Gründung gescheitert³. Es scheint, dass sich die politischen Initiativen in Europa zu sehr darauf konzentrieren, neue Unternehmer hervorzubringen, anstatt die zu unterstützen, die bereits unternehmerisch tätig sind. Insgesamt könnte der aktuelle Rahmen ein Hemmnis für eine digitale Innovation darstellen.

Ein Weg könnte – in Anlehnung an das Konkurs- und Insolvenzrecht Indiens – darin bestehen, Start-ups die Möglichkeit zu geben, zügig ihre unternehmerische Tätigkeit einzustellen, um ein neues Unternehmen zu gründen. Es besteht also Bedarf an einer Reform des Insolvenzrechts, damit eine „zweite Chance“ rechtlich möglich wird.

Es braucht eine EU-weite Harmonisierung des Insolvenz- und Liquidationsrechts. Ziel sollte dabei sein, dass eine Insolvenz rechtlich innerhalb eines Jahres abgewickelt ist, vorausgesetzt, es liegt kein betrügerisches Verhalten zugrunde. Darüber hinaus könnte die EU nationale und regionale Programme und bewährte Praktiken einrichten, um Unternehmern zu helfen, aus dem Kreislauf rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialer Stigmatisierung auszubrechen. Junge Unternehmensgründer erwarten, dass die EU bei der Definition der Rolle privater Kreditgeber und diesbezüglichen Vorgaben unterstützende Maßnahmen in ihrem Sinne beschließt.

37. Schaffung von Arbeitsplätzen, die Gleichstellung und Mitsprachemöglichkeiten bieten, um die unternehmerischen Talente junger Arbeitnehmer zu fördern

Es ist sicher sinnvoll, sich an Modellen und Strukturen zu orientieren, die in anderen erfolgreichen Märkten funktionieren, zum Beispiel im Silicon Valley. Aber kann Europa erfolgreicher sein als das Silicon Valley? Zwei Aspekte sind bei dieser Frage maßgeblich: Erstens sollte das Potenzial Europas nicht ungenutzt bleiben, und zweitens sollte jede Idee an die Verhältnisse in Europa und sich ändernde Rahmenbedingungen angepasst werden, um eine solide und inspirierende Nische zu schaffen.

In Europa finden derzeit Umbrüche statt, die unter Umständen große Chancen bergen. Zum einen der Anstieg der Migration und die wachsende Vielfalt: Etwa 50 % der Unternehmer im Silicon Valley sind keine amerikanischen Staatsbürger. Wenn Menschen es wagen, ihre Komfortzone zu verlassen, entstehen Ideen und Inspirationen. Zu jeder Arbeit gehört inzwischen, mit Menschen aus verschiedenen Kulturen, aber auch mit unterschiedlichen Arbeitsbiografien zusammenzuarbeiten und diese zu verstehen. Im Zuge der digitalen Revolution sind zunehmend spezialisierte Berufsprofile gefragt. Die Zukunft der Arbeit liegt in fachgebietsübergreifenden und interkulturellen Teams, die kooperieren und einander in ihren Fähigkeiten und Sichtweisen ergänzen, damit das Arbeitsergebnis eine höhere Kreativität und Produktivität aufweist. Europa braucht offenere und hierarchisch flache Arbeitsstrukturen mit einem intensiveren Austausch und einer gleichberechtigten Beziehung der Arbeitnehmer untereinander. Die Arbeitsweisen in Unternehmen müssen sich wandeln, damit sich die machtvolle Wirkung eines direkten Feedbacks im persönlichen Gespräch zwischen Arbeitnehmern auf allen Ebenen, wie auch zwischen Einzelpersonen und Institutionen, neu entfalten kann. Ein Weg könnte sein, Führungskräfte darin

³Europäische Kommission, 2014: Studie zu „Bankruptcy and second chance for honest bankrupt Entrepreneurs“ (Insolvenz und eine zweite Chance für redliche insolvente Unternehmer) [online]. Abrufbar unter: <http://ec.europa.eu/growth/tools-databases/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item_id=7962&lang=en>

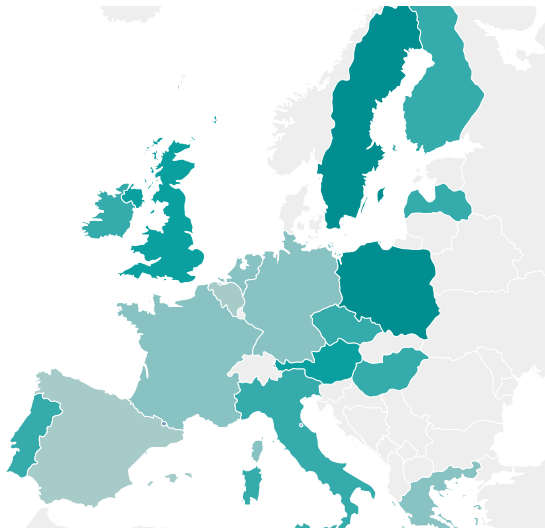
zu schulen, Arbeitsmodelle einzuführen, die Arbeitnehmern Anreize zur vollen Ausschöpfung ihrer Talente und ihres Potenzials geben.

In der Management-Methodik hat sich bereits eine Bewegung herausgebildet, die diesen Wandel bewirken soll. „Agiles“ Management ist eine Methode zur Führung eines Teams, das selbstorganisiert, gemeinschaftlich und selbstverantwortlich arbeitet. Viele Start-ups haben diese Grundsätze für sich übernommen und Strukturen entwickelt, die offen, partizipativ und selbstorganisiert sind und ohne Hierarchien auskommen.

38. Hochschulpartnerschaften, damit Studierende ihren ersten Studiengang an zwei Orten absolvieren können

Ein Studienaufenthalt im Ausland wird häufig als bereicherndes Erlebnis mit hohem Spaßfaktor für Studierende beschrieben. Etliche Arbeitgeber führen zudem an, dass Absolventen, die im Ausland studiert haben, häufig Fähigkeiten besitzen, die in vielen Bereichen relevant sind, u. a. im Hinblick auf Unabhängigkeit, Führungsqualitäten und das Verständnis verschiedener Kulturen und Sprachen – sämtlich wichtige Qualifikationen in einer zunehmend globalisierten Wirtschaft.

Diese Chance könnte noch mehr Studierenden offenstehen, wenn Universitäten in noch stärkerem Maße Partnerschaften mit Institutionen im Ausland eingehen. Derzeit können Studierende über das Erasmus-Programm zwischen einem Semester und einem Jahr im Ausland studieren. Würden Universitäten jedoch „verpartnert“, wäre es Studierenden möglich, die Hälfte ihres grundständigen Studiums an einem Ort und die andere Hälfte im Ausland zu absolvieren. Dieses System ist für einige Studiengänge bereits eingerichtet und sorgt dafür, dass Studierende ihren Erfahrungshorizont durch ein Studium in einem anderen Land erweitern können.



*Möchten Sie in Zukunft
Ihr eigener Chef sein?
(Nach Ländern)*

Niedrig  Hoch



Interview: Jindric Fialka
Gründer und CEO von Contiqua
 Sprecher auf dem EYE2016

In Ihrer Rede in der interaktiven Sitzung „Unternehmerisches Lagerfeuer: Lasst die Kreativitätsfunken sprühen!“ haben Sie erläutert, wie Ihnen vor zwei Jahren eine Idee kam und Sie daraufhin beschlossen, Ihr Studium abzubrechen und die Idee umzusetzen. Können Sie erklären, was genau Sie zu dem Entschluss brachte?

In der Regel erzähle ich das so: Ich hatte eine Idee, brach mein Studium ab, gründete ein Unternehmen und entwickelte Designs. In Wirklichkeit war die Abfolge jedoch anders: Ich hatte schon immer das Gefühl, dass ich allein etwas auf die Beine stellen würde. Aber ich wusste nicht was. Ich spürte den Drang auszubrechen, und so verließ ich die Universität, weil ich ein neues Umfeld brauchte, damit neue, andere Leute mich auf Ideen bringen, und um meinem Leben eine neue Wendung zu geben. Meine Geschäftsidee kam mir dann ein halbes Jahr nach dieser Veränderung.

In der Phase, in der Sie versuchten, Ihr Projekt voranzubringen: Welche Art von Fähigkeiten oder Wissen fehlte Ihnen da, Ihrer Meinung nach? Und auf welche Stärken konnten Sie bauen?

Ich konnte auf einige praktische Erfahrung zurückgreifen, zum Beispiel im handwerklichen Bereich, aber ich hatte keinerlei betriebswirtschaftliche Erfahrung. Ich erstellte eine Liste mit allen Aufgaben, die für die Gründung einer neuen Marke zu erledigen waren. Es waren schließlich 20 Schritte und ich erkannte schnell, dass ich 90 % davon nicht selbst übernehmen konnte oder wollte. Also wählte ich aus, was ich gut konnte oder lernen wollte, und übergab den Rest in die Verantwortung anderer.

Wie sieht Ihr Arbeitstag aus? Ist es Ihrer Meinung nach für Unternehmer möglich, Arbeits- und Privatleben miteinander zu vereinbaren?

Ja, davon bin ich überzeugt. Gleichzeitig liegt es in der Natur der Sache, dass man als Unternehmer quasi ständig arbeitet, denn man begeistert sich ja dafür. Arbeit ist für mich, über Dinge nachzudenken oder neue Menschen kennenzulernen. Wenn ich eine Konferenz besuche und Menschen treffe, fällt das für mich unter Arbeit. Ich würde stark empfehlen, nicht von zu Hause aus zu arbeiten, wenn man Berufs- und Privatleben in Einklang bringen möchte. Ich denke, es ist sehr wichtig, einen persönlichen Bereich zu haben, der nicht mit der Arbeit in Verbindung steht. Ich arbeite nicht von zu Hause. Ich gehe dazu ins Café um die Ecke.

Sind Sie der Ansicht, dass die Unternehmer in Europa in ihren Heimatländern ausreichende Unterstützung bei Gründung eines Unternehmens erhalten (Bürokratie, Fördermittel usw.)?

In der Tschechischen Republik gibt es meiner Meinung nach Unterstützung, aber ich bin ehrlich gesagt der Auffassung, dass eine Idee, die Unterstützung benötigt, keine gute Idee ist.

Wenn Sie nach vorne blicken – wo sehen Sie sich in zehn Jahren?

Ich denke, bis dahin brauche ich eine Veränderung in meinem Unternehmen. Ich habe schon immer etwas Sinnvolles für Menschen oder die Umwelt bewirken wollen, ganz egal was. Daher habe ich begonnen, Designs aus Abfällen zu entwickeln. Das Verfahren unterliegt jedoch einigen Grenzen, sodass die Herstellung nicht skalierbar ist, oder jedenfalls nicht schnell genug für mich. Im nächsten Schritt möchte ich etwas ganz anderes machen, das mit Technologie zu tun hat. Vielleicht eine Lösung für intelligente Städte, vielleicht eine App. Auch wenn ich mich erinnere, einmal gesagt zu haben, dass ich nie im Leben eine IT-Anwendung entwickeln würde. Man weiß also nie! Ich denke, die Zukunft liegt im Technologiesektor. Schneller, besser skalierbar.

Die New Economy – breite Streuung der Nutzen technologischer Innovationen

Das zunehmende Bewusstsein in der Bevölkerung für ethische Fragen wie Nachhaltigkeit, fairen Handel und technische Innovationen hat die Entstehung neuer Wirtschaftsmodelle begünstigt, die Arbeitnehmern und Verbrauchern mehr Alternativen bieten. Diese Modelle fördern zwar ausgewogenere Strukturen und stärken die Entscheidungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger wie auch andere Werte, z. B. das Teilen und ein gemeinsames kreatives Schaffen, sie bieten jedoch keinen Schutz vor ungerechten Regelungen oder potenziellem Rechtsmissbrauch.

Junge Menschen müssen mehr über die Vielfalt ökonomischer Ansätze und Modelle erfahren. Es muss daher verstärkt darauf hingewirkt werden, dass sie Eingang in den Bildungssektor finden. Der rechtliche Status der kollaborativen Wirtschaft befindet sich im Fluss und ihr potenzieller gesellschaftlicher Nutzen geht aus diesem Grund zum Teil verloren. Es ist daher dringlicher denn je, sie in das Steuersystem zu integrieren.

Jungen Menschen fehlen geeignete Arenen, um globale Entscheidungen zu beeinflussen. Eine basisorientierte Initiative von Juniorenfirmen im Umfeld der Universitäten könnte ein Weg sein, junge Menschen in die Beschlussfassungsprozesse einzubeziehen.

39. Verbesserte Bildung und Sensibilisierung für alternative Wirtschaftsmodelle, um die Innovationsfähigkeit in diesem Schlüsselsektor zu stärken

In der Frage alternativer Wirtschaftsmodelle, wie zum Beispiel Genossenschaften, herrscht Konsens, dass junge Menschen zu wenig über deren Funktionsweise wissen. Das Interesse an vielversprechenden Statistiken, die darauf schließen lassen, dass sich diese Modelle auch in Krisenzeiten als robust erweisen, ist groß. Auch sind sie ein echter Beschäftigungsmotor, wobei knapp 50 % dieser Arbeitsplätze von Frauen besetzt sind².

²Internationale Arbeitsorganisation, 2015: Global survey shows rising women's participation in cooperatives (Globale Studie zeigt wachsenden Anteil von Frauen in Genossenschaften) [online]. Abrufbar unter: <http://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_349679/lang-en/index.htm>

Junge Menschen identifizieren sich mit genossenschaftlich organisierten Unternehmen, insbesondere wegen der Werte, die diese vertreten, der ausgewogenen, partizipativen Arbeitsweise, die sie auszeichnet, und wegen der Wirkung, die sie in ihren Sektoren zeigen. In unserer Umfrage sagten 62 % der jungen Menschen, dass sie lieber für ein soziales Unternehmen als ein profitorientiertes Unternehmen arbeiten würden.

Dem mangelnden Wissen über die neuen Wirtschaftsmodelle könnte dadurch entgegengewirkt werden, dass sie in den Lehrplan aufgenommen werden, sodass die Bildungsinstitutionen die Lücke füllen. Das würde die Bildung und Ressourcen junger Menschen erhöhen: Sie wären dann in der Lage, nachhaltige Wirtschaftsstrukturen zu erkunden und selbst zu schaffen. Derzeit bieten Schulen und Universitäten nur wenige oder keine Bildungsinhalte in diesem Bereich an. Darüber hinaus scheint es falsche Annahmen darüber zu geben, in welchen Bereichen Genossenschaften tätig sind: Viele denken, dass sie im landwirtschaftlichen Bereich angesiedelt und für die Industrie irrelevant sind. Generell möchten junge Menschen mehr Kontrolle über ihre Arbeit und mehr Einfluss haben. Sie wünschen sich, dass sich ihre Arbeit positiv auf die Gesellschaft auswirkt.

40. Einbindung der kollaborativen Wirtschaft in das Steuersystem, um ihren gesellschaftlichen Nutzen freizusetzen

Fairer Handel und eine kollaborative Wirtschaft wirken sich in vielerlei Hinsicht positiv auf die Gesellschaft aus. Junge Menschen übernehmen Verantwortung und möchten Verhaltensweisen proaktiv unterstützen, durch die ein gerechteres und nachhaltigeres System entstehen kann.

Laut Edouard Martin, Mitglied des Europäischen Parlaments, ist die Fair-Trade-Branche im Jahr 2015 um etwa 17 % gewachsen. Die Frage, ob sie regelmäßig kollaborative digitale Plattformen für die Vermietung oder den Verkauf von Produkten und Dienstleistungen nutzen würden, bejahten 76 % der befragten jungen Menschen.

Die Zahlen lassen erkennen, dass es sich hier um eine Bewegung handelt, die langfristig Bestand haben wird. Es ist daher an der Zeit, einen Rechtsrahmen für Unternehmen zu schaffen, die sich eine solche Form geben. Das kann eine Herausforderung sein, von jungen Menschen kamen jedoch schon Vorschläge, die optimistisch stimmen. Karim Mustaghni, Kurator des Global Shapers Hub in Frankfurt, erläuterte, wie sich durch Steuern aus der kollaborativen Wirtschaft zwei Ziele unterstützen lassen: die Möglichkeit einer verbesserten Regulierung und gleichzeitig die Investition in das Unternehmertum.

Mustaghni befragte Nutzer von Airbnb, ob sie bereit wären, für diese Dienstleistung höhere Steuern zu entrichten, wenn sie sicher sein könnten, dass dieser zusätzliche Betrag beispielsweise zur Aufstockung von Mitteln genutzt würde, die Unternehmern zugutekämen. Die Antworten fielen sämtlich positiv aus. „Wenn die Leute wissen, wohin ihr Geld fließt, sind sie eher bereit, einen Beitrag zu leisten.“ Der Trend geht eindeutig dahin, auf gesellschaftlicher Ebene mehr zu teilen, und der Nutzen eines kollaborativen Vorgehens wird im Allgemeinen ganz klar gesehen. Der gesellschaftliche Nutzen ist gewaltig – sowohl hinsichtlich der Erfahrungen, die dabei gesammelt werden, als auch hinsichtlich der Einnahmen, die entstehen. Gesetzgebungsinitiativen zur Einbindung der kollaborativen Wirtschaft in das Steuersystem wären daher ein wichtiger Schritt zur Verhinderung unlauterer Praktiken, zum Schutz der Rechte von Nutzern und Arbeitnehmern und zur Schaffung eines freundlichen Umfelds, in dem bestehende Branchen neue Bewegungen nicht bekämpfen müssen.



Ich nutze Online-Plattformen/Apps, um Dinge zu kaufen und zu verkaufen

Niedrig  Hoch

41. Bestärkung von Juniorenfirmen, die Meinung junger Menschen zu Fragen globaler Tragweite anzuhören und zu vertreten

Karl Moore hat es so formuliert: „Die Millennials arbeiten für eine Sache, nicht für den Gehaltsscheck.“ Junge Menschen sind immer mehr dazu bereit, im Einklang mit der globalen Entwicklung an der Wegbereitung für ein besseres System aktiv mitzuwirken. Sie wollen sich für das Gemeinwohl einsetzen.

Dieses Bewusstsein scheint ein Merkmal der Generation der Millennials zu sein: Junge Menschen suchen beständig den Sinn in dem, was sie tun. Natürlich ist Geld wichtig, aber noch größer sei der Wunsch, „Teil eines größeren Ganzen zu sein, das über die eigene Person hinausgeht. Millennials benötigen Orientierung und Sinn – eine interessante Mischung aus Altruismus und Eigeninteresse“, so Moore. Besser könnten die Voraussetzungen gar nicht sein, um junge Menschen in die globalen Herausforderungen unserer Tage aktiv einzubeziehen. Selbst komplexe Debatten des Jugendevents, wie die Debatte über TTIP, waren sehr gut besucht. Das zeigt den wirklichen Willen, sich mit dem Für und Wider auseinanderzusetzen. Juniorenfirmen könnten ein Weg sein, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich Gehör zu verschaffen. Solche Firmen werden im universitären Rahmen derzeit vielfach gegründet. Juniorenfirmen werden von jungen Menschen selbst verwaltet und bieten Unternehmen, Institutionen und der Gesellschaft Beratungsdienste an.

Die EU könnte diese Unternehmungen als Organisationen anerkennen, die im Hinblick auf die Meinung junger Menschen zu verschiedenen Themenbereichen beratend und forschend tätig sind. Die EU ist in diesem Bereich bereits teilweise aktiv. Juniorenfirmen zu fördern und dafür zu sorgen, dass junge Menschen wissen, wie sie sich einbringen können, wäre jedoch ein wichtiger Schritt für mehr direkte Beteiligung der Jugend bei einer Vielzahl von Themen. Es würde auch den Entscheidern stets in Erinnerung rufen, dass junge Menschen in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen sind – von überschaubaren Fragestellungen bis hin zu den größten Herausforderungen.



Interview: Chelsea Rustrum
Beraterin und Autorin von It's a Shareable Life
 Sprecherin auf dem EYE2016

Aus Ihrer Erfahrung als Beraterin heraus: Welche Unternehmen kontaktieren Sie mit dem Wunsch, nachhaltigere Modelle umzusetzen?

Nachhaltigkeit wird immer mehr zu einem Thema, das uns alle betrifft. Unternehmen jeder Größenordnung sind nicht nur gezwungen zu prüfen, inwieweit ihre Geschäftsmodelle sich anpassen und mit der Zeit gehen müssen, sondern auch, wie sich die Folgen ihrer Tätigkeit für die Umwelt, die Erde, andere Menschen und ihr übergeordneter Unternehmenszweck auf die Nachfrage der Verbraucher nach ihren Produkten und Dienstleistungen auswirken. Millennials hinterfragen Unternehmen definitiv und nehmen zunehmend wahr, dass sie über ihre Kaufentscheidungen etwas bewirken können.

Welche Widerstände stehen dem Umstieg von Unternehmen auf innovativere, integrativere und nachhaltigere Modelle entgegen?

Geld. Der Widerstand ist das Geld. Mit anderen Worten: fehlgerichtete Anreize. Ist in der Unternehmenscharta das Ziel festgeschrieben, dass um jeden Preis Gewinne zu erwirtschaften sind, wird sich dieses Unternehmen bei keiner seiner Entscheidungen fragen, was im besten Interesse der Menschen oder der Umwelt ist, sondern nur, wie sich innerhalb möglichst kurzer Zeit ein Maximum an Wert aus einer Transaktion ziehen lässt.

Wir beobachten, dass es immer mehr kollaborative Apps auf dem Markt gibt. Einige dieser Apps sind noch nicht gesetzlich reguliert. Wer ist hier letztendlich der Leidtragende? Sind diese Apps für die Nutzer sicher?

Die Nutzer der kollaborativen Wirtschaft sind auf der sicheren Seite: Sie haben ihren digitalen Fußabdruck als Nachweis ihrer Vertrauenswürdigkeit. Ich würde sagen, dass die Anbieter am meisten zu verlieren haben, insbesondere langfristig. Die Beschäftigungsstrukturen sind so gestaltet, dass nichts die Plattformen daran hindert, die Löhne zu drücken, unlautere Arbeitspraktiken zu verlangen und Arbeitslose oder Unterbeschäftigte auf andere Weise auszubeuten. Im Hinblick auf bestehende Branchen bin ich der Meinung, dass wir mit Hilfe des Internets und der Technologie politische Strategien, die Arbeit an sich, Zertifizierungen, Qualifikationen usw. neu definieren können und auch sollten. Über die derzeitigen Beschäftigten mache ich mir weniger Sorgen, aber auch sie werden sich natürlich anpassen müssen.

Welche Folgen können diese Gesetzeslücken für Arbeitnehmer haben?

Es ist eine Frage der Löhne, der Stundenzahl, des Beschäftigungsstatus, der Versicherung und Haftung, wie auch der Steuern und langfristigen Beschäftigung/Stabilität, besonders wegen des Aspekts der Automatisierung.

Wie lassen sich hier Verbesserungen erzielen? Wer sollte handeln und wie?

Wir benötigen – angesichts der „Gig-Economy“ – eine neue Form des Arbeitnehmertums, damit Menschen, die als Fahrer, Kleinstvermieter oder Zusteller tätig sind, durch arbeitsrechtliche Vorschriften geschützt sind. Darüber hinaus braucht es Steuergesetze, die sich positiv auf die Zukunft der Arbeit auswirken.

Der kollaborativen Wirtschaft wird zugetraut, dass sie einen Wandel des ökonomischen Paradigmas bewirkt. Glauben Sie, dass diese Plattformen wirklich das Potenzial dafür aufweisen?

JA! Wir benötigen Plattformen, bei denen die Werte geteilt werden – um auf allen Ebenen die Mittelsmänner auszuschalten und zu einem direkten Austausch von Werten unter gleichrangigen Partnern zurückzukehren. Als zukunftsweisend sehe ich diesbezüglich Crowdfunding als Firmkapital, die Blockchain und genossenschaftlich organisierte Plattformen an. In diesem Kontext gründen sich Unternehmen, in denen Werte geschaffen, verteilt und denjenigen Nutzern und Anbietern angeboten werden, die diese Werte auch tatsächlich schaffen. Die Uber-Fahrer und Kleinstvermieter auf Airbnb schaffen Werte, daher sollten ihnen auch Rechte am Firmkapital und zum Beispiel auch bei der Führung solcher Unternehmen zustehen. Bei den aktuell bestehenden Plattformen ist das schwer umsetzbar, aber es gründen sich bereits neue, die diese Idee des gemeinsamen Eigentums und gemeinsam geschaffenen Wertes aufgreifen.

Wie ließen sich die ihnen zugeschriebenen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen messen?

B Corp ist schon ein guter Anfang, aber wir müssen noch weiter gehen.

Warum ist das Teilen so machtvoll?

Teilen ist ein machtvoller Vorgang, weil wir dadurch unsere Verbindung miteinander durch Zeit, Raum, Ressourcen, Fähigkeiten und Dinge wahrnehmen und spüren. Sind die Ressourcen, die miteinander geteilt werden, reichhaltig vorhanden, gewinnen wir am Ende alle.

Jede kleine Geste zählt, aber einen wirklichen globalen Wandel erreichen wir nur durch einen Umbau der soziopolitischen Strukturen. Das erfordert ein Umdenken. Was können wir auf persönlicher Ebene tun, um dies zu befördern?

Man muss sich selbst kennenlernen. Fragen Sie sich, woran Ihnen wirklich etwas liegt und wie Sie dieses Anliegen in die Welt tragen können. Finden Sie Wege, sich von der Idee zu lösen, dass Sie sich über Ihr Entgelt definieren, und sehen Sie sich um, wo Sie sich am besten einbringen können. Unser Leben währt nicht lange – man darf sich nicht in Fragen des materiellen Besitzes verlieren und darüber ständig seinen Wert beweisen wollen. Jede Person, die ich jemals getroffen habe, ist glücklicher, wenn sie sich mit ihren Erfahrungen, Beziehungen und ihrer Kreativität an vorderster Front einbringen kann und in allen Bereichen die positive Wirkung bedenkt.

Wie können Bildungs- und politische Institutionen in die Aufgabe der Förderung nachhaltiger Modelle eingebunden werden?

Die Menschen müssen ins Gespräch kommen. Die EYE-Konferenz ist ein großartiger Beginn, aber auch kleinere Diskussionsrunden und Foren sind sinnvoll. Es geht darum, Brücken zu bauen – und zwar viele. So viele Branchen, Menschen und Experten blicken nicht über den Tellerrand hinaus. Bringen Sie Menschen aus allen Schichten und Berufsgruppen zusammen, damit sie sich austauschen. Im Austausch wird klarer, wie sich die Menschen eventuell gegenseitig helfen können – wirken Sie hier als Katalysator.



Kreativität fördern - das Potenzial junger Leute entwickeln

Ein Kommentar des Europäischen Jugendforums

Das Potenzial junger Menschen für Kreativität und Innovation ist grenzenlos. Junge Menschen haben Ideen, Energie und Engagement. Aber durch einen Mangel an Stabilität, Investitionen und Unterstützung werden sie daran gehindert, ihre Kreativität voll auszuschöpfen. Entscheidungsträger setzten auf das Unternehmertum als Weg aus der Arbeitslosigkeit. Aber ohne den notwendigen Rückhalt und Investitionen verurteilen wir junge Menschen zum Scheitern. Genauso wie frühere Generationen brauchen junge Menschen Beistand und Sicherheit. Sie brauchen die Werkzeuge und das Umfeld, um loszulegen, aber auch Absicherung, falls sie scheitern.

Um die Herausforderungen eines ständig wandelnden Arbeitsumfeldes zu bewältigen und das Innovationspotenzial der jungen Leute Europas zu fördern, ist folgendes nötig:

Investitionen in das Innovationspotenzial junger Menschen

Investitionen in das Potenzial junger Menschen wurde als eine der entscheidenden Lösungsansätze für Europa identifiziert, wenn es darum geht den Herausforderungen zu begegnen, die sich durch die große Dynamik sozialer, wirtschaftlicher, technologischer und demografischer Umwälzungen ergeben.

Junge Menschen stellen ungefähr 20% der europäischen Gesamtbevölkerung dar. Trotzdem scheint es so, dass sie nicht als Priorität betrachtet werden. Die EU investiert wesentlich mehr in Sektoren wie Landwirtschaft, als in ihre Zukunft und in das Bildungs- und Sozialkapital junger Menschen. Um den schwierigen sozialen Bedingungen in Europa zu begegnen, die besonders negative Auswirkungen auf die junge Generation haben, bedarf es dringend mehr Förderung für Innovationen in Europa und einer Verbesserung des Bildungs- und Sozialkapitals junger Menschen. Investitionen in das innovative Potential junger Leute den Vorrang zu geben ist unumgänglich, um diese Balance wiederherzustellen.

Rechtzeitige und effektive Investitionen in die Jugend sind der Schlüssel zu Europas Wohlstand, sowohl im wirtschaftlichen als auch im sozialen Sinne. Die Jugendarbeitslosigkeitsraten sind weiter auf erschütternden Niveaus, die zur steigenden Armut, sozialer Ausgrenzung und zu einer Steigerung der Ungleichheit führen. Bei fast 5 Millionen arbeitslosen Jugendlichen in Europa sollte ein besonderer Schwerpunkt auf Investitionen liegen, die Qualitätsjobs für junge Leute schaffen.

Jugendorganisationen als Laboratorien für soziale Innovation anerkennen

Jugendorganisationen sind als Gestaltungsräume identifiziert worden, in denen junge Leute ihr ganzes Potenzial entfalten können und somit Nutzen für die gesamte Gesellschaft schaffen. Jugendorganisationen stellen eine Schlüsselkomponente

der Zivilgesellschaft in Europa dar, und als solche beschäftigen sie sich mit vielen gesellschaftlichen Herausforderungen, wie sozialen Problemen und Umweltfragen, dem Zugang zu Bildung und der sozialen Einbeziehung.

Indem Jugendorganisationen zum Erlernen von Fähigkeiten und zur Änderung der Einstellung junger Leute beisteuern, tragen sie auch zur persönlichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung bei. Dies kann helfen, die zukünftigen Herausforderungen Europas, wie die Jugendarbeitslosigkeit, der Verlust sozialer Kohäsion und die Politikverdrossenheit, zu bewältigen. **Die Stärke von Jugendorganisationen steuert direkt zur sozialen und wirtschaftlichen Stärke Europas bei, und muss als wichtiger Akteur in der Förderung von Qualitätsjobs für junge Leute** und in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gesehen werden, vor allem in einer Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Nachhaltige Geschäftsmodelle fördern und unterstützen: Jugendkooperativen

Jugendkooperativen stellen ein Werkzeug dar, um gemeinsame europäische Herausforderungen anzugehen. Sie schaffen einen Raum für soziale Innovation und demokratische Geschäftsentwicklung, in dem junge Menschen innovative Ideen entwickeln können.

Kooperativen werden durch Nachhaltigkeit und langfristige Entwicklungsperspektiven motiviert. Der Aufbau eines kooperativen Geschäfts stellt eine große Chance für junge Menschen dar, um sich selbst beruflich zu entwickeln und zugleich dazu beizutragen, gesellschaftliche Herausforderungen anzupacken. Kooperative Unternehmen sind eine wichtige Quelle für Beschäftigung und könnten daher eine Möglichkeit für viele junge Menschen darstellen, die in den Arbeitsmarkt kommen und Fähigkeiten erlangen möchten. Bisher ist die Zahl der jungen Menschen, die in Kooperativen arbeiten, immer noch relativ gering: Weltweit umfassen Kooperativen schätzungsweise insgesamt 100 Millionen Arbeitsplätze.

Angesichts neuer, wachsender Herausforderungen, wie der Migration, großen gesellschaftlichen Unterschieden und der Radikalisierung von abgehängten Teilen der Gesellschaft, braucht Europa mehr Innovation. Daher ist es sehr wichtig, in junge Menschen und in Jugendorganisationen zu investieren. Europa muss den Wert und den Beitrag der Jugendorganisationen für das Wohlergehen unserer Gesellschaft und als Katalysatoren für Innovation anerkennen. Jugendorganisationen wollen eine Vision davon zeigen, wie sich eine Gesellschaft verändern soll, in der junge Menschen und ihre Organisationen weiterhin eine zentrale Rolle spielen und die ihre Leistungen anerkennt.

Scheitern oder Erfolg: Neue Wege für ein **nachhaltiges** Europa

Der Klimawandel ist das größte Problem von existentieller Tragweite, vor das sich die Menschheit gestellt sieht. Nur durch wirklich tatkräftiges Handeln und engagierte Zusammenarbeit können wir diese Herausforderung bewältigen. Zwar sind die Widerstände groß, die jungen Menschen sind jedoch fest entschlossen, Änderungen zu bewirken. Durch lokalen Konsum und Maßnahmen, die auf lokaler Ebene ansetzen, können junge Menschen die Treibhausgasemissionen Europas nachhaltig verringern.

Die Themen im Programm von EYE 2016 reichten von CO₂-armer Wirtschaft, fairem Handel, Tierschutz, Kreislaufwirtschaft und Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Hunger bis zur Infragestellung der Nachhaltigkeit des Lebens auf unserem Planeten aus der Weltraumperspektive. Alle diese Themen sind von großer Bedeutung, und die jungen Menschen wurden ermuntert, darüber zu diskutieren, was getan werden könnte, um eine nachhaltigere Gesellschaft für sich und nachfolgende Generationen aufzubauen.

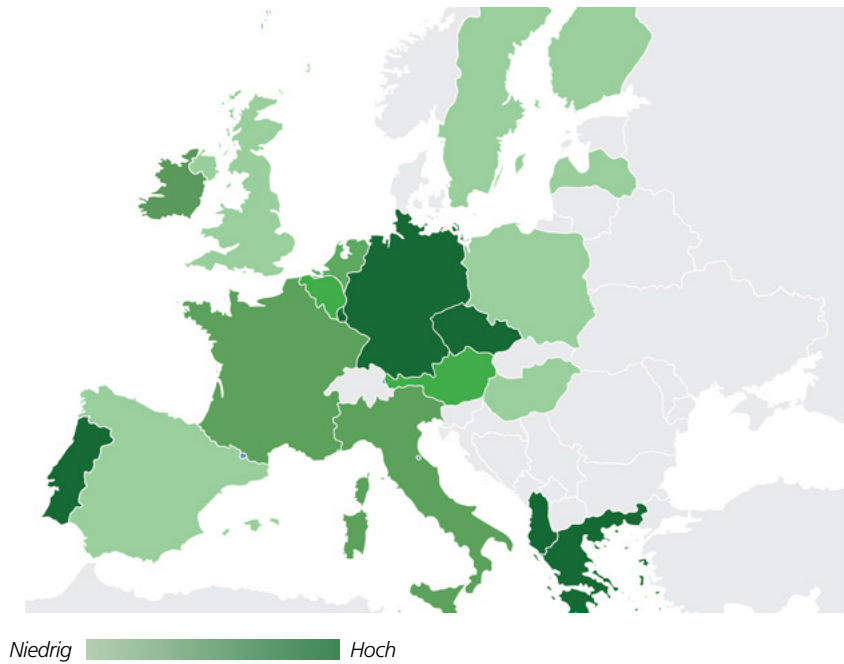
Klimawandel – eine Chance auf Veränderung durch eine neue Generation

Von allen Themen, die junge Leute betreffen, ist der Klimawandel das dringendste Problem mit potenziell katastrophalen Folgen Überschwemmungen, unberechenbare Wetterphänomene und Stürme von zunehmender Zerstörungskraft richten in einigen der ärmsten Regionen nicht nur in Europa, sondern weltweit Unheil an. Der Klimawandel kann nicht ohne die Perspektive eines Übergangs zu mehr Nachhaltigkeit diskutiert werden. Dabei geht es unter anderem um die Frage, wie wir in Zukunft unsere Häuser beheizen oder den Arbeitsweg zurücklegen werden und wie das Bewusstsein für die Bedrohung, die der Klimawandel darstellt, in der Gesellschaft insgesamt gesteigert werden kann.

Die Vereinten Nationen haben Ziele für eine nachhaltige Entwicklung vorgelegt, aber was kann getan werden, damit sichergestellt ist, dass diese bis 2030 auch erreicht werden? Und wie können junge Menschen dazu beitragen? Es besteht dringender Bedarf zur Umgestaltung der Energiepolitik in Europa. Auch muss für mehr Nachhaltigkeit im Alltag gesorgt werden. Darüber hinaus muss Europa sich ernsthaft um eine Bekämpfung des Klimawandels bemühen, ambitionierte Emissionsreduktionsziele festlegen und Programme, zum Beispiel für den Bau klimaneutraler Gebäude, fördern. Es besteht der klare Wille, den Übergang zu mehr Nachhaltigkeit zu gestalten – und zwar bei Menschen jedes Alters, nicht nur bei der Jugend.



Unsere führenden Politiker tun nicht genug gegen den Klimawandel (nach Ländern)



42. Zusammenführung von Energieressourcen und Investitionen in intelligente Netze, um den wachsenden Energiebedarf von Europa zu decken

EU-weit stellt Energie die Funktionsfähigkeit der Länder sicher. Energie ist somit ein unverzichtbarer Faktor. Einige Länder verfügen über verschiedenste Energiequellen, darunter auch erneuerbare Energien wie Wind-, Gezeiten- und Solarenergie, und haben entsprechend wenig Probleme mit ihrer Energieversorgung. In anderen Ländern ist Energie ein knappes Gut und der Bedarf wird zum Teil über fossile Brennstoffe gedeckt. Ein Lösungsansatz besteht in dieser Frage darin, die Energiequellen europaweit zusammenzuführen. So könnten zum Beispiel Windenergie aus Dänemark und Solarenergie aus Spanien in ein zentrales Netz eingespeist werden, zu dem alle Mitgliedstaaten Zugang haben. Auf diesem Weg stünden erneuerbare Energien allen zur Verfügung. Die EU arbeitet derzeit Vorschläge für die Schaffung eines solchen Systems aus¹. Es kann jedoch noch mehr getan werden, um Anreize für den Übergang zu saubereren Energiequellen zu schaffen, damit der Energiebedarf Europas durch erneuerbare Energien gedeckt wird. Darüber hinaus beabsichtigt Europa, auf sogenannte „intelligente Stromnetze“ umzusteigen, eine Infrastruktur für Elektrizität, die hochgradig digitalisiert ist. Das könnte mehr Schutz vor potenziellen Cyberangriffen bieten und dazu beitragen, dass sich die Leistungsdaten genauer beziffern lassen.

43. Weiter reichende Zusagen zur Bekämpfung des Klimawandels und ambitioniertere Ziele – Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 80 % bis 2030

Der Klimawandel ist eine globale Bedrohung. Viele europäische Länder nehmen das Thema sehr ernst, aber es gibt nach wie vor Bedenken. Ein Blick auf unsere Umfrage zeigt, dass knapp 60 % der jungen Menschen auf der EYE-Konferenz der Meinung waren, dass die globale Führungselite ihre Versprechen im Bereich des Klimawandels nicht einhält.

Ein Weg bestünde in der Zusage einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 80 % bis 2030. Erforderlich wären dafür unter anderem der Übergang zu erneuerbaren Energien und Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr, um die CO₂-Emissionen zu verringern. Das klingt zunächst nach einem ehrgeizigen Ziel. Es besteht jedoch bei den Nachbarn der EU der klare Wille zur Senkung ihrer Emissionen: Norwegen hat vor kurzem bekundet, dass es beabsichtigt, bis 2030 klimaneutral zu werden.

44. Wiederaufnahme des klimaneutralen Bauens in die Planung, um ein EU-weites Projekt für energieeffiziente Gebäude zu entwickeln

Vor einigen Jahren kündigte die britische Regierung an, klimaneutrales Bauen fördern zu wollen. Die Initiative wurde dann jedoch auf Eis gelegt. Trotz dieses Rückschlags wurde im Bereich der Planung energieneutraler Gebäude umfassend geforscht.

Die EU könnte eine Wiederaufnahme dieses Versuchs durch ihre Zusage für ein EU-weites kohlenstoffreies Bauen unterstützen. Dadurch wäre eine höhere Energieeffizienz von Gebäuden sichergestellt und dieser Aspekt würde zu einem wesentlichen Bestandteil der Bauplanung werden.

¹Europäische Kommission, 2015: Ein vollständig integrierter Energiebinnenmarkt [online]. Abrufbar unter: <https://ec.europa.eu/priorities/energy-union-and-climate/fully-integrated-internal-energy-market_de>



.@MaireadMcGMEP Renewables and circular economy offer many new job opportunities for young people #EYE2016 #EYEv

Interview: Swaroop Rao

GameChangers, KIC InnoEnergy - Sprecher auf dem EYE2016

Aus Ihrer beruflichen Erfahrung heraus: Welche politischen Maßnahmen sollte die EU Ihrer Meinung nach fördern, um den Klimawandel zu bekämpfen und die Nachhaltigkeit zu erhöhen?

Ich denke, die EU sollte auf die Förderung der sogenannten Europäischen Energieunion hinarbeiten und den Zusammenschluss der verschiedenen Energiemärkte vorantreiben. Dann kann in Portugal erzeugte Windenergie in Bulgarien und Solarenergie aus Griechenland in Finnland genutzt werden. Die wirtschaftliche Integration und die effiziente Zusammenführung der Infrastruktur müssen Priorität haben.

Ist die Lösung für mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit Ihrer Meinung nach eher eine gesellschaftliche oder eine ordnungspolitische Frage?

Letztendlich ist es eine gesellschaftliche Frage, aber natürlich hat die Politikgestaltung in gewissem Umfang Einfluss auf die Einstellung und das Verhalten in der Gesellschaft. Das ist wichtig. Eine eventuelle Regulierung muss meiner Meinung nach sozial gerecht sein und es muss ein ausgewogenes Verhältnis zwischen wirtschaftlicher Gerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit geben. Diese beiden Aspekte gehen nämlich keineswegs Hand in Hand, sondern stehen oft im Konflikt zueinander.

Nicht alles muss auf europäischer Ebene reguliert werden; ein breit gefasster Rahmen ist unter Umständen schon ausreichend. Es könnte verschiedene Formen einer Kompetenzenteilung geben, z. B. in der Frage, wie viele Befugnisse die einzelnen Regierungen bei Fragen wie dem Zugang zu Informationen zum Thema Energie für Verbraucher haben. Solche Aspekte könnten auf lokaler Ebene geregelt werden.

In welche saubere Energieform sollten wir Ihrer Meinung nach investieren und warum?

Das hängt natürlich vom jeweiligen Land ab. Jedes Land hat seine ganz eigenen Stärken und Schwächen. Es wäre zum Beispiel töricht, in Finnland Solaranlagen zu errichten. Neben der Energiegewinnung sollten wir uns auch mehr auf die Energiespeicherung und intelligente Stromnetze konzentrieren – das ist meiner Meinung nach noch wichtiger, da zunehmend erneuerbare Energien in das System fließen. Das stellt eine fundamentale Herausforderung für die Integrität des Versorgungsnetzes selbst dar, sowohl auf wirtschaftlicher als auch technischer Ebene. Daher denke ich, dass wir uns auf Energien und intelligente Stromnetze konzentrieren müssen.

Wie wichtig sind junge Menschen in dieser Bewegung?

Junge Menschen wachsen heutzutage bereits ganz selbstverständlich mit dem Konzept der Nachhaltigkeit auf und haben es daher bis zu einem gewissen Grad schon verinnerlicht. Die Herausforderung wird darin bestehen, es weiterzuentwickeln. Wenn Sie einer Person, die zu Zeiten des Ölbooms aufgewachsen ist, von der Umweltbewegung erzählen, ernten Sie unter Umständen verständnislose Blicke, da die Person die Relevanz Ihres Anliegens nur schwer nachvollziehen kann, aus gutem Grund. Unsere Generation wächst bereits damit auf, den Umweltaspekt bei jeder Entwicklung zu bedenken, daher glaube ich, es wäre positiv, dies weiter auszubauen.

Welche technologischen Trends zur Verbesserung der Nachhaltigkeit und zur Bekämpfung des Klimawandels überzeugen Sie am meisten?

Am überzeugendsten finde ich die intelligenten Stromnetze. Dort wird der technische Aspekt der Energiegewinnung mit Informationstechnologie verknüpft, wodurch der Energieinformationsfluss transparenter und für Verbraucher und Unternehmen zugänglich wird. Intelligente Stromnetze wirken sich nicht nur für die Verbraucher positiv aus, sondern auch auf das Versorgungssystem insgesamt. Der größte Vorteil liegt darin, dass intermittierend erzeugte erneuerbare Energien über intelligente Netze besser in das Versorgungsnetz integriert werden können.

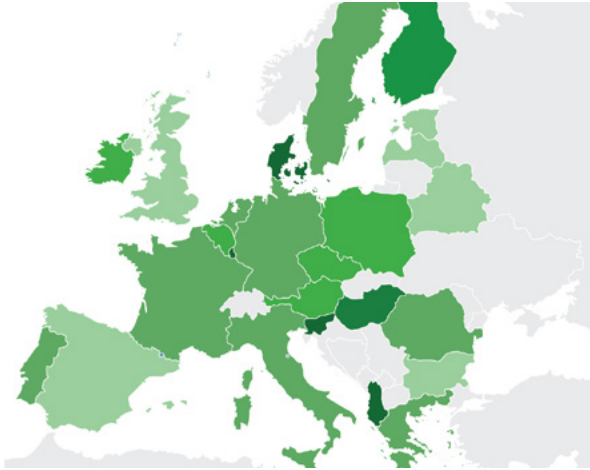
Fairer Handel – ein Kulturwandel, in dessen Zentrum die Jugend steht

Fairer Handel hat als Thema vor kurzem Aktualität erlangt und unter jungen Menschen für viel Diskussionsstoff gesorgt. Die Lebensmittel- und die Modebranche beschäftigen sich zunehmend mit fairem Handel. Der Unterschied im Preis wie auch die eingeschränkte Auswahl sind in Bezug auf junge Konsumenten für die Branche relevant.

Die Fair-Trade-Branche muss Verbesserungen anstreben, wenn sie für junge Verbraucher attraktiv sein will. Europa muss die Bevölkerung besser über den fairen Handel aufklären, seinen Bürgerinnen und Bürger Handlungsspielräume aufzeigen und darüber informieren, wie die Branche Verbesserungen erreichen kann. Die Rechte von Arbeitnehmern außerhalb der EU dürfen uns nicht gleichgültig sein. Es geht darum, Armut zu bekämpfen und die Nachhaltigkeit zu fördern. Fairer Handel ist ein Weg zu diesem Ziel. Die EU muss jedoch mehr dafür tun, auf Ausbeutung beruhende Lieferketten zu verhindern.

45. Schaffung einer Rechtslage zur Verankerung des fairen Handels, um für stabile und gerechte Märkte zu sorgen

In den letzten Jahren stand die Fair-Trade-Branche zunehmend im Mittelpunkt des Interesses. Eines der Hauptprobleme der Erzeuger im Fair-Trade-Sektor sind jedoch die niedrigen Preise,



Junge Menschen geben sich bewusst Mühe, Produkte aus fairem Handel/biologischem Anbau zu kaufen

Niedrig Hoch

insbesondere in der Kaffeeerzeugung, was bedeutet, dass Eigner kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe weniger verdienen. Um hier Abhilfe zu schaffen, sollte die Europäische Union darauf hinwirken, dass der faire Handel zur Norm wird, und auch mit den Erzeugerländern zusammenarbeiten, damit sichergestellt ist, dass die Kaffeeerzeugung sich stabil entwickelt und die Preise für Kleinbauern nicht fallen. Zu diesem Zweck könnten Einführer aus Europa darin bestärkt werden, in ihren Lieferketten nur Kaffee aus fairem Handel einzukaufen. Das könnte sich wiederum günstig auf die Wettbewerbsfähigkeit im fairen Handel auswirken.

46. **Kleidung aus fairem Handel für mehr Qualität statt Quantität, um die Vermarktung von Kleidung über den Preis zu verbessern**

Erzeugnisse aus fairem Handel sind in der Regel teurer als andere Produkte auf dem Markt. Nicht jeder möchte oder kann jedoch mehr Geld ausgeben, und im Zweifelsfall würden sich viele für die günstigere Variante entscheiden. Hier könnte mehr getan werden, um Modemarken darin zu bestärken, ihre Kleidung auf Basis des Preis-/Leistungsprinzips zu vermarkten und den Aspekt der Langlebigkeit von Fair-Trade-Kleidung in den Vordergrund zu stellen: Qualität vor Quantität. Die Herstellung hochwertiger Produkte wird einen Wandel herbeiführen. Es sollte mehr in die Qualität und Vielfalt von Produkten investiert werden. Bei Kleidung aus fairem Handel wird bisweilen bemängelt, dass sie nicht der neuesten Mode entspricht. Fair-Trade-Produzenten sollten sich beim Stil ihrer Kleidung nach den Vorlieben der Verbraucher richten. Andererseits sollten die Verbraucher auch für die Herstellungskosten sensibilisiert und darin bestärkt werden, etwas mehr auszugeben, um hochwertige Produkte zu erhalten.

Die EU könnte hier unterstützend wirken, indem sie für Einzelhändler, die hochwertige Kleidung vertreiben, Anreize setzt, in den fairen Handel einzusteigen. Es könnte zum Beispiel eine Steuer für Unternehmen eingeführt werden, die keine fairen Lieferketten nutzen, und im Gegenteil Steuernachlässe und Beihilfen für alle anderen. In ähnlicher Weise könnte die EU Handelszölle für Unternehmen aus Drittstaaten erhöhen, die auf dem EU-Markt Kleidung verkaufen, die nicht aus fairem Handel stammt.

47. Verstärkte Einführung von Verhaltenskodizes als Vorbild für andere Marken und Festlegung von Standard-Verfahrensregeln

Für einen Großteil der Arbeitskräfte weltweit gelten quasi keine Sicherheitsnormen und Verfahrensregeln. Dass bisher kaum Unternehmen bereit sind, diesbezüglich eine Vorbild- und Vorreiterfunktion einzunehmen, hat das Problem noch verschärft. Fabriken in Entwicklungsländern sind nicht in der Lage durchzusetzen, dass ihre Kunden Fair-Trade-Praktiken unterstützen, und die Marken übernehmen nicht in ausreichendem Maße Verantwortung für die Bedingungen, unter denen ihre Produkte hergestellt werden. Verschärft wird dieses Problem dadurch, dass die Verbraucher wenig über die Lieferketten, durch welche die Kleidung den Weg zu ihnen findet, wissen. Die EU sollte daher mehr tun, um auf Verhaltenskodizes hinzuwirken und Positivbeispiele von Marken hervorzuheben, die sich aktiv dafür einsetzen, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer zu verbessern, die ihre Produkte in den Entwicklungsländern anfertigen. Es wäre zudem auch mehr Einsatz möglich, damit die Lieferketten faire Arbeitgeber bestärken und Anreize für Unternehmen geschaffen werden, die sicherstellen, dass die Arbeitnehmer für ihre Arbeit auch ausgebildet und ordentlich entlohnt werden und zu angemessenen Bedingungen arbeiten. Einige Marken haben diesbezüglich eine Vorreiterrolle übernommen und damit begonnen, Verhaltenskodizes umzusetzen und Frauen in den Betrieben zu schulen, sodass diese ihre Fähigkeiten weiterentwickeln. Das sollte als Vorbild in der Branche dienen und zu besseren Standards führen.

Lebensmittel – veränderte Lebensweisen und eine Chance für besseren Konsum

In den letzten Jahren hat sich die Art und Weise, wie wir konsumieren und Lebensmittel wertschätzen, drastisch verändert. Vegetarische und vegane Lebensweisen sind inzwischen weit verbreitet und es besteht mehr Nachfrage nach Bioprodukten: Das hat Folgen für die Produktvermarktung und den Verkauf.

Kauf lokal erzeugter Lebensmittel, mehr Aufklärung über die Notwendigkeit von Nachhaltigkeit in Schulen, Einführung einer Transaktionssteuer zur Finanzierung nachhaltiger Anbaumethoden in den Entwicklungsländern: Diese Vorschläge kamen von jungen Menschen. Sie glauben, dass sich damit mehr Nachhaltigkeit erreichen lässt.

48. Kauf lokal erzeugter Lebensmittel: Verbraucher bestärken, lokale Lebensmittel zu kaufen, um die CO2-Bilanz zu verringern und die lokale Erzeugung zu fördern

Zu den größten Erfolgen der Europäischen Union gehört die Förderung einer EU-weit starken Landwirtschaft. Das hat zu einem EU-weiten Handel geführt, aber auch zu einer Massenproduktion zu Lasten der Umwelt und der Tiergesundheit.

Viele junge Menschen haben daher zum Ausdruck gebracht, dass lokal erzeugt und lokal konsumiert werden muss, damit Lebensmittel nicht durch die gesamte EU transportiert werden muss. Eine Idee zur Förderung der lokalen Erzeugung wäre die Einführung eines EU-weiten Systems zur Kennzeichnung lokal erzeugter Lebensmittel. Diese Idee wurde teilweise bereits mit dem EU-Umweltzeichen umgesetzt, das Verbrauchern dabei hilft, Bio-Produkte und -Dienstleistungen mit höherer Umweltverträglichkeit zu erkennen. Die Einführung eines gesonderten Siegels für lokale Erzeugnisse würde nicht nur eine Verringerung der CO₂-Emissionen bewirken, sondern auch lokal ansässige Unternehmen stärken.

49. Unterricht zum Thema Nachhaltigkeit und gesunde Lebensführung in der Schule, damit junge Menschen in der Lage sind, sich bewusst zu entscheiden, was sie kaufen und essen

Damit der Konsum von massenproduzierten Lebensmitteln zurückgeht, ist Aufklärung der Dreh- und Angelpunkt. Fehlt Menschen das Wissen über Alternativen oder die gesundheitlichen Vorteile verschiedener Lebensweisen, ist die Wahrscheinlichkeit geringer, dass sie sich dafür entscheiden. In diesem Zusammenhang könnte die EU Kurse und Seminare fördern, in denen die Vor- und Nachteile verschiedener Lebensweisen erläutert werden, einschließlich Informationen über Bioprodukte, verarbeitete Lebensmittel und Massenproduktion.

Je mehr Informationen die Menschen erreichen, desto bewusster können sie beim Einkaufen ihre Wahl für oder gegen Produkte treffen. In einigen Ländern werden Kurse zum Thema Nachhaltigkeit bereits für achtjährige Kinder angeboten. Durch diese Programme lernen Kinder schon von klein auf, ihr Leben nachhaltiger zu gestalten. Die EU sollte Nachhaltigkeit als verbindlichen Unterrichtsinhalt in Schulen vorschreiben, damit die kommenden Generationen schon ab einem frühen Alter darüber aufgeklärt werden.

50. Bekämpfung des Hunger in der Welt durch Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Kampagnen, zum Beispiel für eine bessere Selbstversorgung von Bauern

Armut und Hunger sind in vielen Entwicklungsländern nach wie vor sehr präsent. Die EU sollte mehr dafür tun, Regionen zu unterstützen, die unter Dürre und Hunger leiden. Dazu sollte eine Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,1 % eingeführt werden, um Einnahmen zu generieren, die dann zur Finanzierung globaler Kampagnen gegen den Hunger eingesetzt werden. Das Geld könnte darin investiert werden, die lokale Bevölkerung in nachhaltiger Landwirtschaft zu schulen und sie dabei zu unterstützen, sich selbst zu versorgen. Dies würde die Abhängigkeit von einer Unterstützung von außen verringern, die in wirtschaftlich schlechten Zeiten unter Umständen Gefahr läuft, eingestellt zu werden.

Das wäre eine innovative und kollektive Kampagne, die denjenigen Ressourcen zukommen lässt, die sie am meisten benötigen.

Scheitern oder Erfolg: Neue Wege für ein nachhaltiges Europa *Kommentar des Europäischen Jugendforums*

Welches Thema könnte für die jungen Menschen in Europa wichtiger sein als die Frage der nachhaltigen Entwicklung? Und doch es ist in der Tat so, dass genau dieser Aspekt häufig zugunsten kurzfristiger politischer Vorteile vernachlässigt oder von politischen Entscheidungsträgern wie auch jungen Menschen falsch verstanden wird.

Nachhaltige Entwicklung, die auf die Bedürfnisse der heutigen Generationen Rücksicht nimmt, ohne die Möglichkeit der nachfolgenden Generationen einzuschränken, auch die ihren zu erfüllen, erfordert eine langfristige Planung und ein konzertiertes, bereichsübergreifendes Handeln. Erforderlich ist, dass unser Wirtschaftssystem im Dienste der Menschen und unseres Planeten steht, nicht umgekehrt. Erforderlich ist, dass sich unsere Wirtschaft harmonisch mit unserer Gesellschaft und unserer Umwelt zusammenfügt. Es gilt, die Grenzen unserer Erde und die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen zu respektieren, wie auch Menschenrechte und soziale Belange zu berücksichtigen.

Eine nachhaltige Entwicklung betrifft alle Lebensbereiche, und mit dieser Querschnittsaufgabe sollte im Bemühen um eine solche Entwicklung das gesamte Spektrum der EU-Politikbereiche befasst werden, unter anderem auch die auf dem Europäischen Jugendevent vertretenen: Politik für Frieden, Inklusion, Teilhabe und Innovation.

Vor dem Hintergrund einer humanitären Krise, die sich mit wachsender Dringlichkeit an den Außengrenzen Europas und innerhalb der europäischen Grenzen abspielt, der Bedrohungen durch den Klimawandel, zunehmender Ungleichheit, wachsenden Misstrauens gegenüber der Politik und der politischen Klasse und eines Anstiegs des Extremismus wird deutlich, dass das heutige Wirtschafts- und Politiksystem für unseren Planeten oder seine Menschen, insbesondere die Jugend, ungeeignet ist. Es war noch nie dringlicher, auf tief greifende Veränderungen und eine nachhaltige Entwicklung hinzuarbeiten: für Europa und die gesamte Welt, für die jungen Menschen und für zukünftige Generationen.

Im Rahmen des Europäischen Jugendevents 2016 hatten junge Europäer die Möglichkeit, sich über die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung und die Bausteine ihrer Umsetzung auszutauschen, und dabei die großen europäischen Themen unserer Zeit mit der Frage der nachhaltigen Entwicklung zu verknüpfen. Die Diskussionen und Aktivitäten zu diesem Thema kreisten um Klimawandel, Handelsabkommen, nicht nachhaltige Konsumgewohnheiten, politischen Extremismus, Lebensmittelverschwendung, Ökosysteme und alternative Wirtschaftsmodelle. Diskutiert wurden individuelle Maßnahmen, die jeder von uns ergreifen kann, damit Nachhaltigkeit einen zentralen Platz in unserem Leben einnimmt, ein notwendiger Politikwechsel und Regierungsverantwortung, oder auch ein kompletter Umbau unseres gesamten Wirtschafts- und Politiksystems.

EYE hat den Teilnehmern ein Forum geboten, um die Antwort der globalen Gemeinschaft auf die Herausforderung der nachhaltigen Entwicklung und die diesbezüglichen Zusagen der Europäischen Union im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu erörtern. Diese globale Agenda soll eine tief greifende Änderung bewirken und die Welt bis zum Jahr 2030 auf den Weg zu mehr Nachhaltigkeit bringen. Es handelt sich um ein auf 15 Jahre angelegtes Rahmenwerk, das die Europäische Union vereinbart hat und unterstützt. Die EU muss nun ambitioniert daran arbeiten, die Agenda hier in Europa und in Unterstützerländern außerhalb Europas umzusetzen, wenn nachhaltige Entwicklung Wirklichkeit werden soll. Dazu braucht es Folgendes:

Eine konzertierte, kohärente und ambitionierte Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Die Europäische Union hat bei den Verhandlungen zur Agenda 2030 eine führende Rolle gespielt. Nun muss sie auch bei der Umsetzung auf breiter Front Vorreiterin sein: Dabei sind die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Politikbereichen zu berücksichtigen. Soziale und Umweltbelange müssen genauso viel Gewicht wie die Belange der Wirtschaft haben. Die Agenda bietet die Möglichkeit, sich

den Herausforderungen, vor denen Europa steht, mit einem integrierten Ansatz zu stellen und die Grundursachen der Probleme anzugehen. Es liegt jedoch an der Europäischen Union, eine Strategie zu entwickeln, wie diese Chance am besten genutzt werden kann. Vorrangig sind die Regierungen und Institutionen für die Umsetzung der Agenda 2030 verantwortlich, und die jungen EYE-Teilnehmer haben erkannt, dass mehr getan werden muss.

Abkehr von nicht nachhaltigen Praktiken

Die derzeitigen und früheren Generationen haben durch nicht nachhaltige Wirtschaftspraktiken ohne Rücksicht auf Langzeitfolgen die Zukunft der Jugend aufs Spiel gesetzt. Fehlende Nachhaltigkeit beim Konsum, der Produktion, dem Handel und den Investitionen gefährden die Zukunft der Menschen und unseres Planeten. Hier muss dringend gehandelt werden, damit beim Zugang zu und dem Verbrauch von Ressourcen mehr Gleichberechtigung erreicht wird. Die Europäische Union hat hier eine besondere Verantwortung, tätig zu werden, und jungen Menschen kommt eine wichtige Rolle dabei zu, auf die notwendigen politischen Veränderungen hinzuwirken.

Umfassende Investitionen in junge Menschen als ausschlaggebende Akteure für eine nachhaltige Entwicklung

Junge Menschen sind zwar in Europa in der Minderheit, global gesehen ist diese Generation junger Menschen jedoch die größte in der Geschichte der Menschheit. Junge Menschen sind als „Fackelträger“ der Agenda 2030 bezeichnet worden. Sie werden in den kommenden Jahren die Agenda und ihre Grundsätze voranbringen müssen. Damit sie dieser Rolle gerecht werden können, muss konkret in die Jugend investiert werden. Investitionen in hochwertige Bildung und in die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, in die Sozialversicherung und den Sozialschutz sind erforderlich. Junge Menschen in Europa sehen sich diskriminierenden Praktiken ausgesetzt, haben ein höheres Risiko für Armut und soziale Ausgrenzung und sind die Hauptleidtragenden der Wirtschaftskrise und der Sparprogramme. Wenn junge Menschen – jetzt und in Zukunft – entscheidend zum Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen sollen, muss sich das ändern.

Aufklärung über nachhaltige Entwicklung und Sensibilisierung für die Agenda 2030 und die zugehörigen politischen Fragestellungen

Es kann von der Jugend nicht erwartet werden, dass sie zur Agenda 2030 und zum Ziel einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt, wenn sie nicht über die Agenda und ihre Themen informiert wird. Die Europäische Union und die Regierungen der Mitgliedstaaten sollten die Agenda 2030 und die Zusagen, die sie in diesem Zusammenhang gemacht haben, erläutern sowie die Aufklärung über nachhaltige Entwicklung zur Priorität erklären. Durch Bildungsangebote zu nachhaltiger Entwicklung, in formalen und nicht formalen Bildungskontexten, können sich insbesondere junge Menschen mit ihrer Rolle und Verantwortung in einer globalen Welt und ihrem Beitrag zu mehr sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit auseinandersetzen.

Beteiligung von jungen Menschen und Jugendorganisationen

Der Beitrag junger Menschen ist von großer Bedeutung, damit eine nachhaltige Entwicklung Wirklichkeit wird. Daher ist die aktive Beteiligung junger Menschen an den Beschlussfassungsprozessen umso wichtiger. Junge Menschen sollten in die Lage versetzt werden, an der Umsetzung der Agenda 2030, insbesondere an der politischen Gestaltung dieser Umsetzung, und an der Überwachung und Überprüfung der Fortschritte dieser Agenda mitzuwirken und die Regierungen in die Verantwortung zu nehmen. Zahlreichere, vertiefte Partnerschaften zwischen Regierungen und Jugendorganisationen, eine höhere Beteiligung der Jugend an der Beschlussfassung in sozialen, ökologischen, politischen und wirtschaftlichen Belangen und mehr Investitionen in Jugendorganisationen sowie ihre Anerkennung sind dringend erforderlich.



Das sind die Verfasser

Die Europäische Jugendpresse (European Youth Press, EYP), eine Dachorganisation für junge Journalisten in Europa, der mehr als 60 000 Journalisten und andere Medienschaffende angehören, organisiert zahlreiche Veranstaltungen für junge Journalisten, fördert die Rolle der Jugendmedien und die Pressefreiheit in Europa und bringt sich EU-weit in Diskussionen zu Standards in der Journalistenausbildung und zur Medienpolitik ein. Die EYP hat ein Team von zehn EYE-Reportern zusammengestellt, das einen umfassenden Bericht über die EYE-Konferenz verfasst hat.

Unter der Leitung von zwei Chefredakteuren haben acht Journalisten – Generalisten und Spezialisten – die wichtigsten Denkanstöße und Ideen der EYE gesammelt, ausgearbeitet und beschrieben. Dieser Bericht enthält die 50 konstruktivsten Ideen. Das Europäische Jugendforum hat zu jedem der fünf Themen einen zweiseitigen Kommentar verfasst.



Hugo Winn,
Vereinigtes Königreich,
Chefredakteur



Greg Bianchi,
Vereinigtes Königreich,
Chefredakteur



Danai Dimitrakopoulos-Diz,
Belgien
Spezialistin „Scheitern oder Erfolg“, und stellvertretende Chefredakteurin



Marie Vejvodová,
Tschechische Republik
Spezialistin „Krieg und Frieden“



Anna Ferrari,
Italien
Spezialistin „Apathie oder Beteiligung“



Julie Mahlerová,
Tschechische Republik
Spezialistin „Ausschluss oder Zugang“



Cristina Sánchez,
Spanien
Spezialistin „Stagnation oder Innovation“



Hedda Berglund,
Schweden
Generalistin „Apathie oder Beteiligung“ / „Stagnation oder Innovation“



Walker Darke,
Vereinigtes Königreich,
Generalist „Krieg und Frieden“ / „Ausschluss oder Zugang“



Erika Granath,
Schweden
Grafikdesignerin



Poppy Empson,
Vereinigtes Königreich,
Social Media Scout

EYE
2016

DAS EUROPÄISCHE
JUGEND-EVENT



 www.ey2016.eu
 EuropeanYouthEvent
 @EP_YouthEvent
 @EP_EYE
#EYE2016

